

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis halbjährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eintragung in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Interfions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Annoncenzeile oder deren Raum 50 Pf., für vollständige und gewerkschaftliche Vereins- und Berichtsblätter 30 Pf., für „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Geschäftsstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 45 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 30. Januar 1909.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Goldene Steuerzeiten.

Das Reich und die Einzelstaaten befinden sich in beständiger Finanzklemme; wenn da ein Loch in dem in allen Röhren platzenden Budget zugestopft wird, klappt dort ein anderes auf. Der Koloss Militarismus ist unerfüllbar. Die Geheimräte im Reichsfinanzamt müssen auf die Steuerfische gehen und mögen manchmal in sich hineinfressen, daß sie dabei keine Wünsche frucht anwenden können. Mühsam führten sie das übergekünstelte Gebäude ihrer „Finanzreform“ auf. Da erhebt ein dreister Junker, fern im feudalen Januschau, seine Stimme, und siehe, sie wirkt auf das künstliche Finanzgebäude wie eine Posaune von Jericho. Das Gebäude kracht in seinen Fugen und droht einzustürzen. Denn wenn's der Junker auf der Rechten nicht stützen will, so wollen es die Bourgeois auf der Linken auch nicht.

Ach, da war es doch schöner im alten Preußen, das nach dem bekannten Ausspruch Wilhelms I. am 18. März 1848 untergegangen ist! Da hatten es die Geheimräte im Finanzministerium leichter und sie zauberten das Geld mir so hervor, daß die Gewaltigen an den Höfen ihre helle Freude daran hatten. Die heutigen Finanzmänner, auch die herborragendsten, sind die reinen Baisenkneben dagegen.

Schon der „große Kurfürst“ hatte sein im Dreißigjährigen Kriege völlig verarmtes Land mit unverhältnismäßig schweren Steuern beladen. So mußte ein unverheirateter Tagelöhner monatlich anderthalb, ein verheirateter Tagelöhner monatlich 3 Groschen erlegen. Die Vererbepachtung der königlichen Domänen ward nachher wieder aufgehoben, weil sie bei schlechter Verwaltung die Provinzen an den Rand des Abgrundes brachte. 1684 erließen die General-Steuer- und Konsumtionsordnung, die fast alle Gebrauchsgegenstände und Bedürfnisse des täglichen Lebens einer Akzise unterwarf. Das Volk litt schwer unter dieser brutalen indirekten Besteuerung. Aber sobald Preußen zum Königreich geworden war, wurde die Akzise bedeutend erhöht, denn die damals nur etwas über 1 1/2 Millionen Köpfe zählende Bevölkerung sollte nun die Kosten für die Pracht des üppigen Hofes aufbringen. Dann wurde für das Arminiusfest eine Kronensteuer von 5000 Talern für die Sturmark ausgeschrieben, für den Schlossbau monatlich 6000 Taler. 1708 wurde eine außerordentliche Steuer von zwei Millionen Talern erhoben; dazu von jeder Hufe Landes außer den gewöhnlichen Steuern ein Taler acht Groschen, sowie „verhältnismäßige Abführung von allen übrigen liegenden Gründen, von Vieh, Gewerben und Juden.“ Außerdem zahlte jeder mit einem „Schugbrief“ versehene Jude 100 Speziedukaten. Dann kam viermal unter dem ersten König die außerordentliche General-Kopfststeuer; Beamte zahlten einen Monatsgehalt, Pferde, Kuh-, Ochsen- und Schweinefleisch 12 Groschen. Auch der König und die Königin gaben einen Beitrag, doch ließ sich das Volk nicht blenden und man sagte, dieser Beitrag werde ja aus den Steuergroschen des Volkes genommen. Die besitzenden Klassen wurden nicht geschont; wer Schmuck von Gold oder Silber tragen wollte, mußte einen Taler zahlen. Doch war dies wenig gegenüber der Belastung der Armen. Dann kam die Veräußerungssteuer; damals trug alles Veräußertes, auch die Handwerksburschen und Kinder. Man legte einen Zoll auf die importierten Veräußerungen; dann gab es vier Veräußerungsklassen, die von 12 Groschen bis 1 Taler jährlich zahlten. Die „Veräußerungsschnüffler“ liefen den Leuten auf der Straße nach und sahen, ob die Veräußerer den Steuerstempel hatten. Außerhalb Berlins zahlte jedermann ohne Unterschied jährlich 1 Taler für seine Perücke. Als dann wurde jedes Paar Schuhe und Stiefel, Pantoffel und Strümpfe mit einem guten Groschen Akzise belegt; desgleichen jeder Hut. Eine Karosiensteuer betrug 10, eine Kopfpflastersteuer 1 Taler jährlich. Verlust der Jungfrauenschaft außer der Ehe wurde mit 1 Taler alljährlich bestraft. Der Schweinsborstenhandel wurde zu einem Monopol gemacht; alle Untertanen, die Schwärme besaßen, mußten diese im Johanni rupfen und die Borsten an den Steuerrat Creutz abliefern, an den das Monopol verpachtet war. Dies Monopol rief eine ungläubliche Belastung durch die Polizei hervor. Die Juden mußten mehrere Jahre hintereinander je 20000 Taler zahlen; dazu 1000 Dukaten Schuggeld für die Gesamtheit. „Nur die Luft war steuerfrei!“ sagt ein Zeitgenosse, und die war häufig durch die Pest verdorben.

Das war eine goldene Zeit für die Steuerfinder und Finanzräte. Hätten sie glücklich einen noch unbesteuerten Gegenstand entdeckt, so machten sie sich Oben beliebt und erhielten Vorteile zugewendet, wie der Steuerrat Creutz mit dem Schweinsborstenmonopol; heute müssen die Herren ihre Projekte von den unbequemen Kritikern des Reichstages und der Landtage zerzausen lassen und sehen ihre mühsame Arbeit gar oft unter den Tisch fallen.

Auf den bequemsten Grundlagen, die unter Friedrich I. geschaffen, wurde weitergebaut. Friedrich Wilhelm I. führte große Ersparnisse in den Ausgaben des Hofes ein, verschleuderte aber Millionen für seine „langen Kerle“. Die Akzise wurde mehr erhöht, aber sonst wurden fast alle Abgaben erhöht. Rameau's Holz, Brot und Salz wurden versteuert; jedermann mußte ein gewisses Quantum Salz kaufen. Musikanten mußten eine Nahrungssteuer zahlen. Advokaten zahlten für ihr Patent 200 Taler bei der Rekruten-

kasse. Von der königlichen Jagd wurden Wildschweine Bürgern, Beamten und Juden vielfach zugeführt, die dafür 3 bis 6 Taler zahlen mußten, für jene Zeit sehr viel. Die Juden mußten außer dem Schuggeld noch eine hohe Verzehrssteuer zahlen, „um ihre Vermehrung zu hindern“. Die Finanzleute des Königs legten Getreidemagazine an, aus denen die Bäcker zu bestimmten hohen Preisen kaufen mußten. Es trat eine sehr empfindliche Brotverteuerung ein und ein Höfling lobte diesen Kornwucher, indem er meinte: „Die armen Leute werden dadurch abgehalten, allzu frohig zu werden.“

Der Verkauf von Ämtern und Titeln brachte viel Geld ein; daß die Titel- und Livreepflicht so kostspielig wurde, bedauern wir an sich nicht. Für den Erwerb des Adels mußten enorme Sporteln gezahlt werden, und manche Familien, deren Nachkommen sich heute mit ihrem Adel brüsten, bekamen das Diplom geradezu aufgedrängt.

Nur durch solche fürchterlichen Steuerbrud konnte der Schatz von haren 9 Millionen Talern zusammengebracht werden, den Friedrich Wilhelm I. seinem Sohne hinterließ.

Der „alte Fritz“ hat seine Preußen mit Steuern nicht weniger geplagt, als seine Vorfahren. Dazu war das Land vom siebenjährigen Krieg erschöpft. Friedrich II. hat die direkten Steuern nicht erhöht, wohl aber die Akzise. Der französische Philosoph Helvetius hatte ihn überredet, das System der französischen Generalpächter in Preußen einzuführen. Eine Anzahl Finanz-Blutigel aus Frankreich wurden berufen, an die alle „Akzise, Zölle, Schleißen, Agio, Transit und Lizenz“ auf sechs Jahre verpachtet wurden. Sie hatten keine Rechenschaft abzulegen und sogen sich voll der Handel lag unter dieser Wirtschaft danielieder. Die Franzosen schickten in der Schreckenszeit alle Generalpächter, deren sie habhaft werden konnten, auf das Schafott; in Preußen lachte dies übermüthige Ausbeutertum über die ohnmächtigen Pflüge des Volks.

Die Abgaben von Fleisch und Bier wurden erhöht. Man sah sie als „Luzusartikel“ an. Ein Generalpächter sagt: „Das gemeine Volk ist wenig Fleisch und trinkt Nachbier.“ Brot und Cobent (Spüllicht von der Braupfanne) blieben frei. Diese Genussmittel mögen das Volk in die richtige Stimmung haben versehen helfen, wenn man ihm die Siege und die Regententugenden seines großen Königs pries.

Das Salz wird von der Regie mit 16 Taler erworben und um 70 Taler abgegeben. Die Gemeinden mußten ein bestimmtes Quantum Salz erwerben und an ihre Einwohner verteilen.

Der Handel mit Tabak, Kaffee, Zucker, Feringen und Spielarten ward monopolisiert. Gegen 500 Warenarten wurden als Konterbande erklärt, das heißt, sie durften ohne besonderes Privilegium nicht von Privatpersonen eingeführt werden. Die „Kaffeeschüffler“ des „alten Fritz“ sind heute noch berüchtigt.

Für Berlin und Potsdam war eine Gesellschaft für Lieferung von Brennholz privilegiert worden. Die Bürger mußten ihren Bedarf von dieser Buchergesellschaft entnehmen, die von ihnen mehr als den doppelten Einkaufspreis nahm.

Unter Friedrich Wilhelm II. ward es nicht besser. Zwar wurden die Monopole abgeschafft. Es heißt darüber in einem bekannten Werke: „Den teuren Kaffee und Tabak konnte nur der Wohlhabende bezahlen. Der Arme mußte sich dessen entvöhnen. Das war kein Schade (!). Die reichen Leute bezahlten jene Steuern. Als aber das Monopol davon aufgehoben wurde und die Mehlakzise den Einnahmeausfall ersetzen mußte, ward der reiche Gutsbesitzer frei und der arme Bürger und Tagelöhner zahlte die Abgabe.“

Unter Friedrich Wilhelm III. wurden die alten Lasten vermehrt; es trat insofern eine Verschiebung ein, als die Reichen gegen früher entlastet wurden. Ein wichtiger Schriftsteller charakterisierte jene Zeit durch ein Zitat aus „Wallensteins Tod“:

Wallenstein: „Wie hoch seid Ihr besteuert?“
 Bürgermeister: „Dah wir's loom erkunigen können!
 Die Garnison lebt auch auf un're Kosten!“

Es kam die zugunsten der Reichen angelegte Grundsteuer und die ebenso beschaffene Klassensteuer; es kam die Mehl- und Schlachtsteuer, welche Brot und Fleisch verteuerte, während die Lederbissen auf der Tafel des Reiches frei blieben. Die weitere „Ausbildung“ der indirekten Steuern kam in Zug.

Da es in dem absolutistisch regierten Preußen kein öffentliches Budget gab, so wußte das Volk auch nicht, wie die Erträge der Steuern, unter deren Druck es seufzte, verwandt wurden. In den Zeiten der Not nach dem Zusammenbruch von Jena wurde in Aussicht gestellt, daß das Budget alle drei Jahre veröffentlicht werden sollte. Allein es wurden von 1820 bis 1845 nur sechs Budgets veröffentlicht. Sie umfaßten 15-30 Zeilen. Hansemann, der nachmalige Finanzminister, behauptete, es seien in den Budgets sechsundzwanzig Millionen Taler jährlich verschwunden worden. Er ward dafür verfolgt, aber nicht widerlegt.

Daß dieser Zustand im wesentlichen noch weiter bestehen sollte, verkündete der „Romaniker auf dem Thron“, Friedrich Wilhelm IV. auf dem Landtag von 1847, als er beteuerte, zwischen ihm und den Herrgott im Himmel sollte sich kein Blatt Papier drängen, „um uns mit seinen Paragraphen zu regieren und durch sie die alte heilige Treue zu erregen“.

Aber am 18.-19. März 1848 gewann das Berliner Volk die große Straßenschlacht gegen die königlichen Truppen. Man begreift, daß die Barrikadenkämpfer von den Junkern als „Abhub der Menschheit“ geschmäht und jene 33 Unbekannten, die sich unter den Toten befanden, als „Verräter“ bezeichnet worden sind. Denn das verhaßte „Blatt Papier“ kam nun doch, um mit seinen Paragraphen zu regieren. Soweit wir auch sonst zurückgeblieben sein mögen — Steuern können nicht mehr willkürlich dekretiert und ihre Beträge beliebig verwendet werden, wie in der Zeit des alten Preußen. Mit Sehnsucht mögen manche Finanz- und Steuerkünstler zurückblicken auf jene in ihren Augen so herrliche Zeit. Aber die Generalpächter kommen nicht wieder. Daran sind nur die verdammten Märzrebellens Schuld, daß die Steuerfährtperei eine so ungemüthliche Sache geworden.

Ein allgemeiner Bergarbeiterkongreß

Wird in der nächsten Woche in Berlin, Neue Philharmonie, Köpenicker Straße, stattfinden. Die Verhandlungen beginnen am Montag früh um 9 Uhr. Sie sind öffentlich und werden voraussichtlich mehrere Tage dauern. Den unmittelbaren Anstoß zu dem Kongreß gab das schreckliche Grubenunglück auf „Radbob“, wo heute noch über 300 Leichen in der Tiefe ihrer Bergung harren. Die Debatten im Landtage und im Reichstage haben schon hinlänglich bewiesen, daß auf der Unglücksgrube durchaus nicht „alles in Ordnung“ war. Die eingeleitete Untersuchung muß schwerwiegendes Belastungsmaterial gegen die Grubenwirtschaft geliefert haben, denn es ist unheimlich stille geworden in der Grubenbesitzerpresse über „Radbob“, während man anfänglich auch diese Besche als eine tadellose lobte. Der preussische Handels- und Bergwerksminister Herr Delbriick hat bald nach der Katastrophe eine Abänderung des Berggesetzes dahingehend angekündigt, daß den Arbeiterausschüssen das Recht erteilt werden soll, einmal im Monat durch ein Ausschussmitglied in Begleitung eines Grubenbeamten die betreffende Grubenabteilung zu revidieren. Es soll also wieder eine Scheinreform gemacht werden.

Der breiten Öffentlichkeit durch den Mund praktisch geschulter Grubenarbeiter die Notwendigkeit eines gründlichen Bergarbeiterschutzes zu demonstrieren, dazu ist der Kongreß einberufen. Es werden referieren Polorny vom Bergarbeiterverband über Grubeninspektion und Arbeiterkontrollen, Schmidt vom Hirsch-Dunderschen Gewerksverein der Bergleute über die reichsgesetzliche Regelung der Bergarbeiterangelegenheiten, Sasinsh von der polnischen Berufsvereinigung über das schwarze Rüstensystem im Bergbau. Der unter dem Protektorat des Zentrums und der Stöderianer stehende „Christliche Gewerksverein“ war auch eingeladen, hat aber die Beteiligung abgelehnt. Der Gewerksvereinsvorstand sagte in seinem Ablehnungsschreiben, er habe eine Petition in der Sache dem Reichstage gestellt, womit die Gewerksvereinspflicht erfüllt sei; sodann möchten die „Christlichen Vertreter“ sich nicht an einen Tisch mit den „alten Verbändlern“ setzen, weil diese wiederholt in beleidigenden Ausdrücken von gewissen Gewerksvereinsführern gesprochen und geschrieben hätten!

Die faule Ausrede liegt auf der Hand. Zweifellos haben wir es mit einer abermaligen Schwelung der ultramontan-antisemitischen „Arbeiterführer“ zu tun! Wie erinnerlich, haben sich die Zentrums-gewerksvereiner auch nicht an dem allgemeinen Kongreß der Tabakarbeiter beteiligt. Die konservativ-kerisale Presse wie die „hohe Geistlichkeit“ haben sich immer mißvergnügt geäußert, wenn die zum Zwecke der Arbeiterteilung gegründeten „Christlichen“ Gewerksvereine auch nur zeitweilig mit den anderen Gewerkschaften zusammengingen. Nun wollen die Gewerksvereinsführer durch ihre Ablehnung des Zusammentagens mit den anderen Berufsgenossen sich das erschütterte Vertrauen der Junker und Kerisalen wieder gewinnen. Die kommende Blockierung des Zentrums mit den Konservativen wirft ihre Schatten voraus. Es ist gar kein Zweifel darüber berechtigt, daß der Rechtschwenkung der ultramontan-antisemitischen Gewerksvereinsführer nur partepolitische Motive zugrunde liegen.

Was die beweglichen Klagen über angebliches „beleidigendes Verhalten“ der Verbändler anlangt, so braucht man nur an die unerreichten Schimpfqualitäten der Kerisalen und antisemitischen Radaupresse zu erinnern, um die plöthlich ruckbar gewordene Feindseligkeit der ultramontan-antisemitischen Agitatoren nach Gebühr einschägen zu können. Es trifft sich merkwürdig, daß gerade in dieser Woche das „Christliche“ Gewerksvereinsblatt einen sogar von dieser Seite selten erreichten Grad von Gewissenlosigkeit beweist. Ein früherer Angehöriger des Bergarbeiterverbandes, namens Spaniol, hatte in öffentlicher Versammlung dem Verbandsvorstand falsche Buchführung, Veruntreuungen, Anschaffung von Revolvern zwecks Bedrohung streikender Bergarbeiter vorgeworfen. Ohne sich auch nur im geringsten um die Beweisfähigkeit dieser Anwürfe zu kümmern, verbreitete der „Christliche Bergknappe“ die Behauptungen Spaniol's sofort und sogar ein Flugblatt wurde hierüber herausgegeben! Der Verbandsvorsitzende Spaniol und der Verbandskassierer Horn verlagten den Spaniol, natürlich auch die „Christlichen“ Verbreiter der Verleumdungen.

Der Prozeß gegen Spaniol fand am 10. d. Mt. in Oberhausen statt. Die Verhandlungen dauerten 10 Stunden. Ihr wohnte als Zuhörer auch der Redakteur des Hirsch-Dunder-

schon „Vergarbeits“ bei. Dieser unparteiische Berichterstatter faßt das Resultat des Prozesses in folgenden Worten zusammen: „Im Interesse der organisierten Bergarbeiter haben wir uns aufrichtig gefreut, daß Spanien nicht in der Lage war, seine Behauptungen zu beweisen. Nicht deshalb, weil wir irgend etwas gegen Sp. hätten, wir kennen ihn nur von Ansehen, sondern aus dem Grunde, daß den Arbeitgebern und den gelben Gewerkschaften nicht ein solcher „seiter“ Hapen gegen die Organisationen in den Schoß fiel. Wenn wir uns das Verhältnis ausmalen, wie es schon von gewerkschaftlichen Organisationen ausgeschaltet wurde und wie die Unternehmerrasse, die Gelben et tutti quanti (und viele andere) es in diesem Vergleich ausgeschaltet haben würden, da sie dadurch ohne weiteres die Verdorbenheit der gewerkschaftlichen Organisationen hätten nachweisen „müssen“, so graut uns davor.

Wollte man von allen Seiten nach dieser Richtung hin die Lehren aus dem „Fall Spanien“ ziehen, so hätte er wenigstens noch eine gute Seite gehabt.“

Der „Christliche Bergknäpp“ aber bringt es fertig, trotz des häufigsten Zusammenbruchs der Verleumdungen dieselben in einer zwar juristisch schwer fassbaren Form, jedoch raffiniert und sensationell aufgeführt zu wiederholen, damit die schwerverleumdeten Männer, obschon gerichtlich glänzend gerechtfertigt, nun doch noch von den Lesern des „Christlichen“ Blattes als Schurken eingeschätzt werden sollen! Das sind die „anständigen“, „heiligen“, „nationalen“ Gewerkschaftsvertreter, deren „Anstandsgefühl“ es nicht gestattet, sich auf dem Bergarbeiterkongreß neben die Delegierten der anderen Organisationen zu setzen. Der Kongreß hat wirklich nichts verloren durch die Abstinenz dieser sogenannten „Christen“.

Der Grubenarbeiterkongreß verdient die volle Beachtung aller ernsthaften Sozialpolitiker. Wir wünschen seinen Verhandlungen den besten Erfolg im Interesse der schwergeplagten Bergwerksproletarier.

Die Ethisierung der schwarzen Listen.

Aus dem Reichstag, 29. Januar. Die Interpellation wegen der schwarzen Listen im Bergwerksbetrieb wurde von dem Abg. Gieseler (Zentrum) begründet. Nach Darstellung der tatsächlichen Verhältnisse warf er die Frage auf, ob die Unternehmer das Recht haben sollen, Tausende von Arbeitern durch das System der schwarzen Listen dauernd von jeder Beschäftigung fernzuhalten. Das schlimmste sei, daß die Leute meist gar nicht einmal wissen, daß sie auf der schwarzen Liste stehen und deshalb vergeblich an verschiedenen Orten um Arbeit anknöpfen. Der Redner wies auch darauf hin, daß die Unternehmer jetzt schon gegenüber den Beamten die nämlichen Praktiken anwenden. Schließlich fragte er, was denn die Reichsregierung gegenüber diesem Mißstande zu tun gedenke.

Der Staatssekretär v. Bethmann-Sollweg beantwortete die Interpellation in einer längeren Rede, die sich moralisierend mit dem Verhältnis von Unternehmern und Arbeitern auseinandersetzte. Nach seiner Auffassung sollten beide Seiten gleichmäßig behandelt werden. Die Sperre durch die Arbeiter sei deshalb gleich verwerflich wie die Aussperrung durch die Unternehmer. Er kam aber zu dem Schluß, daß auf dem Wege der Gesetzgebung sich da nicht eingreifen lasse. Nebenbei ließ er die Bemerkung einfließen, daß, wenn man überhaupt in den Kampf der Unternehmer gegen die Arbeiter eingreifen wolle, es doch auch zu erwägen sei, ob nicht diejenigen Arbeiterorganisationen, die zu ihrer Hauptaufgabe einen Kampf auf Leben und Tod gegen die Unternehmer führten, überhaupt zu verbieten seien. Diese zunächst natürlich unverbindliche Äußerung ist ein Fingerzeig dafür, was für Pläne dieser moderne Staatsmann überhaupt für erwägenswert hält. Denn die von ihm gewählte phrasenhafte Kennzeichnung der zu verbietenden Arbeiterorganisationen läßt sich bei einigem Geschick schließlich auf jede gewerkschaftliche Kampforganisation anwenden. Wenn er übrigens den Gedanken eines gesetzgeberischen Vorgehens gegen die Grubenverwaltungen, die Tausende von Arbeitern dem Hungertode zuzutreiben suchen, ablehnt, so ist er doch so gütig, einer Ethisierung der schwarzen Listen das Wort zu reden. Er empfiehlt nämlich, daß die Listen veröffentlicht werden, daß jeder Arbeiter, der darauf gebracht wird, davon in Kenntnis gesetzt wird, so daß die Aussperrung auf eine kürzere Zeit beschränkt bleibt.

Genosse Sachse konnte in seiner Erwiderung diesem rührseligen Moralphilosophen des Kapitalismus vorhalten, seine Darlegungen erinnerten lebhaft an das Wort, das sein Amtsvorgänger v. Bütticher dem Industriellen begütigend zugerufen hatte: Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie! Unser Genosse wies dann eingehend nach, daß die schwarzen Listen nicht nur mit den Namen kontraktbrüchiger gewordener Arbeiter gefüllt würden, sondern daß auch Arbeiter auf solche Weise in den Hungertod getrieben würden, die ordnungsgemäß gekündigt hätten, die sich aber durch gewerkschaftliche Tätigkeit den Haß der Unternehmer zugezogen hätten. Das ganze System der schwarzen Listen lasse sich in feiner Weise mit einem geordneten Rechtszustand vereinbaren. Es sei ein Mittel, den brutalen Herrenstandpunkt der Unternehmer gegenüber den Arbeitern zur Geltung zu bringen.

Nachdem einige Scharfmacherfreunde den Staatssekretär in der Diskussion unterstützt hatten, wurde die Debatte auf Sonnabend vertagt. Vorher werden noch eine ganze Reihe von Rechnungslegungen erörtert werden.

Der Kongreß der britischen Arbeiterpartei.

Portsmouth, 27. Januar. (Fig. Ber.)

In die an Flottentrophäen und Kriegserinnerungen reiche Hafenstadt Südens Englands eilten gestern und heute über 400 Delegierte und zahlreiche Freunde der britischen Arbeiterpartei, um an ihrem neunten Jahreskongreß teilzunehmen. Der Gemeinderat stellte den Arbeitern die Stadthalle zur Verfügung — ein Denkmal neuerer englischer Architektur, das eine edle Mischung von Klassik und Renaissance repräsentiert.

Die Kongreßberatungen begannen um 10 Uhr. Gardie übernahm den Vorsitz und bald wehte ein sozialistischer und proletarischer Geist durch die Debatten, die sich an die Resolution über Arbeitslosigkeit knüpften. Gardie sagte: Die Frage der Arbeitslosigkeit ist keine rein britische, sie ist eine die ganze Kulturwelt umfassende. Überall, wo der Kapitalismus herrscht, überall, wo die Produktion zum Zwecke des Profits die Produktion zum Zwecke des gemeinschaftlichen Gebrauchs verdrängt hat, wird die Frage der Arbeitslosigkeit brennend. Meine Freunde Henderson und Barnes, die unlängst Deutschland besuchten,

erzählen von Arbeitslosigkeit; und ich bin erst gestern aus New York zurückgekehrt, wo ich Gläubiger gesehen habe, wie sie nicht grausamer in den Straßen Londons gesehen werden können. Wir können vor allem daraus lernen, daß die Formen der Sozialpolitik das soziale Elend nicht beeinflussen. Ob Freihandel oder Schutz Zoll — das Proletariat leidet überall. Die Wurzel des Übels ist also nicht in der Sozialpolitik zu suchen. Sie liegt an der gegenwärtigen Wirtschaftsorganisation, die vor allem auf den Vorteil der besitzenden Klassen zugeschnitten ist. Aus der Statistik über die Einkommensteuer und über die Lohnänderungen geht klar hervor, daß die Einkommen der Reichen in den letzten zehn Jahren zugenommen, während die Löhne der Arbeiter abgenommen haben. In einem Teil der Gesellschaft häuft sich der Reichtum an, an dem anderen das Elend. Diese Erscheinung hat mit Sozialpolitik nichts zu tun. Ja, die Tarifreform, für deren Einführung in gewissenloser Weise agitiert wird, wird den Gegensatz zwischen Reichtum und Elend noch verschlimmern, indem sie die notwendigen Lebensmittel verteuert. Gegen Arbeitslosigkeit gibt es nur ein Mittel: Reorganisation der Produktion zum Zwecke des Gebrauchs und nicht des Profits — oder der Sozialismus; aber über diesen Gegenstand wird morgen diskutiert werden. Heute liegt uns daran, die Zustimmung des Kongresses zur Arbeitslosenfrage (Right-to-Work Bill) zu erhalten, die von der Arbeiterfraktion eingebracht wurde, deren Grundzüge in dem dem Kongreß vorliegenden Resolution wiedergegeben sind.

Henderson, der Führer der Arbeiterfraktion, unterstützte in einer längeren Rede die Resolution. Die Arbeitslosigkeit ist keine vorübergehende Erscheinung. Es scheint sogar, daß sie immer schlimmer zu werden verspricht. Der Grund hierfür liegt in der immer stärkeren Organisation der Warenproduktion vom Standpunkte des Fabrikanten. Ich hatte nämlich Gelegenheit, eine amtliche Statistik über die Mineralindustrie Englands durchzusehen, wo ich zu meinem Staunen auf folgende Tatsache stieß: Während die Ausbeute der Mineralien in den letzten Jahren um 16 Millionen Tonnen zugenommen hat, hat die Zahl der in dieser Industrie beschäftigten Arbeiter um 10 000 abgenommen. Mehr Kapital, weniger Arbeiter! Dieses Ergebnis ist die Folge der außerordentlich strikten Organisation der Produktion. Was kann gegenüber solchen Tatsachen die Tarifreform ausrichten? Kein gutes, wohl aber viel schlechtes. Auf meiner letzten Reise in Deutschland haben mir alle Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, mit denen ich sprach, erklärt, daß die Schutzzölle die Lage der deutschen Arbeiter nur verschlimmern, indem sie die Lebenshaltung herabdrücken. Aber eins fand ich in Deutschland: die deutschen Lokalbehörden sind viel weniger rückständig als John Burns und seine Lokalregierungsbehörde. Die britische Arbeiterfraktion hat im Unterhause viel für die Arbeitslosenfrage gewirkt, aber sie stieß auf große Opposition. Man hat ihre Ausführungen gefächelt und mißdeutet, besonders was es der liberale Arbeiterabgeordnete Maddison, der Freund von John Burns. Die Arbeiterfraktion wird in der nächsten Parlamentstagung die Arbeitslosenfrage als die wichtigste behandeln.

Hodge (Sekretär der Stahlarbeiter): Ich kann die Ausführungen Hendersons noch durch einige Tatsachen vervollständigen: Die schottischen Stahlfabrikanten haben ein Uebereinkommen, wonach Stahlfabriken stillgelegt werden, um größere Profite zu erzielen. Die stillgelegten Fabrikanlagen erhalten aus gemeinsamen Fonds eine Entschädigung, die ihnen einen größeren Vorteil bietet, als ihre früheren Betriebe ihnen eingebracht haben. Wer aber soll die stillgelegten Arbeiter erhalten? Sie werden arbeitslos und fallen den Trade Unions zur Last.

Die Resolution über Arbeitslosigkeit wurde sodann einstimmig angenommen, ebenso folgende Zusatzanträge:

Der Kongreß verlangt die Errichtung eines Arbeitsministeriums; der Arbeitsminister soll einen Sitz im Kabinett haben.

Der Kongreß protestiert gegen die ablehnende Haltung der Lokalregierungsbehörde gegenüber den in London errichteten Werkstätten für arbeitslose Frauen. Er verlangt, daß diese Behörde größere Sympathie beweise für die Bestrebungen und Unternehmungen der verschiedenen Notstandscommittees, die sich zur Aufgabe gemacht haben, die arbeitslosen Frauen zu beschäftigen und sie zu befähigen, permanente Beschäftigung zu erhalten und ihre Selbstversorgung zu heben.

Eine lange Diskussion fand über den von Mitgliedern der englischen sozialdemokratischen Partei eingebrachten Antrag, aus der Arbeitslosenresolution den Passus über Freihandel und Schutz Zoll zu streichen, um nicht den Eindruck zu erwecken, daß die Arbeiterpartei den Freihandel höher schätze als den Schutz Zoll. Der Antrag wurde schließlich fast einstimmig abgelehnt.

Das war die Arbeit des Kongresses am Vormittag des ersten Beratungstages. Der Nachmittag wurde der Frage der Steuerreform gewidmet, worüber wir morgen berichten werden.

Portsmouth, 29. Januar.

(Privatbesuche des „Vorwärts“.)

Dritter Kongreßtag. Die Kapetenarbeiter sandten keine Delegierten, um ihre Resolution, die Parteistatuten sozialistisch zu machen, zu verteidigen. Sie gelangte deshalb nicht zur Abstimmung. Der Kongreß beschloß mit starker Mehrheit, daß bei Wahlen die Kandidaten nur als Arbeiter- und nicht als sozialistische Arbeiterkandidaten auftreten dürfen. Dagegen gelangte die sozialistische Resolution von Battersea zur Abstimmung und wurde mit 882 gegen 318 Stimmen angenommen. Sie lautet: Der Kongreß erklärt sich für Verstaatlichung der Produktionsmittel und ihre Verwaltung durch den demokratisierten Staat.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. Januar 1909.

Im Eiltempo.

Der Reich muß es dem hohen Hause der Abgeordneten lassen: Wenn es will, dann kann es mit unheimlicher Schnelle arbeiten. Ob allerdings mit genügender Gründlichkeit, das ist eine andere Frage. Die ganze umfangreiche Befolgungsvorlage ist am Freitag durchberaten — oder besser gesagt: durchgepeitscht worden. Eine Beratung war völlig ausgeschlossen von dem Augenblick an, wo sämtliche bürgerlichen Parteien sich auf ein Kompromiß geeinigt hatten, wonach sie auf die Stellung von Anträgen ver-

zichten und den Kommissionsbeschlüssen rückhaltlos ihre Zustimmung erteilen wollten. Das Komische bei der Sache war nur, daß aller Redner Munde zu hören, wie wenig im Grunde genommen das Kompromiß doch befriedigt. Nicht nur, daß die berechtigtesten Wünsche der meisten Beamten nicht erfüllt sind, erklärte sich auch so mancher Abgeordnete völlig unbefriedigt von den Vereinbarungen. Besonders drastisch drückte der Abg. Schmidt-Warburg (Z.) seine Befremdung darüber aus, daß seine Freunde dem Kompromiß zugestimmt hatten. War er doch dadurch gewaltsam verhindert worden, die von ihm so sehr gewünschte Gleichstellung der Richter mit den Verwaltungsbeamten zu beantragen!

Von der sozialdemokratischen Fraktion kam Gen. Stroebel zu Wort, der in scharf pointierter Rede den Massenstandpunkt kennzeichnete, der wie überall so auch bei der Beamtenbefolgung zum Ausdruck kommt. Mit Recht wies er darauf hin, welche liebevolle Fürsorge die Kommissionsmehrheit für die Schulleute, Gendarmen, Förster und eine Reihe anderer aus dem Stande der Militärantwörter hervorgegangener Beamten an den Tag gelegt hat, während sie die Interessen der Unterbeamten auch nicht annähernd in dem gleichen Maße wahrgenommen habe. Der Schicht gegenüber, aus der sie selbst hervorgegangen seien, zeigten die bürgerlichen Parteien ein warmes Herz, aber für die aus dem Proletariat hervorgehenden Beamten schlug ihr Herz nicht so warm. Man wolle eben die Klassenunterschiede zwischen den Beamten aufrecht erhalten. Aufgabe der Sozialdemokratie werde es sein, darauf hinzuwirken, daß auch den dazu fähigen Unterbeamten mehr und mehr der Zutritt zu den mittleren und höheren Stellen eingeräumt wird.

Eine Antwort wurde dem sozialdemokratischen Redner nicht erteilt; denn das hätte ja die Verabschiedung des Kompromisses um einige Minuten verzögern können.

Am Schluß der Sitzung kam es trotz aller von den bürgerlichen Parteien getroffenen Vorsichtsmaßregeln doch noch zu einem heftigen Vorstoß des Nationalliberalen Keil gegen die Konservativen, der in den Reihen seiner Parteifreunde peinliche Verlegenheit hervorrief, aber hoffentlich den Frieden im Klassenparlament nicht stören wird.

Am Sonnabend sollen die Anträge der Sozialdemokraten auf Haftentlassung Liebnechts bezw. Aenderung der Verfassung beraten werden. Dann folgt der Justiztag.

Aus der Geschäftsordnungskommission.

Nachdem sich in der Sitzung am 29. Januar die Debatte in den früheren Richtlinien noch etwa drei Stunden lang fortgesetzt hatte, kam es zum Schluß zur Abstimmung über die Einzelbestimmungen des Rechts, Anträge bei Interpellationen zu stellen. Auch bei dieser Gelegenheit wurde wieder so verfahren, daß über die einzelnen Punkte im Prinzip abgestimmt wurde. Der Redaktionskommission bleibt es dann überlassen, den Wortlaut festzustellen, der dann zur zweiten Lesung der Gesamtkommission abermals unterbreitet wird.

Die Abstimmung ergab nunmehr folgendes. Zunächst wurde einstimmig beschlossen, daß bei Besprechung von Interpellationen nur solche Anträge eingebracht werden dürfen, die sich auf den Gegenstand der Interpellation beziehen und keine Gesekentwürfe enthalten. Gegen die Konservativen und Reichsparteiler wurde angenommen, daß zur Stellung eines Antrages die Unterzeichnung von 30 Personen genügen solle. Dann aber wurde gegen die Sozialdemokraten, Polen und den Abg. Kirch (Z.) es abgelehnt, daß ein so gestellter Antrag nun auch zur Verhandlung kommen dürfte. Die Kommission beschloß vielmehr, daß, wenn 30 Mitglieder gegen die Zulassung des Antrages Widerspruch erheben, die Mehrheit des Hauses beschließen kann, daß ein Antrag überhaupt nicht zur Debatte gestellt werden darf. Das ist also die Proklamierung der Mehrheitsvormundschaft über das Recht der Minderheit, Anträge zu stellen. Weiter ist bestimmt, daß die Abstimmung über zugelassene Anträge vertagt werden muß, wenn 30 Mitglieder zum Schluß der Diskussion Widerspruch gegen die sofortige Abstimmung erheben. Sie ist dann in einer der drei nächsten Sitzungen ohne vorherige Diskussion vorzunehmen.

Nebrigens gab es bei der Abstimmung erhebliche Verwirrung, da der Vorsitzende der Geschäftsordnungskommission, Herr Jungk, es leider nicht verstand, die Leitung der Abstimmung geschäftsordnungsgemäß und einwandfrei zu handhaben.

Merkmale der Heuchelei.

Die Haltung des Zentrums in der preussischen Wahlrechtsfrage läuft bekanntlich darauf hinaus, die Gleichheit des Stimmrechts, für die es — in Reden und Zeitungsdarstellungen wenigstens — eintritt, durch die Erhaltung der jetzigen Wahlkreiseinteilung wieder aufzuheben. Man kennt die Gründe, die die Ultramontanen veranlassen, sich einer gerechten Wahlkreiseinteilung zu widersetzen: Die Verzugung des Landes muß einer Partei zugute kommen, die die weitaus größere Mehrzahl ihrer Mandate aus ländlichen Bezirken holt. Das Zentrum dürfte nicht Zentrum sein, wenn es sich bei dieser Gelegenheit nicht ebenfalls wieder als den unentwegten Freund der Wahlrechtsreform ausspielte und seinen Parteioptimismus nicht hinter vollstreundlichem Setze zu verbergen suchte. Eine gerechte Einteilung der Wahlkreise, so meint die „Königliche Volkszeitung“, sei überhaupt eine so schwierige Aufgabe, daß man sie schon deshalb nicht mit der Reform des preussischen Wahlrechts, die an sich schon Schwierigkeiten genug mache, verquicken solle. Eins nach dem andern, sonst werde aus beiden nichts! Weiter schreibt das Blatt:

„Dem Zentrum ist die Reform des Wahlrechts die Hauptsache und es will sich nicht auf eine neue Einteilung der Wahlkreise verpflichten, so lange nicht zu übersehen ist, welches Wahlrecht an die Stelle des heutigen gesetzt wird und wie sich die Wirkung dieser Aenderung auf die Zahl der Wahlberechtigten in den einzelnen Wahlkreisen gestaltet. Also zuerst das neue Wahlrecht, dann die Neueinteilung der Wahlkreise. Gerade die letztere aber ist den Liberalen die Hauptsache. Sie rechnen damit, daß bei einer Neueinteilung, der lediglich oder vorzugsweise die Verdünnungszahl zugrunde gelegt würde, die Konservativen wohl die Hälfte ihrer ländlichen Mandate verlieren würden, die an die Städte, d. h. an die Liberalen übergehen würden. Wenn die Liberalen das erreicht hätten, welches Interesse hätten sie dann wohl noch an einer Reform des Wahlrechts, namentlich an der Einführung des Reichstagswahlrechts, das die liberalen Städtemandate den Sozialdemokraten ausliefern würde? Es ist sehr gegen eins zu weiten, daß dann von einer ernsthaften Reform des Wahlrechts überhaupt nicht mehr die Rede wäre. Wenn man also den Eifer der Liberalen für eine Wahlrechtsreform erhalten will, dann darf man ihnen nicht vorher eine Neueinteilung der Wahlkreise spendieren.“

Wenn dem Zentrum die Reform des Wahlrechts die Hauptsache ist, weshalb hat es denn von 1871 bis heute seinen Finger gerührt, diese Reform wirklich zu betreiben? Weshalb hat es sich auch in den letzten Jahren des Wahlrechtskampfes überhaupt geweigert, seine Klassen mobil zu machen? Es ist ein großes Mangel der Heuchelei, wenn das Zentrum sogar seine Abneigung gegen die Neueinteilung der Wahlkreise als ein Verdienst ansieht, das der Reform des Wahlrechts zugute kommen soll.

Das Reichsvereinsgesetz in preussischer Interpretation.

Genosse Th. Köllermann aus Gronau in Hannover sollte die Paragraphen 16 und 18 des Reichsvereinsgesetzes verlesen und auferdem einen Gendarm „tätlich beleidigt“ haben. Er war dieserhalb vom Schöffengericht in Elze zu 20 M. verurteilt worden, wogegen er Berufung einlegte.

Die dem Falle zugrunde liegenden Vorgänge liefern eine klassische Probe auf das Exempel des Reichsvereins-Polizeigesetzes. Am 19. Juli v. J. gedachten die Fabrikarbeiter in Gronau eine Versammlung abzuhalten, zu der Genossin Woffe aus Hannover als Rednerin geladen war. Die Versammlung war eröffnet, Frau Woffe hatte angefangen zu sprechen, als der unverschämte Gendarm dazwischen dröhnte und „seinen Platz“ verlangte. Man machte den Proben darauf aufmerksam, daß die Versammlung keine „öffentliche politische“ sei, eine Belehrung, über die er damit quittierte, daß er die Jugendlichen aus dem Lokale hinauswies. Auf den erneuten Versuch der Rechtsbelehrung des Gendarmen reagierte dieser mit — der Auflösung der Versammlung.

Es folgten nun turbulente Szenen, Herborgerufen durch den Nebereifer des Beamten. Kaum hatte er nämlich die Auflösung der Versammlung verfügt, als er auch schon die Rednerin am Arme vom Podium herunterriß. Das verlegte die „Aufgelösten“ in heftigste Erregung, und der Gendarm steigerte diese Erregung zur Empörung, indem er den Revolver gegen die Leute zückte, unter denen sich auch viele Frauen befanden. Frau Woffe war es, die in dieser gefährlichen Situation nach beiden Seiten energisch zur Selbstbeherrschung aufforderte, und als der Beamte die Waffe erhob, stellte sich unsere Genossin mutig vor ihn hin. Der Gendarm, der in einer Ecke des Lokals Rückendeckung gesucht hatte, steckte hinter dem Rücken der Proletarierfrau weitere Patronen in sein Schießgewehr und wußte schließlich nichts Besseres zu tun, als — Frau Woffe für verhaftet zu erklären. Immer noch den Revolver zückend, geleitete er Frau Woffe ordnungswidrig aus dem Saale, während diese fortfuhr, beruhigend auf die aufs äußerste provozierte Menge einzusprechen.

Wenn die Verhaftete dabei versicherte, sie würde wiederkommen, der Beamte würde über seinen Irrtum aufgeklärt werden, so sollte sie sich freilich über die Verlehrungsfähigkeit der ländlichen Gesetzeswächter gründlich getäuscht haben. Wie eine schwere Verbrecherin wurde unsere Genossin, weil sie dem „Liberalismus“ des Reichsvereinsrechts übertriebene Bedeutung beigelegt hatte, durch die Strafen nach dem Polizeigesetz geföhrt, von einer großen Menge begleitet, die eine solche Demonstration der liberalen Werra noch nicht gesehen hatte. Unsere Genossin mußte nun zusehends 6 Stunden „brummen“, und zwar wurde sie erst auf wiederholtes nachdrückliches Eingreifen eines Parteigenossen befreit, der vom Landrat zuerst hören mußte, die Frau komme nicht „los“, denn er „der Herr Wachtmeister hat gewünscht, daß sie hierbleibt!“

Als der Herr Landrat schließlich anderen Sinnes wurde und die Haftentlassung der Genossin Woffe anordnete, wurde ihr der Zug vorgefahren, womit sie aus dem Städtle hinaus mußte, und außerdem hatte der Gendarm auf dem Wege zum Bahnhof hinter ihr herzugehen, um jede Konspiration gegen die Sicherheit des Städtchens zu verhindern.

Das Verbrechen des Genossen Köllermann sollte nun darin bestanden haben, daß er bei der Unschädlmachung der furchtbaren staatsgefährlichen Frau den beherzten Gendarmerechtsmeister — man denke! — „leise an den Arm gestoßen“ und — fürchterlich! — einen „brummenden Laut“ von sich gegeben habe. . . Das wurde als „tätliche Beleidigung“ aufgefaßt. Dazu kam noch die Verflüchtigung gegen das polizeiliberale Reichsvereinsgesetz. Die Strafammer verwarf die Berufung des Genossen Köllermann, der also die Staatskette in Gronau mit 26 M. zu honorieren hat. Ein ganz ziviler Preis. Ob's aber dem Herrn Landrat genügen wird?

Weshalb das Zentrum in Siegen für den National-liberalen gestimmt hat.

In der „Eifener Volkszeitung“ findet sich eine Zuschrift aus dem Wahlkreis Siegen-Wittgenstein-Viedensloh, worin die Haltung des Zentrums in der Stimmwahl mit der Kollage begründet wird, die in der Siegerländer Industrie herrsche und die die meisten Zentrumswähler bestimmt habe, für den nationalliberalen Kandidaten, einen Verghauptmann und geborenen Siegerländer, zu stimmen.

„Hätten die Christlichsozialen — so heißt es dann — ebenfalls einen Industriellen aus ihren Reihen präsentieren können, so wäre ihm aus den vorstehend entwickelten Gründen der Sieg wohl sicher gewesen, aber zu dem Agenten Kumm hat man nicht das Vertrauen, daß er viel zur Hebung der schwierigen Lage der Siegerländer Industrie werde tun können.“

Vielleicht macht sich Agent Kumm den Wink zunutze und geht nach dem Beispiel seines Meisters Stöcker unter die Industriespekulanten, oder er läßt sich als Generalsekretär eines Unternehmerverbandes anstellen. Die Gunst des Zentrums und damit die Wiedergewinnung des Sieger Wahlkreises ist ihm dann sicher.

Die Konservativen und die Nachlasssteuer.

Einige liberale Blätter suchen sich über den Kampf der Konservativen gegen die Nachlasssteuer dadurch zu trösten, daß sie die Behauptung aufstellen, es sei nur die Gefolgschaft des Bundes der Landwirte, die gegen dieses Gesetz protestierte, die „einsichtigeren“ Konservativen würden hingegen für die Nachlasssteuer stimmen. So meinte beispielsweise die „Magd. Ztg.“: „Die lärmenden Proteste gegen die Nachlasssteuer haben bei dem Teil der Deutsch-konservativen, die von der bündlerischen Politik unabhängig sind, wenig Anklang gefunden. Hervorragende Konservative, wie Graf zu Stolberg, Graf Schwerin-Löwitz, Graf Westarp ufm., dürften mit diesem agitatorischen Treiben kaum einverstanden sein. In gut unterrichteten Kreisen rechnet man auch heute damit, daß die Mehrzahl der Konservativen der Protestpolitik nicht folgen wird. Einen starken Rückhalt hat die Regierung heute schon in den orthodoxen konservativen. Von den Mitgliedern der deutsch-konservativen Reichstagsfraktion haben sich schon eine namhafte Anzahl für eine Diskussion über die Nachlasssteuer bereit erklärt. Der Protest dringt nur bei einem Teile der Konservativen durch, die vom Bunde der Landwirte abhängig sind.“

Die konservative Parteileitung ist jedoch nicht geneigt, den Nationalliberalen ihren billigen Trost zu lassen. Kurz und bündig erklärt die „Konserv. Korresp.“: „Diese Mitteilung (der „Magd. Ztg.“) ist sowohl in ihrem Inhalt als auch was die darin angeführten Namen betrifft, falsch.“

Wahlrechtsdemonstration.

Nordhausen, 28. Januar. Am Donnerstagabend zogen gegen 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen durch die Straßen Nordhausens, um gegen das Dreiklassenwahlrecht zu demonstrieren. Auf sie wie: „Heraus mit dem freien Wahlrecht!“ und „Nieder mit Kälowl!“ erschallten weithin. In einer Mienenversammlung sprach Genosse Apel. Nach Schluß der Versammlung zog ein Teil der Demonstranten nach dem Innern der Stadt, wo sich ihnen ein großes Polizeiaufgebot entgegenstellte. Auf Veranlassung eines unserer Genossen zog der aufsehensführende Beamte die Schupsteine zurück, so daß die Demonstranten in Ruhe zerstreuen konnten.

Die Dernburgsche Kurzdreiberei.

Sogar die „Post“ des Herrn Kronsbain, die sonst nicht sehr empfindlich ist, fühlt das Bedürfnis, von Staatssekretär Dernburgs Kurzdreiberei abzurufen. Sie schreibt mit bemerkenswerter Schärfe:

„Es ist schon von mehreren Seiten scharf kritisiert worden, daß die Behauptungen des Staatssekretärs Dernburg in seinem Vortrag über seine „Südwestafrikanischen Eindrücke“ zu einer großen Nachfrage nach geradezu von ihm empfohlenen Anteilen und Genusscheinern der Otavi-Minen- und Eisenbahngesellschaft geführt haben. Wir müssen gestehen, daß wir es nicht verstehen, wie ein an leitender Stelle wirkender Staatsmann die Verantwortung übernehmen mag für die Enthäuschungen, die er notwendig bereiten muß, da es allen mit den Verhältnissen Vertrauten ausgeschlossen erscheint, daß sich die Notierung dieser Werte auf ihrer in großen, plötzlichen Sprüngen erreichenden Höhe halten kann. Wer in den Tagen nach Dernburgs Kreisbrief auf die Otavi-Gesellschaft in der Börse war, konnte unschwer feststellen, wie schädlich seine Worte gewirkt hatten. Die nächsten Tage brachten zahllose Aufträge der Provinzialverwaltung Berliner Bankhäuser und alle Wohnungen blieben erfolglos. Wie der „Kolonialpolitischen Korrespondenz“ bekannt geworden ist, haben sich mehrere Banken veranlaßt geföhlt, ihrer Kundschaft in einem zirkulären Mahnung zu empfehlen und vor Aufträgen zum Kauf von Otavi-Anteilen, solange das Diamantenfieber andauert und ihren Preis in ungesunde Höhe treibt, geradezu gewarnt. Man muß wiederholen, daß das ganze Vorkommen von Diamanten in Deutsch-Südwest, soweit bisher durch Sachverständige festgestellt worden ist, nicht mehr als eine einzige Jahresproduktion aller südafrikanischen Diamantenfelder beträgt. Nur ein Bruchteil kommt indirekt der Otavi-Gesellschaft zugute! Ein Mißglück ist früher oder später ganz unvermeidlich. Und die Folge wird sein, daß gerade der Teil des deutschen Volkes, dessen Mittel richtig angewendet solide koloniale Unternehmungen und damit unsere Schutzgebiete selbst zu gesunder Entwicklung bringen könnten, das Interesse an kolonialen Unternehmungen ganz und für immer verliert. Das wäre aber ein Schade, der in gar keinem Verhältnis steht zu dem Nutzen, den Staatssekretär Dernburg sonst gestiftet haben mag. Wenn nicht persönlicher vorstehender Laib, so sollte staatsmännische Klugheit jeden aktiven leitenden Staatsbeamten davor bewahren, für Handelsgesellschaften anders Propaganda zu machen als durch vernünftige Handels- und Jollpolitik. Jedes Wort der Empfehlung vor aller Oeffentlichkeit muß schädlich wirken auch auf sein eigenes Ansehen!“

Die Arbeitslosigkeit im Braunschweiger Stadtparlament.

Seit Wochen bereits haben die bürgerlichen Stadtverordneten in Braunschweig die auf Linderung der Arbeitslosennot hinielenden Anträge unserer Genossen verschleppt. Endlich gelang es, für Donnerstag eine außerordentliche Sitzung zustande zu bringen, in der folgende sozialdemokratische Anträge zur Verhandlung standen:

Der Magistrat möge ersucht werden, 20000 M. zur Unterstüfung der Arbeitslosen und 3000 M. zur Beschaffung warmer Frühküst für die die Schule besuchenden Kinder arbeitsloser Eltern zur Verfügung zu stellen, ohne daß diese Unterstüfungen als Armenunterstüfung angesehen werden. Ferner soll der Magistrat ersucht werden, eine Arbeitslosenversicherung nach dem Genfer System einzuföhren.

Ueber ein Drittel der bürgerlichen Stadtverordneten hielt es nicht einmal der Mühe wert, in der Sitzung zu erscheinen. Und von den Anwesenden stellte, nachdem gegen alle bürgerlichen Stadtverordneten die Beratung durch die Stimmen unserer Genossen erzwungen war, sofort ein Herr den Antrag, über die zur Verhandlung stehenden Anträge zur Tagesordnung überzugehen. Nachdem zwei unserer Genossen und zwei bürgerliche Stadtverordnete gesprochen hatten, schloß die bürgerliche Mehrheit den Schluß der Debatte durch und lehnte den ersten Antrag ab, weil sie es für „selbstverständlich“ hielt, daß solche Extrainterstüfungen als Armenunterstüfung angerechnet werden müssen. Der zweite Antrag, die Einführung der Arbeitslosenunterstüfung betreffend, wurde einer Kommission überlassen. Erreicht wurde von den Sozialdemokraten noch, daß Ueberschreitungen des Staats für außerordentliche Arbeiten dem Magistrat von vornherein gutgeheßen wurden.

Die Tribünen des Sitzungssaales waren bis zum letzten Platz von Arbeitslosen besetzt, die später auf der Straße die das Rathaus verlassenden bürgerlichen Stadtverordneten mit lauten Pfui-Rufen begrüßten.

Gegen das Brauntweinmonopol.

Eine am Donnerstag hier tagende Versammlung von Destillateuren, Restaurateuren, Kolonialwarenhändlern und Spiritusinteressenten aller Art beschloß einstimmig eine Resolution, in der sie denjenigen Fraktionen des Reichstages, die die Monopolvorlage der Regierung abgelehnt haben, ihren besonderen Dank ausspricht und gleichzeitig die Behauptungen, daß sie die berechtigten Interessen der Spiritusproduktion sich nur im Rahmen einer Monopolvorlage wahrnehmen ließen und daß ohne Kontingentierung die Spiritus-Produktion nicht lebensfähig sei, für ungeschäftfertig erklärt. Die Versammlung richtet an den Reichstag, und speziell an die Reichstagskommission zur Beratung einer Reform der Brauntweinsteuergebung das dringende Ersuchen, unter allen Umständen an der Ablehnung des Brauntweinmonopols festzuhalten und statt dessen ein Gesetz zu schaffen mit dem Endziel einer gestaffelten Verbrauchsabgabe und unter Ausschließung aller Privilegien. —

Wieder ein Soldatenschilder.

In 61 Fällen hat der Wajewachtmeister Wirth von der 2. Batterie des Artillerieregiments Nr. 10 in Karlsruhe Soldaten mißhandelt. Das Kriegsgesicht verurteilte ihn zu acht Monaten Festung und Degradation. Die Mißhandlungen kamen durch einen besonderen Zwischenfall zur Kenntnis der Behörden. Wirth erhielt bei einem Wandler in einem Dorfe der Taubergengegend beim Schmutzappell von einem früheren Soldaten eine Ohrfeige. Ein Offizier sah das mit an und zwang den Wirt, den Zivilisten zu verhaften. Dieser padte nun aus und der Spieß wurde jetzt umgedreht. —

Die Beschickung des Wörmann-Dampfers.

Aus London wird telegraphiert: Ein englischer Offizier von dem liberalen Kanonenboot „Lark“, welches auf einen Dampfer der Woermann-Linie gefeuert hatte, ist heute in Plymouth eingetroffen und hat erklärt, daß während der letzten vier Monate auf ein halbes Duzend englische und zwei deutsche Schiffe in derselben Weise von der „Lark“ gefeuert worden sei, weil sie sich in den territorialen Gewässern befanden hätten und die ihnen wegen des Verdachts des Schmuggels gegebenen Signale, anzuhalten, nicht beachtet hätten.

Die Balkankrise.

Bulgarien und die Türkei. Das Entgegenkommen der türkischen Regierung hat dem bulgarisch-türkischen Konflikt alle Schärfe genommen. Bulgarien hat allerdings die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der Türkei verweigert, solange diese nicht auf alle Gebietsabtretungen verzichtet. Doch ist zu erwarten, daß diese Forderung fallen gelassen werden wird. Der bulgarische Minister Papikow hat sich einigen Diplomaten gegenüber über die Lage und die Aussichten einer Verständigung geradezu optimistisch ausgesprochen. In den Kreisen der Diplomaten herrscht die Ansicht vor, daß in der nächsten Zeit eine Lösung der Krise zu erwarten sei. Bulgarien hat auch bereits einen Teil seiner Grenztruppen wieder entlassen.

Die bosnische Verfassung. Wien, 28. Januar. Im Ausschuß zur Beratung der Amegionsvorlage erklärte Ministerpräsident v. Bionerth, daß die Verfassung für Bosnien und die Herzegovina auf vollkommen konstitutionellen und freiheitlichen Grundlagen aufgebaut sein werde. Bezüglich des Uebereinkommens mit der Türkei und der Boykottbewegung erklärte der Ministerpräsident schließlich, daß die endgültige Regierung des Uebereinkommens in naher Zeit zu gewärtigen sei und daß dank der energischen Maßnahmen der Porte auch die baldigste Beilegung der Boykottbewegung zu erwarten sei, die jetzt, da das freundschaftliche Verhältnis zwischen der Monarchie und der Türkei wieder hergestellt sei, auch jeder politischen Grundlage entbehre.

Frankreich.

Politisches Ratengeschäft. Paris, 27. Januar. (Fig. Ver.) 24 Deputiertenmandate sind neu zu besetzen, zumeist infolge der Wahl ihrer bisherigen Inhaber in den Senat. Nichts erscheint natürlicher, als daß diese Nachwahlen gleichzeitig vorgenommen werden sollten. Warum sollten die einen Wahlkreise kürzer, die anderen länger unvertreten bleiben? Und dann möchte man doch glauben, daß es einer demokratischen Regierung angenehm sein möchte, sich in einer an denselben Tage in den verschiedensten Landesteilen vorgenommenen Befragung der Wählerschaft von der Stimmung des Volkes zu unterrichten. Herr Clemenceau aber hat anders verfügt. Er wird die Wahlen in drei Etappen, vom 2. Februar an vollziehen lassen. Gründe weiß er freilich dafür nicht anzugeben, aber angebliche Präzedenzfälle. Combes z. B. hat einmal acht Ersatzwahlen auf verschiedene Daten verteilt. Seit wann aber ist Clemenceau ein solcher Verehrer des Hergebrachten? Im übrigen ist nicht einmal die Berufung auf die Tradition richtig, denn eine Sakanz von dem gleichen Umfang wie jetzt war unter der Republik nur einmal, im Juli 1871 vorhanden, und da hat Thiers einen einzigen Wahltag bestimmt. Der unausgesprochene, wahre Grund Clemenceaus aber ist einzig eine Wahlspekulation. Zuerst sollen nämlich die Wahlkreise daran kommen, wo die Regierung am sichersten ist und wo ihr die bereits sehr rührigen Präzedenzen den Erfolg der offiziellen Kandidaten verbürgen. So soll „Stimmung“ in den weniger sicheren Kreisen gemacht werden. Und dort, wo die geeinigten Sozialisten, die die Regierung vor allem bekämpft, die größten Anstalten haben bekommen die Präzedenzen auch die längste Frist, die Wähler mit Zuderbrot und Peitsche zu präparieren. Zu solchen Kniffen nimmt eine Regierung Zuflucht, die sich als das „große Ministerium“ demokratischer und sozialer Reformen in Szene gesetzt hat. —

Die Wahlreform.

Paris, 29. Januar. Clemenceau empfing heute eine Abordnung der Republikanischen Gruppe für die Wahlreform. Der Führer dieser Abordnung erklärte, daß die Mitglieder der Gruppe Anhänger der Verhältniswahlen seien. Die Einführung der Verhältniswahlen werde sowohl von den Anhängern der Liste als auch von denen der persönlichen Wahl gewünscht. Clemenceau antwortete, daß das Prinzip der Verhältniswahlen ein gerechtes sei, es sei aber notwendig, genau festzustellen, welche Abgeordneten durch Einführung dieses neuen Systems überflüssig würden. Wie von anderer Seite erklärt wird, hat sich die Regierung bereit erklärt, den Vorschlag betreffend die Einführung der Verhältniswahl am 15. März in der Kammer zu beraten. —

Türkei.

Die Schülermeuterei.

Konstantinopel, 29. Januar. Die Bewegung in der Militärschule ist entgegen einer früheren Meldung noch nicht beendet. Neuerdings kam es zu kleinen Zwischenfällen. Die Schöler haben sich an die Kammer gewendet. Die Schüler der Militärvorbereitungsschule Süleli am Bosporus haben in einem Zeitungartikel für ihre meuternden Geföhrtten Partei ergriffen.

Persien.

Neue Unruhen.

Teheran, 28. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Im Süden Persiens sind ernste Unruhen ausgebrochen. In Buschir haben Aufrihrer den Gouverneur verwundet und seine beiden Söhne getötet. In Schiras hat die Menge die Filiale der Bank des Schahs geplündert. In Laristan ist eine starke regierungswiderständige Bewegung ausgebrochen. In der Nähe von Tabris haben Reiter der Regierung zwei Dörfer eingenommen und die Verbindung mit Dschulfa abgeschnitten.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen. Der sozialdemokratische Wahlverein für den Wahlkreis Solingen hat, wie in der letzten Generalversammlung berichtet wurde, im zweiten Halbjahr 1908 einen Verlust von 23 Mitgliedern infolge der schweren Krise, die den Kreis Solingen besonders schwer getroffen hat. Die Rechnung bilanziert in Einnahmen und Ausgaben mit 8810,50 Mark. Der sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Pitzkau hatte im letzten Vierteljahr an Beiträgen eine Einnahme von 1173,00 M. Die Gesamteinnahme betrug 2121,44 M., die Ausgabe 1376,11 M., so daß ein Kassenbestand von 745,33 M. verblieb. Als Reichstagskandidat wurde einstimmig wieder Genosse Edmund Fischer aufgestellt. Der sozialdemokratische Wahlverein für den Wahlkreis Duisburg-Oberrhausen hatte im letzten Quartal 1908 an Einnahmen 2761,08 M., an Ausgaben 1724,08 M., so daß ein Bestand von 1037 M. verblieb. Neuaufnahmen waren 1857 zu verzeichnen, davon entfielen 785 auf Frauen und 672 auf Männer. Uebertritte sind 46 zu verzeichnen. Auf der Halbjahrs-Generalversammlung des Wahlkreises Eßlingen-Rißheim (5. württembergischer) vertraten 45 Delegierte 25 Mitgliedschaften. Der Kassenbericht ergab eine Einnahme von 2045,92 M., eine Ausgabe von 2061,08 M. und einen Vermögensbestand von 629,54 M. Durch die Einführung des Neuwahlgesetzes haben eine Anzahl Mitgliedschaften, darunter auch kleinere, an Mitgliedern gewonnen. Ein Bezirksparteitag für den Agitationsbezirk Breslau (Mittelschlesien), der vor kurzem in Breslau tagte, war von 20 Ortsvereinen mit 20 Delegierten besetzt. Der Bericht der Agitationskommission für die Zeit vom 1. Januar 1908 bis 31. Dezember 1908 ergab eine Einnahme von 9786,16 M. (darunter 1705,93 M. vom Parteivorstand), eine Ausgabe von 8720,83 M., einen Bestand von 1064,78 M. Der Bezirk (außer Breslau-Stadt und Land) hatte Ende 1906 1794 Mitglieder und 2141 Abonnement der Arbeiterpresse, Ende 1907 1950 Mitglieder und 2848 Abonnement. Ende 1908 2310 Mitglieder und 3455 Abonnement. Breslau-Land hatte Ende 1906 1813, Breslau-Stadt 6500 Mitglieder. Das Agitationsorgan, der monatlich einmal erscheinende „Landbote“, erschien in einer Auflage von 15000—21000 Exemplaren. Organisierte Frauen sind in Breslau-Stadt 500, in Breslau-Land 68, in Wagnitz-Saynau 88, in Dylau 15 und in Briesg und Reiffe je 6.

Die Gründung eines eigenen Heim beschloß die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins Hannover. Gedacht ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Das Gesellschaftskapital beträgt 60 000 M. und wird je zur Hälfte von der Partei und den Gewerkschaften aufgebracht. Für je 1000 M. wird ein Gesellschaftsanteil gewählt. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Aus der badischen Sozialdemokratie. Zum Offenburger Parteitag wählte der sozialdemokratische Verein Forchheim in seiner Versammlung vom letzten Sonntag den Genossen Leicht als Delegierten. Er wurde beauftragt, sich gegen ein eventuelles Mißtrauensvotum gegen den Genossen Ged zu erklären. — Die Mannheimer „Volkstimme“ findet den Beschluß überflüssig, denn wo in aller Welt sei jemals die Rede davon gewesen, daß dem Genossen Adolf Ged ein Mißtrauensvotum erteilt werden solle.

Kasernen über einen Rücktritt des hessischen Parteivorstandes gingen dieser Tage durch bürgerliche Blätter. In Wirklichkeit handelt es sich um den Rücktritt des Vorstandes der Parteiorganisation Darmstadt, die wegen Ablehnung einer von ihm eingebrachten Resolution erfolgte. In einer am Sonntag tagenden Versammlung wurde in der Diskussion von allen Rednern zum Ausdruck gebracht, daß jene Ablehnung kein Mißtrauensvotum für den Vorstand sein sollte und darauf wurden die Zurückgetretenen einstimmig wiedergewählt.

Von der holländischen Sozialdemokratie. Genosse Troelstra handelt in „Het Volk“ über die von uns im Wortlaut mitgeteilten Stellen seiner Rotterdammer Rede, aus denen wir ableiteten, daß er den Gemeindeführern das Recht zum Streiken absprach. Er bestreitet dies und erklärt, er habe ihnen das Streiken bloß entzogen, und er sei damit einverstanden, daß in revolutionären Zeiten die Arbeiter im öffentlichen Dienst sich an den Streik beteiligen. Wir nehmen von dieser Erklärung gern Notiz und berichtigen damit den Satz, der sich in unseren früheren Ausführungen darauf bezieht.

Von der russischen Parteipresse. In nächster Zukunft wird das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands „Sozialdemokrat“, dessen erste Nummer im März d. J. in Petersburg erschien, im Auslande herausgegeben werden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strafsache der Presse. Wegen Verleumdung des Offizierskorps von Gelle wurde Genosse Thomaier vom „Volkswille“ zu Hannover zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt.

Aus Industrie und Handel.

Zweierlei Maß.

Die Zentrumspresse spielt in fast allen Fragen eine zwiespältige Rolle. Wie in allgemeinen politischen und sozialen Fragen, so auch auf wirtschaftlichem Gebiet. Die „Kölnische Volkszeitung“ versteht es, recht scharf über die Preispolitik des Kohlenhandels und des Stahlverbandes zu schmähen, aber die nicht minder rücksichtslose Profitmacherei der Agrarier behandelt das Blatt mit schonender Milde, sucht sie gar noch zu fördern. In seinem Handelssteil verurteilt es, daß deutsche Kohlen und deutsches Eisen mit Hilfe niedriger Tarife billiger an das Ausland abgegeben werden, als an den inländischen Verbraucher. Daß die Agrarier es noch toller treiben, nämlich unter mißbräuchlicher Ausnutzung des Systems der Getreidezollbefreiung sich vom Staate Ausfuhrprämien zahlen lassen, die dazu benutzt werden, um an das Ausland billiger zu verlaufen als an den deutschen Produktionszentren, darüber entzweit sich die Tagesblätter nicht. Die Tatsache ist natürlich der „Alln. Volkszeitung“ kein Geheimnis, aber sie redet nicht davon. Im Gegenteil, in ihrer landwirtschaftlichen Beilage (Nr. 4 vom 27. Januar 1900) empfiehlt sie den Landwirten zur „Verachtung“, daß die deutsche Weizenfuhr seit 1904 — nach Inkrafttreten der höheren Zölle — ganz bedeutend gestiegen ist. Wahrscheinlich will man auf die Gelegenheit, Ausfuhrprämien einzuhelfen, noch besonders aufmerksam machen. Die Ausfuhr gegen Einfuhrzölle kostet der Reichskasse nicht nur pro Tonne Getreide im Durchschnitt 50 M., sie ist auch das Mittel, im Inlande den Preis um den Zollbetrag über den Auslandspreis zu halten. Das verrät das fromme Blatt seinen brotkonsumierenden Lesern nicht. Die werden mit Erzählungen über drohende neue Kulturkämpfe, Bedrohung der heiligen Religion usw. granuliert gemacht, damit sie geduldig weiter traben als Vorspann ultramontaner Demagogie und Arbeiterbeschwindelung.

Zur Gas- und Elektrizitätssteuer.

Selten hat ein Gesetzentwurf von sachmännischen Beurteilern eine derartig scharfe Abgabe erhalten, wie der Vorschlag der Regierung auf Erhebung einer Gas- und Elektrizitätssteuer. Es stellte sich heraus, daß die wesentlichsten Zahlenangaben, die dem Entwurf zugrunde liegen, entweder fehlerhaft zusammengestellt oder direkt falsche sind.

So wird bei der Ertragsberechnung der Steuer behauptet, daß in Deutschland jährlich 80 Millionen Glühlampen verbraucht werden, die eine Steuereinnahme von 6 Millionen Mark liefern würden. Wie der Steuerausgleich der deutschen Elektrizitäts- und Gasinteressen demgegenüber feststellt, beträgt wohl die deutsche Produktion von Glühlampen aller Art 24 Millionen, aber hiervon werden 14 Millionen exportiert, so daß nur ein inländischer Konsum von 10 Millionen übrig bleibt. Doch unverständlicher ist die Angabe im Entwurf, der jährliche Mehrverbrauch von Glühlampen für Deutschland betrage 100 Millionen. Auf Grund genauer Ermittlungen der Vereinigung der Glühlampenfabrikanten werden in Deutschland allerdings jährlich 100 Millionen Glühlampen fabriziert, aber nach Abzug der Ausfuhr, im Umfang von 65 Millionen Mark, verbleibt ein Inlandskonsum von nur 35 Millionen. Diese beiden Differenzen allein ergeben ein Mißverhältnis der veranschlagten Steuer von 8,5 Millionen Mark.

Bei der Berechnung der Steuer für Kohlenstifte (7 Millionen Mark) ist nicht berücksichtigt, daß 1/2 der in Deutschland hergestellten Kohlen an Staats- und Reichsbahnen, hauptsächlich an Eisenbahnverwaltungen, geliefert werden, so daß die Regierung einen Steuerertrag von 1 400 000 M. von sich selbst erhebt. Berücksichtigt man noch die von denselben Behörden verbrauchten Glühlampen und Glühlampen, die benutzten Gas- und Elektrizitätsmengen, so muß für die Steuerfreiheit von Reich- und Einzelstaaten mindestens die Summe von 8 Millionen Mark in Abzug gebracht werden.

Wenn ein junger Nationalökonom in seiner Erstlingsarbeit derartige Berechnungsfehler macht, so kann man mildernde Umstände gelten lassen; bei einer Arbeit von Regierungsvertretern muß mehr Sachverständnis und Sorgfalt verlangt werden.

Vom amerikanischen Eisenmarkt.

Wie das Fachblatt „Iron Age“ berichtet, war der Handel in Eisen und Stahl während der vergangenen Woche auf der ganzen Linie träge. Es herrschte große Enttäuschung über die Art, wie das neue Geschäft sich verhält. Die Lage am Hoheisenmarkt trägt das Zeichen der Schwäche.

Gewinnrückgang. Der Jahresbericht der Southern Pacific Bahn, der das mit dem 30. Juni vorigen Jahres abschließende Finanzjahr umfaßt, bezeichnet einen ungefähren Verlustrückgang des Nettogewinns um 9 Millionen Dollar. Trotzdem wird die Dividende für die Stammaktien, die im vorigen Jahre 6 Proz. betrug, in diesem Jahre sich auf 7 1/2 Proz. belaufen.

Aus der Frauenbewegung.

Zum Kampfe um das Frauenstimmrecht.

Die junge englische Arbeiterinnenzeitung „The Woman Worker“, die seit längerer Zeit häufig in einer Auflage von 28 000 Exemplaren erscheint, steht seit Beginn des Jahres unter der Redaktion der Genossin Julia Dawson. Während das Blatt früher etwas zaghaft an die unumgängliche sozialistische Schulung der Arbeiterinnen heranging, nimmt es jetzt mit wünschenswerter prinzipieller Schärfe Stellung zu den Fragen, welche die arbeitende Frauenwelt interessieren. Nicht zum wenigsten in der Frage des Frauenstimmrechts. Klar und entschieden tritt die „Woman Worker“ für die sofortige Einführung des allgemeinen Stimmrechts im Sinne der Adult Suffrage Society ein. Allein die pseudofortschrittliche Haltung der bürgerlichen Suffragettes und deren prinzipiellwidrige Haltung durch die Unabhängige Arbeiterpartei (N. L. P.) hat eine solche Verwirrung der Begriffe in den Köpfen der Proletarierinnen zustande gebracht, daß die „Woman Worker“ sich neuerdings in jeder Nummer gegen die Vorwürfe von Leserinnen zu verteidigen hat, daß sie eigentlich ein Antistimmrechts-Blatt sei. Mit Recht betont sie demgegenüber, daß sie überhaupt die einzige wirkliche Frauenstimmrechtszeitung sei, denn kein anderes Frauenblatt trete für die Sache des allgemeinen Wahlrechts so ein wie die „Woman Worker“ es bisher getan habe und auch weiter tun werde. Es gibt auch solche Anhänger des allgemeinen Wahlrechts, die da sagen, der einzige Weg, das weitere Ziel zu erreichen, wäre, erst das nächste zu erstreben, d. h. das beschränkte, an den Besitz gebundene Wahlrecht. Diesen gegenüber meint unser englisches Schwesterblatt in seiner letzten Nummer kurz und bündig, es sei nicht einzusehen, warum England von allen Ländern allein sich mit dem langsamen Zudeltreiben zufrieden geben solle. Man möge doch auf das keine Zimmeln setzen.

Auch durch die Drohung einiger ihrer eifrigsten „Pionierinnen“, daß sie ihre Propaganda für das Blatt einstellen werden, wenn es seine Haltung in der Stimmrechtsfrage nicht ändere, wird „The Woman Worker“ sich nicht beirren lassen. Alle diese Taktiken zeigen indes, daß sie noch einen harten Stand haben wird, ehe sie die scheinbar einfache und selbstverständliche Einsicht und die Notwendigkeit, daß alle Männer und Frauen das Stimmrecht haben müssen, allgemein Geltung verschafft haben wird.

Der niederländische Dignitätsverband hielt am Sonntag in Haag seinen diesjährigen Verbandstag ab, auf dem vier Ortsabteilungen: Amsterdum, Rotterdam, Leiden und Middelburg vertreten waren. Der Verband hat sich im verfloßenen Jahre immer mehr auf den Standpunkt einer modernen Kampforganisation gestellt, wenngleich es den holländischen Dienstmädchen, da ihre Organisation sich noch in der ersten Entwicklung befindet, bis jetzt noch nicht möglich ist, größere gewerkschaftliche Kämpfe für die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu führen. Die Richtung, die der Verband jetzt verfolgt, hat dazu geführt, daß viele Damen, die bisher Abonnement der Verbandsorgans „Ond Streden“ waren, das Blatt abbestellte. Auf den Anstoß an den Verband der niederländischen Gewerkschaften hat die Dienstmädchenorganisation wegen Mangel an Geldmitteln vorläufig verzichtet müssen. Aus dem Jahresbericht ist bemerkenswert, daß der Verbandsvorstand auf verschiedenen Eisenbahnstationen für Dienstmädchen, die sich auf der Reise befinden, Platze zur Warnung vor verdächtigen Häusern anbringen wollte, daß aber die holländischen Eisenbahndirektionen die Erlaubnis dazu verweigerten. Den Eisenbahnkapitalisten ist es offenbar gleichgültig, ob Mädchen, die, ausgewachsen in ländlicher Unwissenheit, in eine fremde Stadt kommen, einem Mädchenhändler oder Bordellwirt in die Hände fallen. Ein schlauer Jurist hat Anweisungen für Herrschaften verfaßt, die dazu dienen sollen, die den Dienstmädchen günstigen Bestimmungen des neuen Gesetzes über den Arbeitsvertrag auszuklaffen. Um dem entgegen zu wirken, stellte der Verbandsvorstand einen dem Gesetz entsprechenden Mustervertrag für Dienstmädchen auf, und der Verbandstag beschloß nun, mit aller Kraft für Durchführung dieses Arbeitsvertrages zu wirken. Ferner wurde beschlossen, das Trinkgeldsystem, wie es namentlich auch bei Herrschaften der Herrschaft üblich ist, zu bekämpfen und dafür bestimmte Bezahlung für Ueberstundenarbeit zu fordern, und überhaupt bessere Löhne zu erstreben.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Kündigung des Baukumpenartikels

Ist durch die Unternehmer erfolgt. Der seit dem 1. April 1900 bestehende Tarif läuft nunmehr am 31. März 1909 ab. Aus diesem Anlaß hatte der Deutsche Metallarbeiterverband am Donnerstag eine Versammlung der Baukumpen erufen, die ungewöhnlich stark besucht war. Der Referent Cohen verwies darauf, daß nach den Bestimmungen des Tarifs jetzt die Schlichtungskommission über den Abschluß eines neuen Tarifs verhandeln, und wenn sie darüber nicht einig wird, das Einigungsamt sich mit der Angelegenheit befassen muß. Eine Korrespondenz mit dem Vertreter der Unternehmer über den Personenkreis, welcher an den Verhandlungen teilnehmen soll, ist bereits im Gange. Hierbei handelt es sich um wesentlichen darum, daß die Unternehmer im Jahre 1907 die Angehörigen des Metallarbeiterverbandes aus der Schlichtungskommission ausschalten wollten. Das ist auch formell, aber nicht tatsächlich geschehen, denn Cohen war, wenn auch nicht als Mitglied der Schlichtungskommission, so doch als Vertreter des Metallarbeiterverbandes bei allen Verhandlungen zugelassen worden. In dieser Weise sind die Unternehmer auch bereit, die bevorstehenden Verhandlungen zu führen. Damit ist der Metallarbeiterverband jedoch nicht zufrieden. Er steht auf dem grundsätzlichen Standpunkt, daß es jeder der vertragsschließenden Parteien überlassen bleiben muß, in die Schlichtungskommission zu entsenden, wen sie will, ohne Rücksicht darauf, ob der Betreffende zurzeit als Baukumpen arbeitet. Ueber diese Vorfrage der Verhandlung wird voraussichtlich eine Verständigung erzielt werden. Was die Gestaltung des neuen Tarifs betrifft, so haben die Arbeitgeber anscheinend die Absicht, die ungünstige Konjunktur zu einer Verschlechterung des Tarifs auszunutzen. Die Arbeiter aber, gestützt auf ihre gute Organisation, sind nicht gewillt, sich Verschlechterungen des alten Tarifs gefallen zu lassen. Verschiedene Bestimmungen des Tarifs gefallen ihnen so wenig, daß sie bestrebt sein werden, in dieser Hinsicht Verbesserungen durchzusetzen. Unter diesen Umständen darf man auf harte Auseinandersetzungen bei den Tarifverhandlungen gefaßt sein. Wenn jetzt die Zeit zur Agitation unter den Kollegen ausgenutzt wird, dann werden ihre Reihen sich so fest schließen, daß sie für den Fall, daß ein neuer, den berechtigten Wünschen der Arbeiter entsprechender Tarif nicht zustande kommt, kampfbereit sind.

Die Versammlung verfaßte die bestehende Agitationskommission um fünf weitere Mitglieder und beauftragte die Kommission, gemeinsam mit der Verbandsleitung die Vorarbeiten für die Tarifberatung zu betreiben.

Hausfuchung im Bureau des Metallarbeiterverbandes.

Am Donnerstag ist im Bureau des Deutschen Metallarbeiterverbandes gehäusucht worden. Drei Beamte und ein junges Mädchen, eine Angestellte von Debius, kamen zum Genossen Cohen ins Bureau. Mehrere Beamte hatten vor dem Hause Posto gefaßt. Man suchte „Debiusbriefe“, doch nicht die gedruckt — die wollten die Herren nicht haben, als Cohen ihnen dieselben pro Stück für 10 Pf. zur Verfügung stellte. Auch das junge Mädchen erklärte: „Die haben wir bereits. Wir suchen lose Blätter aus einem Stenogrammheft.“ Nun hatte

man sich verstanden und es wurde gesucht. Ein Kasten über dem anderen, ein Schubfach nach dem anderen — so ging es stundenlang. Gefunden wurde nichts.

Achtung, Glasbläser! Der Streik bei der A. G.-G. ist mit vollem Erfolge beendet. Der Lohnabzug ist ganz zurückgenommen worden; die Kollegen sind alle wieder eingestellt. Einigkeit macht Kraft. Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Tariffändigung der Steinseher in Hamburger Lohngelände.

Die Steinseher und Berufslogen von Hamburg und Umgegend beschloßen in ihrer letzten Versammlung, den am 3. Mai dieses Jahres ablaufenden Tarifvertrag am 3. Februar zu kündigen. Dem Bund der Steinsehermeister für das Hamburger Lohngelände soll ein neuer Tarif unterbreitet werden, der u. a. folgende Hauptforderungen enthält:

Stundenlohn für Steinseher, Steinhauer und Plattenleger 80 Pf.; für Kammer und Plattenanlegerhilfen 75 Pf.; für anzulernende Kammer 70 Pf.; für Planarbeiter im Straßenbau 60 Pf.; bei Zyklopedarbeiten oder Uferauffassungen 10 Pf. Aufschlag. Ueberstunden 30 Proz. Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Proz. Aufschlag. Nacharbeit soll gelten von abends 9 Uhr bis morgens 6 Uhr. Arbeitszeit im Sommer 9 Stunden, im Winter wie bisher. Früherer Arbeitslohn soll stattfinden vom 2. Sonntag im Januar bis zum 2. Sonntag im November an den Sonntagen um 1/2 Stunde, an den Abenden vor den drei großen Festen um 4 Uhr Feierabend, sämtlich ohne Lohnabzug. Kündigung findet nicht statt. Auf den Baustellen sind heizbare Wuden in genügender Anzahl aufzustellen. Zur Schlichtung von Differenzen wird eine aus drei Arbeitnehmern und drei Arbeitgebern bestehende Schlichtungskommission gebildet. Zur Vermittlung von Arbeitskräften wird ein paritätischer Arbeitsnachweis gegründet.

Die Kommission soll darauf hinwirken, daß der Tarif nicht erst im Mai, sondern bereits am 1. April in Kraft tritt und der Vertrag zwei Jahre Geltung hat.

Die Maßregelungen in Oberschlesien.

Die Vorgänge in Oberschlesien lassen immer deutlicher erkennen, daß die Vergewaltigen es auf ein planmäßiges Ausschreiben gegen die Organisation der technisch-industriellen Beamten abgesehen haben. Während bis jetzt nur von Maßregelungen berichtet werden konnte, die auf den Gruben selbst vorgenommen worden sind, wird jetzt bekannt, daß die Zechenbesitzer sogar auf ihre Lieferanten einen Druck ausgeübt haben, um diese zur Entfremdung bestimmter Beamten zu veranlassen. So soll besonders den großen Elektrizitätsfirmen, die dort ihre Zweigbüros unterhalten, um mit den Vergewaltigen besser über die Erlangung von Aufträgen verhandeln zu können, bedeutet worden sein, daß die Grubendirektoren es in Zukunft ablehnen würden, mit denjenigen Vertretern der Elektrizitätsfirmen noch weiter zu verhandeln, die ihnen als eifrige Mitglieder des Bundes der technisch-industriellen Beamten bekannt geworden sind. Daß diese Mitteilung von den in Betracht kommenden Firmen nicht als leere Drohung aufgefaßt worden ist, geht daraus hervor, daß eine große Berliner Elektrizitätsfirma bereits einen ihrer ersten Akquisitioningenieure aus Oberschlesien abberufen hat.

Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß diese Methode, tüchtige Ingenieure, die sich in ihrer Berufsarbeit nichts zuschulden kommen lassen, auf Umwegen um ihre Stellung zu bringen, auf das schärfste gemißbilligt werden muß. Für den Reichstag bedeutet sie aber eine dringende Mahnung, mit der unbedingt notwendigen Reform des Koalitionsrechtes nun endlich ernst zu machen.

Lohnbewegung im Münchener Fleischerhandwerk.

Die Münchener Schlächtergehilfen versuchen schon seit längerer Zeit ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Einführung eines Tarifs zu regeln. Bei zwei Firmen ist dies auch gelungen. Alle übrigen Fleischer und Wurstaufbereiter lehnen es aber ab, einen Tarif einzugehen, oder überhaupt mit der Organisation der Fleischergewerkschaft Deutschlands in Verhandlungen einzutreten. Die Gewerkschaft beschloß daher, in den Streik zu treten. Die Kündigung erfolgte am 26. Januar. — Zugug ist strengstens fernzuhalten!

Husland.

Die Hilfseinstellungen für die Arbeitslosen in Kopenhagen.

In Dänemark, und vor allem in Kopenhagen, ist man unablässig bemüht, der durch die Wirtschaftskrise hervorgerufenen Not nach Möglichkeit zu steuern. Gemäß einem Beschluß des Magistrats und der Stadtverordneten wird in Kopenhagen den Arbeitslosen und Notleidenden der Kofls aus den städtischen Gaswerken zu dem außerordentlich billigen Preise von 1 Kr., zerhackt 1,25 Kr., die Tonne (1,4 Hektoliter) zur Verfügung gestellt. Auch hat die Stadt auf ihren Schlachthöfen eine Fleischlokerei nach Berliner Muster eingerichtet. In den beiden großen Kesseln, die aus Berlin bezogen worden sind, werden täglich über 1200 Pfund minderwertiges Fleisch abgekocht, das dann für 20 Dore (23 1/2 Pf.) das Pfund verkauft wird. Zum selben Preise wird dort auch Schweinschmalz abgegeben. Man gibt reichliches Gewicht, so daß 1250 Pfund, die man am ersten Tage in die Kessel getan hatte, nur 850 Pfund im Verkauf ergaben. Es hatten sich 750 Käufer eingestellt, aber obwohl an jeden, um Mißbrauch durch Gastwirte und Wiederverkäufer möglichst vorzubeugen, höchstens 4 Pfund abgegeben werden, mußten 500 auf den nächsten oder übernächsten Tag vertrieben werden.

Zu den vom Verband der Gewerkschaften veranstalteten Sammlungen sind bereits von den Gewerkschaften selbst, von den Arbeitergenossenschaftsunternehmen, von „Socialdemokraten“ usw., je nach der Leistungsfähigkeit, Hunderte und Tausende hergegeben worden, die zur Unterstützung arbeitsloser Gewerkschaftsmittelglieder dienen, welche auf statutenmäßige Unterstützung keinen Anspruch erheben können oder ausgeklüert sind. Für nicht organisierte Notleidende ist ein besonderes Kontor eingerichtet worden, dem die Erträge aus allgemeinen Sammlungen zufließen. Bald nach Eröffnung sah man sich genötigt, das Kontor auf einige Tage zu schließen, nachdem schon 10 000 Unterstützungsanweisungen ausgegeben waren. Je mehr aber durch den gewaltigen Zustrom die Masse des Elends offenbar wird, je mehr beteiligt sich die Öffentlichkeit auch an den Sammlungen, teils durch Geldbeiträge, teils durch Sendung von Naturalien.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein Koflsbrand.

Langendreer (Westfalen), 29. Januar. (W. S.) Ein großer Brand wütet auf der Zeche Amalia. Wie die meisten Zeitschriften, so mußte Amalia einen Teil der Koflsbergung auf Lager nehmen. Schließlich war eine Menge im Werte von 400 000 M. gelagert. Dieses Lager ist nun durch Selbstentzündung von innen heraus in Brand geraten. Alle Bemühungen, den wesentlichen Teil des Koflsagers zu retten, sind erfolglos geblieben. Die dem Brand entströmenden Kohlenoxydgase verpesten die ganze Umgegend.

Auf dem Eise ertrunken.

Essen, 29. Januar. (W. S.) Bei Hattingen und Werden brachen auf dem Eise der Ruhr zwei zwölfjährige Schüler ein und ertranken.

Ein Dorf durch Erdsturz zerstört. Hundert Personen getötet. Genta, 29. Januar. (W. L. V.) Eingeborene aus Tetuan berichten, daß das Dorf Romaza, das 500 Kilometer landeinwärts am Abhange des Gebirges liegt, durch einen Erdsturz zerstört wurde. Angefähr 100 Personen wurden getötet oder verletzt.

Reichstag.

196. Sitzung vom Freitag, den 20. Januar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Bethmann-Hollweg.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation des Senziums, Betreffend:

Sicherung der Freiheit des Arbeitsvertrages und des Koalitionsrechts.

Sie lautet:

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß durch „Schwarze Listen“ und Vereinbarungen ähnlicher Art Arbeiter und Privatangestellte in ihrem wirtschaftlichen Fortkommen geschädigt werden?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um solche, die Freiheit des Arbeitsvertrages oder die gesetzlich garantierte Koalitionsfreiheit hindernde Maßnahmen zu unterdrücken?

Auf die Frage des Präsidenten erklärt Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg sich zur Beantwortung der Interpellation bereit. Sie wird begründet vom

Herrn Giesberts (Z.): Die Frage der schwarzen Listen und Arbeitsverträge hat das hohe Haus schon zu wiederholten Malen beschäftigt; die Beschwerden über schwarze Listen und Arbeitsverträge sind ein roter Faden durch alle unsere sozialpolitischen Debatten. Schwarze Listen, die bei Streiks ausgegeben werden, sowie Sperreerhebungen seitens der Arbeiter über eine bestimmte Arbeitsstätte während eines Streiks können als Ausfluß des Kampfsstandpunktes betrachtet werden. Anders verhält es sich mit schwarzen Listen, durch welche den Betroffenen dauernd oder auf längere Zeit der Arbeitsmarkt verschlossen werden soll. Diese schwarzen Listen stehen in engem Zusammenhang mit der Einrichtung großer zentraler Arbeitsnachweise seitens der Arbeitgeber. Aber in diesem System liegt eine

Umgehung des § 113 der Gewerbeordnung.

der dem Arbeitgeber unterlag, das Zeugnis des Arbeiters mit kennzeichnenden Merkmalen zu versehen. Wenn die schwarze Liste auch kein Zeugnis ist, so ist ihr Zweck doch derselbe, wie der des verbotenen Merkmals auf dem Zeugnis, dem Arbeiter den Arbeitsmarkt zu beschließen oder ganz zu verschließen. Dieses System der Arbeitsnachweise mit schwarzen Listen wird von den Arbeitern als eine

schwere Beeinträchtigung der Freizügigkeit

empfohlen, die nicht gebildet werden darf.

Eine weitere Art von schwarzen Listen sind solche, die dem häufigen Arbeitswechsel vorbeugen sollen; solche Listen sind namentlich im Bergbau und in der Metallindustrie üblich. Zwei Arbeitgeberverbände, der 1890 zur Bekämpfung von Streiks gegründete Bergarbeiterverband, der 1908 erneuert wurde, und der 1876 gegründete Arbeitgeberverband für die Bezirke Duisburg und Oberhausen, haben ausdrücklich in ihren Statuten Bestimmungen, wonach die zum Verband gehörigen Werke

bei Strafe von 1000 M.

verpflichtet werden, Arbeiter von anderen Werkstätten nicht anzunehmen, und die Werke tauschen bis zum 5. jeden Monats Listen mit den Namen derjenigen Arbeiter aus, welche von einem Werkstättenwechsel abgegangen oder entlassen sind. Auf Grund dieser Vereinbarungen sind den Hüttenarbeitern im Bezirk Duisburg Schwierigkeiten nicht nur in Bezug auf den Arbeitswechsel gemacht worden, sondern auch in Bezug auf die Zugehörigkeit der Organisation. Auch der Bericht der Bergaufsichtsbeamten von Elberfeld-Lothringen für das Jahr 1907 spricht von solchen Vereinbarungen. Derartige Listen kommen auch im deutschen Braunkohlengruben vor. Soweit der Zweck dieser Maßnahmen ist, das rücksichtslose Verlassen der Arbeit auch mit Verletzung des Kontraktbruchs zu verhindern, kann ich versichern, daß auch die organisierten Arbeiter einen derartigen Wechsel der Arbeit bedauern. Und sie würden gern bereit sein, Hand in Hand mit den

Kleines feuilleton.

Strindberg in Schweden. Dem größten schwedischen Dichter der Gegenwart ist an seinem 60. Geburtstag, dem 22. Januar, von aller Welt gehuldigt worden, vor allem von seinem Heimatlande. Einst war er dort freilich ein verfolgter Mann, galt er dort als ein gottloser Umstürzler, dessen Name in der „guten“ Gesellschaft nicht ausgesprochen werden durfte. Als im Herbst 1879 der Roman „Das rote Zimmer“ erschien, das Buch, das Strindbergs Schriftstellertum begründete, schrieb Stockholms „Aftonbladet“: „Diese ganze Schriftstellerei kommt uns vor, wie wenn unartige Jungen sich damit vergnügen, im Minutlein herumzuspielen, um mit dem dreieigen Wasser die Vorübergehenden zu beschmutzen.“ Das berühmte Buch war also Minutienliteratur, und „Aftonbladet“ deutete auch an, daß die Polizei gegen sich bald einmal mit derartigen literarischen Subdelikten befassen müsse. Vier Jahre später war Strindberg angeklagt wegen Verhöhnung des heiligen Abendmahls, die man in seinem Roman „Herat“ entdeckt haben wollte. Als er vom Ausland nach Stockholm zurückkehrte, um sich selbst dem Gericht zu stellen, wurde er am Zentralbahnhof von einer begeisterten Menschenmenge empfangen. Der Anklage lag eine Stelle des Buches zugrunde, in der die Lieferanten des Abendmahlsweines und -brotes genannt werden. Strindberg wurde freigesprochen; die vor dem Gerichtsgedäude verammelte Volksmenge begrüßte das Urteil mit donnernden Hochrufen. Damals waren es Sozialisten und unzufriedene gestimmte Leute, die sein Genie anerkannten, den Dichter und Revolutionär feierten. In gut bürgerlichen Familien galt er noch lange als ein Berberder und Volksverführer. Noch bis in die neunziger Jahre suchte man die schwedischen Volksbibliotheken von Strindbergs Büchern rein zu halten. Erst durch die in jenen Jahren entstandenen Arbeiterbibliotheken wurden Strindbergs Werke den breiten Massen des Volkes zugänglich gemacht.

Seitdem hat Strindberg sich Bahn gebrochen. Nun, da er 60 Jahre alt geworden ist, preist ihn alle Welt. Die schwedische Presse, selbst die Blätter, die ihn einstmal beschimpften, huldigen nun dem größten Dichter Schwedens, dem Meister der schwedischen Sprache, dem Mann, dem man seines Genies wegen vieles verzeiht.

Die schwedische Arbeiterklasse, das aufgeklärte Volk Schwedens, hat Strindberg von seinem ersten Auftreten an zu schätzen gewußt. Wohl war der Dichter schwankend und wechselnd in seinen Überzeugungen, wohl bekannte er sich, der einstmal geschrieben hatte, daß er wie jeder vernünftige Mensch seiner Zeit Sozialist sei, bald darauf mehr und mehr zu Nietzsche's Hermetismus. Wohl ging er von einer freien atheistischen Weltanschauung in den letzten Jahren zum Nihilismus über. Aber dies alles vermochte die Arbeiterklasse nicht abzuhalten, dem Dichter, der noch jetzt immer neue Werke schafft, dem Kämpfer zu huldigen, der stets mit erschütternder Rücksichtslosigkeit seine Überzeugung unverschölen aussprach und ausrichtete.

Stockholms „Socialdemokraten“ widmete Strindberg eine Festnummer und bezeichnete sie: „als ein Ausdrück für die Huldigung der tiefen Volksmassen, deren, die ihn verstanden, wenn er aus seiner glühenden Seele für sie oder gegen sie sprach.“ — Der Dichter dankte der Redaktion in folgenden Worten: „Meinen Dank für Eure Huldigung, Ihr Fürsprecher der kleinen Leute, zu denen mich zu zählen ich niemals aufhöre zu werden, weil ich der Dienstmann des Volkes bin.“

Louis Brailles, des Erfinders der verbesserten Blindenschrift, hundertjähriger Geburtstag ist vom französischen nationalen Blinden-

Rechenvereinigungen Maßnahmen dagegen zu treffen. In der Tat ist ja auch der Wechsel der Besetzungswahl ganz außerordentlich stark; aber schon dieser sehr starke Wechsel zeigt, daß keine Gründe auch in den mangelhaften Arbeitsverhältnissen zu suchen sind.

Die Firma Thyssen hat in einem einzigen Werke 423 Namen auf die schwarze Liste gestellt.

Mit diesen Listen sind in gleichem Maße Arbeiter wie Beamte unzufrieden, und wenn behauptet wird, daß nur kontraktbrüchige Arbeiter auf die Listen kommen, so ist das im einzelnen ja freilich schwer zu untersuchen. Tatsächlich ist von den gewerkschaftlichen Organisationen mehrfach festgestellt, daß auch Arbeiter auf den Listen stehen, bei denen Kontraktbruch überhaupt nicht in Frage kommt. Uebrigens ist der Kontraktbruch auch menschlich sehr erklärlich: Die Form der Lohnfestsetzung, besonders das Fehlen eines Minimallohnes, führt zu beständigen Konflikten zwischen Arbeitern und Steigern. Ein wunder Punkt ist auch die Kündigungsfrist. Nur an einem bestimmten Tage darf der Arbeiter kündigen. Er muß aushalten, bis dieser Tag kommt, und er wird dann so drangsalariert, daß es menschlich begreiflich ist, wenn er die Arbeit vorher verläßt. Wenn der Kontraktbruch bedauerlicherweise einen so großen Umfang angenommen hat, so sind auch die Rechen selber nicht ohne Schuld.

Als die Rechen sich um die Arbeiter schlugen, als Arbeitermangel herrschte, haben die Rechen selber die Arbeiter zum Kontraktbruch verleitet!

Schriftliche Beweise hierfür sind freilich nur schwer zu erbringen, aber man hört diese Behauptung überall, wenn man unter die Bergarbeiter geht. In dem Kontraktbruch haben auch die maßlosen Verprechungen beigetragen, die den Arbeitern gemacht worden sind. Das große Malat ist bekannt, mit dem die Arbeiter aus dem Osten nach dem Ruhrrevier hinübergelockt worden sind. Da wurden ihnen wunder wie hohe Löhne und schöne Arbeitsbedingungen versprochen. Die Leute lernten dann die tatsächlichen Verhältnisse kennen, und da fühlten sie sich in ihrem Gewissen nicht verpflichtet, die Kündigungsfristen innezuhalten. Der schwerwiegendste Grund gegen den Kontraktbruch aber ist das ganze System der Ausbeutung im Kohlenbau. Von oben bis unten gibt nur eine Parole: Kohlen fördern und wieder fördern! Dies System ist im Ruhrgebiet in abgefeimter Weise durchgeführt. Die Gründung des Steigerverbandes und die Bekämpfung, die er durch die Rechenvereinigungen erfahren hat, zeigen, daß auch die Steiger mit diesem System nicht einverstanden sind. Sie behaupten, daß

das Prämienwesen

die Hauptschuld trägt, daß die Beamten so stark auf die Arbeiter drücken. Ich bin an und für sich gegen das Prämienwesen, im Bergbau aber ist es geradezu unerhört. Der Bergbau ist eine so gefährliche und so verantwortliche Arbeit, daß niemand veranlaßt werden dürfte, die Arbeit zu überlasten und zu überreiben. Diese Wirkung des Prämienwesens wird übrigens von den Betriebsführern und Betriebsinspektoren selbst zugegeben. Was ist zu tun, um diesen Mißständen ein Ende zu machen, die mit einer gesunden sozialen Entwicklung unvereinbar sind? Die Grundbesitzer haben Pflichten gegen die Allgemeinheit zu erfüllen. Man kann und darf ihnen nicht die Schätze des Erdinneren ohne Gegenleistung überlassen. Wir bedürfen einer tüchtigen sozialen Schulung der Bergbeamten, die über den Konflikten zwischen Arbeit und Kapital stehen müssen und nicht einseitig die Unternehmerinteressen fördern dürfen. Wir bedürfen ferner eines gewissenhaften, fleißigen Bergarbeiterstandes. Ein solcher wird aber nur dann vorhanden sein, wenn die Koalitionsfreiheit geachtet und der erzieherischen Einwirkung der Verbände auf ihre Mitglieder keine Hindernisse in den Weg gelegt werden. Die Grundbesitzer sollten in ihrem eigenen wohlverstandenen Interesse die Arbeiterkoalitionen begreifen, die die Freizügigkeit der Arbeiter nicht herabmindern, sondern erhöhen.

Die Ueberspannung des Autoritätsbewußtseins geht nicht in unsere Zeit. Die schwarzen Listen stellen eine offensichtliche Umgehung der Vorschriften der Gewerbeordnung dar. Schon 1905 hat ein Antrag Stöder die Befreiung der schwarzen Listen durch gegenseitiges

Verbot gefordert. (Hört! hört!) Die weit die Befreiung eingreifen kann, will ich der Antwort des Staatssekretärs überlassen. Jedenfalls reicht die gegenwärtige Befreiung nicht aus, die Arbeiter zu schützen. Die Regelung wäre viel leichter, wenn die Unternehmer im Bergbau, was auch in ihrem eigenen Interesse läge, sich mit den Organisationen der Arbeiter über tarifliche Bestimmungen einigten. Zu erwägen wäre auch eine Forderung des Koalitionsrechts. Eine Abänderung des § 153 der Gewerbeordnung verlangen auch die christlichen Gewerkschaften. Vereinbarungen der Unternehmer, die den Arbeitern die Freizügigkeit nehmen und die Arbeiter mit Strafen bedrohen, die weit über die Strafen des Strafgesetzbuchs hinausgehen, verstoßen nach dem Empfinden auch der christlichen Arbeiter gegen die guten Sitten. Die Stimmung dieser Arbeiter sollte hier nicht unbeachtet bleiben. Die Regierung wird nicht darauf vorbeikommen, Wandel zu schaffen, um die Freiheit der Arbeit zu sichern, um so mehr, als es sich nicht mehr bloß um einen Kampf gegen die Arbeiter handelt, sondern auch um einen Kampf gegen die Beamten. Wenn man die Arbeiter und die Beamten gegen sich aufbringt, wenn man alles unter die Äraute der Riß für des Kapitals beugen will, wie denkt man sich denn dann überhaupt die Fortführung des Produktionsprozesses in der Zukunft? Am bekanntesten von den Maßnahmen gegen die industriellen Beamten und ihre Organisationen ist

das Rundschreiben der bayerischen Metallindustriellen vom 3. Juni 1908,

das nicht nur jedes soziale Verständnis, sondern geradezu den gesunden Menschenverstand vermissen läßt. Das Vorgehen der Industriellen wird mit den Zwecken der Beamtenverbände begründet, obwohl unter diesen Zwecken kein einziger ist, der irgendein Vorgehen gegen diese Verbände rechtfertigt; es handelt sich durchweg um Forderungen, wie Durchführung der Sonntagsruhe und Verbesserung der Arbeitsverhältnisse.

In Augsburg hat man den Verbandsmitgliedern Gehaltszulagen bis zu 500 M. geboten, wenn sie dem Verband den Rücken kehren! Das ist eine nichtsnutzige Handlung, die jedem gesunden Volksempfinden widerspricht und die auch von dieser Stelle aus gebührend verurteilt werden muß. (Sehr richtig im Zentrum.) Auch die kaiserliche Torpedowerkstatt hatte mit dem Bunde der technisch-industriellen Beamten Differenzen, die glücklichweise beigelegt sind; die Marineverwaltung muß eben ihren Privatbeamten das Recht zur Organisation geben. — Auch gegen den Steigerverband wird im Ruhrgebiet vorgegangen. Kein Steiger darf sich als Mitglied des Verbandes bezeichnen, ohne seine Kündigung zu gewärtigen. Die Verwaltungen lassen Revers unterschreiben, worin die Steiger sich verpflichten, dem Verbands nicht anzugehören. Wie wollen die Verwaltungen pflichttreue Arbeit von ihren Beamten verlangen, wenn sie ihr Ehrgefühl in dieser Weise unterdrücken? Aber der Kampf gegen die Beamtenorganisationen wird ebenso ergebnislos sein, wie der gegen die Gewerkschaften der Arbeiter, das beweist schon das Anwachsen dieser Organisationen. Wir alle aber haben ein Interesse daran, daß die Unzufriedenheit nicht noch größer wird. Deshalb verlangen wir von der Befreiung Schuß der Arbeit vor der Beschränkung des Arbeitsmarktes und Schuß der Freizügigkeit. (Lebhaftes Bravo! im Zentrum.)

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg:

Die Vorschriften der Gewerbeordnung enthalten keine Bestimmung darüber, daß sich die Koalitionen der verschiedenen Parteien in ihrem Kampfe gegen einander bestimmter Mittel nicht bedienen dürfen. Die Verbotsbestimmungen der §§ 152 und 153 betreffen nur die Maßregeln gegen die Mitglieder der eigenen Partei. Inwiefern Maßregeln von einer Partei gegen die andere nicht anzuwenden sind, bestimmt sich nach den allgemeinen Bestimmungen des Zivil- und Strafrechts. Zu diesen Maßregeln gehören auch die Aussperrungen, die generell nicht verboten sind. Wenigstens steht die heutige Rechtsprechung auf diesem Standpunkt, wenigstens es auch eine Zeit gab, in welcher der Boykott der Arbeiter gegen bestimmte Gewerbetreibende als großer Unfug bestraft wurde. Daß das Sperrsystem der Unternehmer gegen

und personalem Krimschram. Glücklicherweise reagiert ein gesunder Schüler fester auf diese Gesichtsmethode. Welcher Art aber diese Forderungen sein mögen, das zeigt in klassischer Weise ein Schulaufsatz, der auf Grund einer solchen von einem Schüler verfaßt wurde und nun im „Vorl. Tagebl.“ erscheint. Er lautet:

„Prinz Wilhelm wurde am Kaiser's Geburtstag geboren. Von der Kuppel des Schlosses künnten 101 Kanonenschuß herab. Der alte Großvater und der alte Brangel und die alten Mäde nahmen rasch eine Droschke und fuhren hin, und Brangel sagte: „Der Junge ist jut.“ Und der Vater machte einen Diener aus dem Balkon, und es war ganz fürchtbar fast. Und der Prinz wurde getauft, und der Vater hielt ihm seine goldene Uhr vor die kleine Nase, und er hat sie nie mehr losgelassen, weil er ein Hohe-zoller war. Bloß tauchen wollte er sich fast von keinem lassen, nicht mal von der Schildwache; deshalb guckte sie weg, wenn er vorbeiging, und präsentierte nicht mal mit dem Gewehr. Weil es von dem Schlosse so weit war nach der Schule, brauchte er nicht hinzugehen, und der Lehrer kam immer zu ihm. Dafür bekam der Doktor zum Frühstück was feines Gebratenes und der Prinz bloß eine Stulle mit und ohne Wurst und 'n Apfel. Aber einmal haben sie doch getauft; da muß gerade die Kir aufgehen, und nun kam der Vater natürlich herein, als er es sah, und war mit dem Lehrer schau und der Diener auch. Dann kam er nach Vorn auf's Gymnasium, wo gerade eine Prinzenklasse war. Er wurde nicht Kaiser Wilhelm der Zweite ausgerufen, sondern man bloß: Sie, Prinz Wilhelm, und hat sich nicht darüber geärgert. Er war sehr fleißig und bekam den Prüfungsorten, und fuhr nach Potsdam rüber und sich bei den langen Kerls anwerben. Aber nicht lange; denn es fiel ihm ein, daß er noch nicht mal Student gewesen war. Deshalb schickte ihn der alte Brangel nach Kassel auf die Universität; aber da war gar keine; deshalb lehrte er wieder um und verheiratete sich in Schleswig mit der Herzogin von Primkenau. Die ist noch heute seine Kaiserin.“

Notizen.

— Vorträge. Im Institut für Meereskunde, Georgenstr. 34-36, spricht am Dienstag, den 2. Febr. Prof. Cori-Triest über die Lagune der Adria und ihr Leben (Mit Lichtbildern); Donnerstag, den 4. Febr. Dr. v. Zahn über den Indischen Ozean (Mit Lichtbildern). Einlaßkarten sind von 12 bis 2 Uhr und an den Vortragabenden von 6 Uhr ab zu 25 Pf. in der Geschäftsstelle erhältlich.

— Wildenbruch in Paris. Das Pariser Theater Sarah Bernhardt hat die wirtschaftliche Ergiebigkeit der Wildenbruchschen „Nebensternin“ auf französischem Boden erproben wollen. Da die Bedenke an die weltpolitische Oberlehrerbegeisterung hier natürlich nicht verständlich waren, blieb nur die romantische Morität im Nitterkostüm übrig. Das Publikum der Generalprobe ließ sich besonders im zweiten Akt rühren, dagegen geht die sonst so fremdliche Pariser Kritik dem Stück mit einer von Chauvinismus nicht ganz freien Strenge zu Leibe.

— Ein Institut für Radiumforschung, das auch eine medizinische Abteilung enthalten soll, wird in England begründet werden. Heilende Wirkungen von Radiumbestrahlung sind bereits in einer Reihe von Fällen, besonders bei Geschwülsten festgestellt worden.

— Ein Klub der Lustschifferinnen wurde in Paris begründet. — Die rücksichtig ist doch die elegante Welt in Deutschland!

Humor und Satire.

Die Festrede in der Schule.

Allen voran hat die Schule Liebe zu Kaiser und Reich zu wecken. Besonders an allerhöchsten Geburtstagen in Gestalt von Festreden. Die Drillanstalt besorgt das auf ihre Art mit nationaler Mythologie

den § 118 der Gewerbeordnung verstößt, wie der Vorredner annimmt, halte ich nicht für richtig, da dort nur von Verboten in Zeugnisse die Rede ist. In einzelnen Fällen kann in der Anwendung des Sperreparagrafen der Tatbestand eines Verstoßes erfüllt werden, etwa das Verbot der Verleumdung oder ein zum Schadenersatz verpflichtendes Vergehen gegen die guten Sitten. Das System, daß Arbeitgeber sich die Namen von Arbeitern mitteilen, die sie nicht einstellen oder entlassen wollen, ist eine Folge wirtschaftlicher und sozialer Zustände: wirtschaftlicher, wenn dem häufigen Wechsel der Verleumdung und dem Kontraktbruch vorgebeugt werden soll. Sozialer Natur kann es sein, wenn es sich gegen die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Organisation richtet.

Der Abgeordnete Sachse übergab mir schwarze Listen aus dem Magdeburger-Halleischen Brauereibetrieb, die 334 Namen umfassen. Hier handelt es sich aber nicht um die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Organisation. Aber außer dem Kontraktbruch waren es noch andere Gründe, aus denen mißliebige Arbeiter auf die Liste gesetzt wurden.

Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wird dagegen als alleiniger Zweck der schwarzen Listen die Verhinderung des Kontraktbruchs angegeben. Die Listen, welche auf den Tisch des Hauses früher niedergelegt wurden, umfassen 5000 Namen, und es ist doch auffallend, daß in einem einzelnen Industriegebiet der Kontraktbruch einen solchen Umfang angenommen hat. Schlechte Löhne und schlechte Behandlung werden im einzelnen als Ursache gewiß vorkommen, reichen aber der Gesamterklärung gegenüber nicht aus. Auch für die Flucht der Arbeiter vor dem Steuerexzessor, die im November v. J. hier als Grund angeführt wurde, dürfte daselbe gelten. Ein allgemeiner Gesichtspunkt dagegen ist wohl der folgende: Gerade im Westen wie im Industriegebiet ist die Arbeiterschaft keine homogene. Neben dem eingewanderten deutschen Arbeiter steht eine Menge ausländischer Arbeiter, die im jugendlichen Alter einwandern. Und diese Arbeiter, die wegen der Verschiedenheit der Sprache, der Bildung und Sitten viel schwerer festzuwurzeln, liefern ein zahlreiches Kontingent der unsterblichen Arbeiter. Wird ja doch ein Teil systematisch von der deutschen Umgebung ferngehalten. (Hört! bei den Sozialdemokraten: Sprachenparagraf!)

Als weitere allgemeine Ursache des Kontraktbruchs wird die Art und Weise, wie das Gedinge gemacht wird, angegeben. Diese Frage habe ich noch nicht objektiv auflösen können. Ich habe mich aber mit der preussischen Vergewaltigung ins Benehmen gesetzt und werde bei anderer Gelegenheit darauf zurückkommen. Ein sehr wesentlicher Grund für den Kontraktbruch ist in dem außerordentlich gespannten Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern im rheinisch-westfälischen Industriegebiet zu finden. Auf die Frage, auf welcher Seite die Schuld liegt, will ich nicht eingehen. Doch ein Bild ist hervorzuheben: Den Arbeitern wird in der Arbeiterbewegung die Möglichkeit des schnellen Stellenwechsels als besonders hohes Gut geschätzt, und dabei bekämpfen manche Führer der Arbeiter alle Einrichtungen der Unternehmer, die sich einen festen Stamm von Arbeitern sichern wollen, auch wenn sie von einem ausgebildeten sozialen Geiste des Unternehmers zeugen. (Sehr richtig! im Zentrum und rechts.) Wenn gleichzeitig im Arbeiter der Haß gegen den Unternehmer genährt wird, kann man sich nicht wundern, wenn die Sucht der Leute zunimmt, heute hier, morgen dort zu arbeiten. Tatsächlich ist die Fluktuation der Arbeiter auch eine sehr große. So wurde, als im vorigen Jahre die Kruppischen Pensionsklassen hier besprochen wurden, festgestellt, daß von 22 700 Arbeitern in einem einzigen Jahre 14 000 den Arbeitsplatz verließen, davon 12 000 ohne Einwirkung der Firma. (Hört! hört! rechts.) Daß das Unternehmertum sich dagegen zu schütten sucht und schließlich zum System der Aussperrungen gekommen ist, ist wirtschaftlich verständlich und erklärlich. (Sehr richtig! rechts.) Man hat sich dann nicht nur auf kontraktbrüchige Arbeiter beschränkt, sondern auch qualitativ tätige Arbeiter auf die Listen gesetzt und ist gegen die Organisationen vorgegangen. Und nun ruft man dagegen nach der Gesetzgebung. In früheren Jahren verlangte man, der Gesetzgeber solle einschreiten gegen Maßregeln, die als erträglich angesehen wurden, so lange sie von einem kleinen Verbände ausgehen, aber als unerträglich, wenn sie einen großen Bezirk umfassen. Dieser Auf nach dem Gesetzgeber richtet sich gegen das Übermaß jeder großen Koalition. Der Gesetzgeber kann aber nur partiellisch vorgehen, wie zum Beispiel auch Herr Bebel anerkennt, als er Wind und Sonne gleich verteilt wissen wollte. Der frühere Abgeordnete Bernstein allerdings meinte, die Aussperrungen stehen in einem ganz anderen sozialpolitischen Kapitel, wie der Streik, weil die Machtverhältnisse zwischen Unternehmer und Arbeiter verschieden seien; das Sperreparagraf führe zum wirtschaftlichen Ruin der Arbeiter. Aber auch unter dem Wohlstand und Streik leidet nicht nur der große Unternehmer, sondern das mittlere und Kleingewerbe, und gerade gegen diesen Mittelstand, der organisationsfähig ist, richtet sich der Angriff der Arbeiterschaft besonders stark. (Sehr richtig! rechts.) Auch soll man sich nicht darüber täuschen, wie sehr die Großunternehmungen durch Streiks geschädigt werden können. Praktisch muß man fragen, ob das allgemeine Recht verletzt hat, und deshalb eine lex specialis (ein besonderes Gesetz) notwendig ist.

Die Jurisdiktion des Reichsgerichts hat festgestellt, daß eine dauernde Aussperrung oder Nichtbeschäftigung eines Arbeiters als gegen die guten Sitten verstoßend zum Schadenersatz verpflichtend wäre. Ferner ist durch die Jurisdiktion betont, daß die Verhinderung eines Beamten oder Arbeiters an der Arbeit in familiären Betrieben über das zulässige Maß der Beschränkung der Freiheit hinausgehen würde. Ich bin der Ansicht, daß Mißbräuchen am wirksamsten vorgebeugt würde, wenn im § 226 des Bürgerlichen Gesetzbuchs der Begriff der guten Sitten so gefaßt wird, wie es die wirtschaftlichen und sozialen Zustände erfordern: Die Aussperrung eines Arbeiters aus familiären Betrieben eines kleineren Bezirkes als erlaubt darzustellen, während dieselbe Aussperrung aus familiären Betrieben eines großen Bezirkes als gegen die guten Sitten verstoßend erscheint! Ebenso kann es sich mit dem Ausschluss aus der Organisation verhalten. Ein Spezialgesetz würde sich diesen wechselnden Verhältnissen der Praxis niemals so anpassen können, wie es bei dem Begriff der guten Sitten im § 226 des B. G. B. möglich wäre. Wie sollte man auch ein Spezialgesetz durchzuführen? Eine sozialdemokratische Resolution verlangte im Jahre 1906 strenge Strafe für den Arbeitgeber, der auch nur mit einem anderen Arbeitgeber eine Verabredung trifft, um Arbeitern wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Organisation Erschwerungen in der Erlangung von Arbeit zu machen. Wann und wie sollte der Tatbestand dieses Delictes als festgestellt gelten? Wenn z. B. eine Arbeiterorganisation gegen ein Werk den Wohlstand verhängt und benachteiligte Werke ihm helfen wollen, indem sie von dort kommende Arbeiter nicht einstellen und sich darüber vereinigen, soll da der Tatbestand des Delictes erfüllt sein? In einer anderen Gedankensreihe kam man zu folgendem Vorschlag: So gut wie die Arbeitnehmer sich des Streiks und Wohlstands bedienen, muß man dem Arbeitnehmer die Aussperrung von Arbeitern zugestehen, aber nur für die Dauer des Kriegszustandes. Ist der Frieden einmal geschlossen, so sollen solche Maßregeln verpönt sein. Theoretisch mutet das sehr gut an. Aber unsere großen Lohnbewegungen vollziehen sich nicht so genau nach dem Vorbild von Krieg und Frieden. In der Praxis laufen neben dem ganz großen Lohnbewegungen kleinere nebenher, in denen man eben doch von einem latenten Kriegszustand wie vom latenten Friedenszustand sprechen könnte. (Sehr richtig! rechts.) So sympathisch mir der Gedanke zuerst auch erschien, so erscheint seine Durchföhrung gesetzgeberisch unmöglich.

Meine Ausführungen dürfen nun aber keineswegs dahin ausgelegt werden, daß ich das System der schwarzen Listen schön und gut finde. Ich betrachte zunächst als schmerzlichen Uebelstand, daß es von untergeordneten Beamten abhängt, ob ein Arbeiter auf die schwarze Liste kommt oder nicht. Einen weiteren Uebelstand sehe ich in der Heimlichkeit des Verfahrens und in dem Mangel einer unparteiischen Revisionsinstanz. Ich siehe nicht an zu erklären, daß die Art und Weise, wie die schwarzen Listen vielfach gehandhabt werden, sich als Mißbrauch charakterisiert. (Hört! hört!)

Wenn sich Arbeiter oder Arbeitgeber zu Vereinigungen zusammenschließen, um Ziele zu erreichen, die der Einzelne aus eigener Kraft nicht erreichen kann, so wird es nicht ohne Härten abgehen. Die Sozialdemokratie muß zugestehen, daß Wohlstand oder Streik den einzelnen Unternehmer oft sehr hart treffen, sie sagt dann aber: Wir verfolgen das große Ziel der Befreiung der Arbeiterklasse, und wo Holz gehauen wird, da fliegen Späne. Dieselben Entschuldigungen gebietet nun aber die Gerechtigkeit, auch den Arbeitgeber verbänden zuzubilligen. (Sehr richtig! rechts.) Was gefordert werden muß, ist die Ausmerzung des Elements persönlicher Gefälligkeit aus dem Kampf der Organisationen. Und es ist nicht zu leugnen, daß eine Aussperrung auf sechs Monate sich vielfach als eine übermäßig harte Maßregel darstellt. Der Instinkt des Durchschnittsarbeiters unterscheidet sehr fein. Der gute deutsche Durchschnittsarbeiter,

der Idealarbeiter

sozusagen, verurteilt den Kontraktbruch, außer wenn er sich etwa in der Vollverleumdung befindet. (Sehr gut! rechts.) Er versteht es, daß der Unternehmer seine Maßnahmen gegen den Kontraktbruch trifft; ja, er würde den Unternehmer verachten, wenn er das nicht täte. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Aber er hat ein feines Empfinden für die bei der Abwehr vorkommenden Ungerechtigkeiten. Er verlangt namentlich Publizität des Verfahrens, die er als sicherste Schutzmaßregel gegen Mißbräuche betrachtet. Bei der Ermessung der Zeit der Aussperrung sollten die Arbeitgeber bedenken, daß im wirtschaftlichen Kampfe der Arbeitgeber immer stärker ist als der einzelne Arbeiter.

Ich habe mich mit dem Besenverband in Essen in Verbindung gesetzt und habe erfahren, daß dieser im Prinzip darauf hält, daß Arbeiter von der schwarzen Liste gestrichen werden, wenn sie sich an derselben Stelle wieder melden, wo sie kontraktbrüchig geworden sind. Ebenso soll die Entscheidung nicht in der Hand der beteiligten Beamten liegen. In der Durchführung des Prinzips, gegen das im einzelnen noch mannigfach verstoßen werden mag, würde ich einen großen Fortschritt sehen.

Man ist zu sehr geneigt, nach dem Gesetzgeber zu rufen, aber man darf die sozialpolitische Wirkung der Gesetzgebung nicht überschätzen. (Sehr gut! rechts.) Den Gegensatz zwischen Arbeitgebern und Arbeitern kann kein lebendiger Mensch, geschweige denn ein toter Gesetzesbuchstabe beseitigen.

Man darf sich nicht in eine zu weiche Betrachtungsweise drängen lassen.

Der Gesetzgeber kann auf gewisse Anstandsregeln im Kampfe setzen, nicht aber die Wahl der Waffen vorschreiben. Die schwarzen Listen werden verhängen oder doch selten werden, wenn die beruflichen Kampforganisationen sich in berufliche Interessensorganisationen verwandelt haben. Dann wird, wie ich schon nautlich bei anderer Gelegenheit ausführte, die gesellschaftliche Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Arbeitern auf dem Boden des realen Gegenwärtstaates möglich sein. (Bravo! beim Volk.)

Hg. Dr. Stresemann (noll.): Ein Arbeitgeberverband darf nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts einen Arbeiter nur nach sorgfältiger Prüfung wegen schwerer Verlöche gegen die Arbeitsordnung auf die schwarze Liste setzen. Diesen Standpunkt billigen wir und können daher auch der Forderung des Staatssekretärs nach Publizität der schwarzen Listen zu. Auch die Dauer der Maßregelung sollte so kurz wie möglich bemessen werden. Prinzipiell aber muß der Besenverband das Recht und die Pflicht behalten, den Kontraktbruch, der die Sicherheit und Stetigkeit des Betriebes gefährdet, mit scharfen Mitteln zu bekämpfen. Vielleicht rührt die übergroße Fluktuation der Arbeiter im Ruhrrevier von den falschen Versprechungen her, durch die sie dahin gelockt worden sind; sicher aber wandert ein großer Teil der Vergewaltigten aus ohne berechtigten Grund aus Leidenschaft und Verachtung von einem Ort zum anderen. Diese Elemente durch die schwarzen Listen zu bekämpfen, hat kein Bedenken, wenn die Gewähr einer unparteiischen Prüfung gegeben ist.

Der Erlaß der bayerischen Metallindustriellen ist in seiner Bedeutung übertrieben worden. Er hat in der deutschen Industrie nirgends Anhang gefunden und ist bereits zurückgezogen. (Hört! Hört! links.) Nein, auch sachlich, weil viele Mitglieder des Verbandes die Tendenz des Erlasses gar nicht billigten. Viele der beteiligten Verbände, auch der deutsch-nationale Handlungsgehilfen-Verband, haben zahlreiche Prinzipale als Mitglieder und stellen stets die gemeinsamen Interessen des Handels und der Industrie in den Vordergrund. Nur der Bund technischer Industrieller Beamten hat vor allem den gewerkschaftlichen Charakter, den Gegensatz zwischen Arbeitern und Arbeitgebern betont. Er, der die Meinungs- und Organisationsfreiheit für die Technik fordert, hat seinem eigenen Angestellten Ehr. Lichtenbister das Recht der freien Kritik an seiner eigenen Agitationsmethode abgekniffen. Er fordert eine Ausdehnung des Koalitionsrechts, die ein Ausnahmengesetz gegen die Arbeitgeber bedeuten würde. Dem können wir nicht zustimmen, denn wir glauben an das notwendige Kommen einer Verständigung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, die die Anwendung gebührender Kampfsmittel überflüssig machen würde. (Beifall bei den National-liberalen.)

Hg. Dr. Wagner (kons.): Ich kann mich meinen beiden Vorrednern ganz anschließen. Wir halten Wohlstand und schwarze Listen für gleich bedenkliche Kampfsmittel und bedauern ihre ausgedehnte Anwendung, die zahlreiche unschuldige Existenzen vernichtet. Wir wären gern bereit, an einer Neuregelung des Koalitionsrechts mitzuwirken, aber natürlich nur, wenn dabei partiellisch auch die Interessen der Arbeitgeber zu ihrem vollen Rechte kommen. Woran liegt es, daß die Arbeiterkämpfe in Deutschland so viel härter sind als im Auslande? Nicht an dem Mangel an Freiheit, denn in Amerika sind die Kämpfe noch härter, sondern daran, daß unsere Gesellschaften nicht wie in England sich auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen beschränken, sondern prinzipiellen Klassenkampf treiben und jeden Erfolg nur als eine Etappe zur Vergewaltigung, zum sozialdemokratischen Zukunftsstaat ansehen. — Redner verließ zum Beweise für diese Behauptung eine große Menge literarische Literatur, Karl Liebknecht und aus der „Arbeitenden Jugend“. Er schloß: Solche Verhörung ist besonders verwerflich in dem Lande, dessen Sozialfürsorge die aller anderen Länder übertrifft. Da können neue Gesetze nichts helfen, die Menschen müssen besser werden, um die Zustände zu bessern. (Bravo! rechts.)

Hg. Sachse (Soz.):

Der Vorredner hat uns wieder einmal die englischen Gewerkschaften als Muster vorgeführt. Aber gerade die englischen Gewerkschaften haben jahrelange Kämpfe mit den schärfsten Mitteln geführt, und ich glaube nicht, daß die Freunde des Vorredners gerade davon sehr entzückt gewesen wären. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Mit der Behauptung, daß die englischen Gewerkschaften sich nicht um den Massenkampf und die politischen Angelegenheiten kümmern, ist Herr Dr. Wagner etwas hinter der Zeit zurückgeblieben. Auch die englischen Gewerkschaften sehen mehr und mehr ein, daß sie im bürgerlichen Lager ihre Interessen nicht verteidigen können, haben eine ansehnliche Arbeiterpartei geschaffen und stellen sich mehr und mehr auf den Massenstandpunkt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Besonders gekräftert hat sich Dr. Wagner darüber, daß wir auch der arbeitenden Jugend schon sagen, wie elend sie lebt, wie kümmerlich sie wohnt, wie schlecht die Proletenkränne und wie lang die Arbeitszeit ist. Wenn das auch die schöne Seele des Dr. Wagner kränkt, so darf uns das doch nicht hindern, auch den jungen Arbeitern schon die Wahrheit zu sagen. Den Appell, daß die Menschen besser werden sollten, hätte Dr. Wagner an die scharfmacherischen Arbeitgeber richten sollen. Wenn deren Gemüt etwas menschlicher würde, bliebe und mancher schwere Kampf erspart. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich komme zu den Ausführungen des Staatssekretärs. Sie erinnerten mich vollständig an das bekannte Wort seines Vorgängers, des Ministers von Bötticher:

„Wir arbeiten ja nur für Sie!“

Denn sie enthielten nichts, als Entschuldigungsgründe dafür, daß die Scharfmacher die schwarzen Listen handhaben. Nach solchen Ausführungen vom Regierungstische werden die Scharfmacher gewiß nicht einleiten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Staatssekretär hat erklärt, daß er es aufs härteste beurteilen würde, wenn Arbeiter durch trügerische Versprechungen ins Ruhrrevier gelockt würden. Aber das ist ja geradezu die Regel, daß durch gewissenhafte Agenten die Arbeiter aus dem Osten massenhaft in die Bergbaurevier geschleppt werden. Erst jüngst haben wir ganze Eisenbahnhänge von Oesterreichern, die vom ersten Moment an streikten, weil sie statt der versprochenen 6 M. nur 4 M. Lohn erhalten sollten! Erst jüngst hat man Stettiner Arbeitslose in großer Zahl nach Oberschlesien gelockt, ihnen dort statt 5 M. 3,50 M. Schillingen gegeben, sie in die Kohlhäuser und in elende Schlafstellen gesperrt, und als sie sich empörten, sie von der Gendarmerie vertreiben lassen. Hier wird also der Staatssekretär noch sehr oft sein Bedauern aussprechen müssen.

Der Staatssekretär hat auch sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß die besten Absichten der Arbeitgeber in der Agitation oft mißdeutet würden. Aber vielfach mißdeuten die Arbeitgeber

die „Wohlfahrts-Einrichtungen“

in ganz ungehöriger Weise aus. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Festschreibungen, die an sich vielfach notwendig sind, weil die Arbeiter sonst keine Wohnung fänden, dürfen vielfach von dem Verbandesleiter oder dem Antrager der Arbeiterzeitung nicht betreten werden! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Senkungs- und Unterhaltungsarbeiten müssen, wie bei Krupp, vielfach dazu dienen, die Arbeiter vollständig rechtlos zu machen. Wenn wir auf solche Mißbräuche in unserer Agitation hinweisen, so ist das kein Uebelstand, kein Akt des Klassenkampfes, sondern einfach eine Pflicht der Wahrheit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Vielfach zwingen die Festschreibungen die Arbeiter auch heute noch, in ihre Festschreibungen mindestens drei Hofgänger anzuschmeißen, und ruinieren dadurch das ganze Familienleben. Solche Wohlfahrts-Einrichtungen sind einfach

Wohlfahrts-Einrichtungen!

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Staatssekretär hat behauptet, die Arbeiter hätten schon jetzt erfahren, wenn sie auf den schwarzen Listen stünden. Das ist unrichtig; die schwarzen Listen werden streng geheimgehalten. In der Vorbesprechung hat uns der Staatssekretär eingewandt, wir hätten doch welche. Aber Wucherer, Schriftföhrer, Maschinenmeister, Buchbinder usw. hat man gemahregelt, weil man sie in dem Verdacht hatte, uns die schwarzen Listen ausgeliefert zu haben.

Ich habe auf den Tisch des Hauses eine große Anzahl schwarzer Listen aus dem Magdeburger-Halleischen Revier niedergelegt, aber auch in Nieder-Sachsen, in Sachsen, im Harzgebirge usw. haben sie einen großen Umfang angenommen, nur daß wir noch keine solchen Listen besitzen.

Der Staatssekretär sagte, er hat ein Versprechen des Besenverbandes bekommen, jedem Arbeiter solle gesagt werden, warum er auf die schwarzen Listen komme. Auf die Erfüllung dieses Versprechens bin ich gespannt. Es wird genau so gehalten werden, wie die Nachsicherung, daß nur die kontraktbrüchigen Arbeiter auf die schwarze Liste gesetzt werden. — Weiter führte der Staatssekretär aus, daß das Verhängen der schwarzen Listen möglich sei, wenn statt der Kampfesorganisation Interessensorganisationen geschaffen werden, die sich miteinander verständigen können. Trotzdem wir Kampfesorganisationen sind, wünschen wir Tarife mit den Arbeitgebern abzuschließen und uns mit den Arbeitgebern über Mißbräuche auszusprechen. Es liegt nicht an uns, wenn Interessensvertretungen nicht zustande kommen, sondern an der Hartnäckigkeit der Arbeitgeber, die überhaupt keine Arbeiterorganisation anerkennen wollen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Neben noch etwas muß ich meine Verwunderung ausdrücken. Vor 10 bis 12 Jahren fiel vom deutschen Kaiser das Wort:

„Zuchthausstrafe, schwere Zuchthausstrafe dem, der einen Arbeit-willigen von der Arbeit abhält.“

Damals glaubte man, dies täten nur streikende Arbeiter, die dafür ins Zuchthaus spazieren sollten. Seitdem aber die Arbeitgeberverbände das Aussperrungssystem und schwarze Listen eingeföhrt haben, hören wir in den gut bürgerlichen, gut monarchisch gesinnten Zeitungen dieses Wort nicht mehr, obwohl vielfach 10, 20, 40 000 Arbeiter ausgesperrt wurden, und zwar vollkommen ungerecht, weil an irgend einer anderen Stelle 100 Arbeiter sich den Bedingungen des Unternehmers nicht fügen wollten! Sie sehen, daß die Kampfesorganisationen viel richtiger sind als die Arbeitgeberorganisationen! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb haben wir uns überhaupt noch mit dieser Materie zu beschäftigen? Nur deshalb, weil die Gesetzgebung nicht schon längst eingegriffen hat. Wir Sozialdemokraten haben schon in den 70er Jahren im Reichstage verlangt, daß bestraft werden soll, wer einen Arbeiter aus der Organisation herausziehen will. Das schwarze Listenwesen, die Aussperrung, die Unterdrückung der Organisation wird heute ja auch in sehr scharfer Weise gegen die Beamten angewendet. Deren Organisationen haben doch keinen Massenkampfcharakter. Das sind doch reine Interessensverbände, wie sie der Staatssekretär wünscht. Und trotzdem sehen wir, daß die Unternehmer auf das rigorosste gegen sie vorgehen, daß sie Gesetz und Recht mit Füßen treten, um sie zu unterdrücken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bei dem bekannten Angehörigen vorgehen gegen die technisch-industriellen Beamtenkonferenzen ist ausdrücklich betont worden, daß auch der deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband in Hamburg, der Verein deutscher Kaufleute in Berlin und der Verband deutscher Handlungsgehilfen in Leipzig mitgemeint sein sollen. Der Besenverband hat ja auch keine Mißbräuche gemacht, sich auch wissenschaftliche Gutachten für sein schwarzes Listenwesen zu verschaffen. Aber über das Gutachten, das Professor Dertmann ihm erstattet hat, wundern sich nicht nur die Arbeiter. Er sagt in seinem Gutachten: wären die schwarzen Listen noch nicht da, so müßte man sie erfinden! Hierzu sagt die Hirsch-Duncker'sche „Vergewaltigung“: „So brutal und offen wird doch selten das Recht des Stärkeren über den Schwächeren als Moralgrund hingestellt“. Aber auch die „Kön. Ztg.“, ein Blatt, das wahrlich nicht den Arbeiterlandpunkt vertritt, sagt in einem Artikel vom 30. Dezember, daß dieses „Gutachten“ sehr eigenartig sei, und schließt mit den Worten: „Ob man die Dinge so sehen kann, wie Professor Dertmann, das ist die Frage.“ Selbst dieses Organ macht also über das Gutachten ein großes Fragezeichen. Sehr ehrlich schreibt wenigstens die „Vergewaltigung“, wie Professor Dertmann zu dem Gutachten gekommen ist. Er schreibt am 23. Dezember 1908, daß der Besenverband ihn zu einem Gegengutachten aufgefordert hat. Also weil das Gutachten eines Schweizer Professors das schwarze Listenwesen als gegen die guten Sitten und gegen die Gesetz verstoßend bezeichnet hat, wurde er zu einem Gegengutachten aufgefordert und hat es dann auch sofort erstattet!

Weiterdings hat die „Vergewaltigung“ Sachse abgefritten. Die unbedingte auf Tassaten beruhen. Die Zahlen, die der Abgeordnete Behrens über die schwarzen Listen hier angeführt wurden, sind vollständig übertrieben hingestellt. Es wurde behauptet, die Liste der Kontraktbrüchigen betrage von im ganzen 303 000 Arbeitern nicht 4000 bis 5000, sondern nur 3500. Die neueste Liste enthält in der Tat nur 3539 Namen, aber

im September und Oktober fanden 5300 Arbeiter auf der schwarzen Liste.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie sehen, welchen Glauben man den Behauptungen des Besenverbandes beimessen kann. Ein solch heimliches System wie das der schwarzen Listen verhält sich unbedingt gegen die guten Sitten. Wenn ein Arbeiter, weil ihm etwa das Gedinge nicht paßt, auf die schwarze Liste gesetzt und 6 Monate hindurch nicht eingestellt wird, so ist das aber auch ein Verstoß gegen das Gesetz selbst. Solche Fälle hat der Herr Staatssekretär nicht herausgefunden. Ad

werde ihm auf die Sprünge helfen: Es sind Leute auf die schwarze Liste gekommen, obwohl sie regelrecht gekündigt haben. Und das sollte kein Verstoß gegen das Gesetz sein? (Zusammensetzung bei den Sozialdemokraten.)

Der Staatssekretär sagte, ihm sei mitgeteilt worden, daß unter den Kontraktbeschäftigten neben den fremdländischen Arbeitern auch eine große Zahl junger Leute sei. Auch diese Mitteilung ist unwahr. Die Liste vom Oktober enthielt unter 5187 Namen nur 618 von Leuten unter 18 Jahren, 888 von Arbeitern im Alter von 18 bis 21 Jahren, 2154 von Leuten im Alter von 21 bis 30 Jahren, und 1689 waren über 30 Jahre alt. Also nur ein sehr geringer Prozentsatz bestand aus den sogenannten „jungen Bengeln“. Daß die vertragmäßige Kündigung nicht immer eingehalten wird, liegt daran, daß die Kündigung nur bis zum 15. ausgeprochen werden kann. Wenn dann der Arbeiter am 15. oder 20. ein Gedings bekommt, auf das er sich nicht einlassen will, so ist die Antwort: „Waschen Sie, daß Sie zum Teufel kommen!“ Dabei ist er noch vollständig im Recht; denn nach § 83 Riffel 4 des Vergengesetzes kann er sofort die Arbeit verlassen, wenn der Befehl die widerrechtlichen Ueberverteilung des Arbeiters schuldig macht. Das ist aber der Fall, wenn der Arbeitsvertrag nicht bis zum 10. abgeschlossen ist, wenn also am 16. der Arbeiter sich weigert, so ist er im Recht, weil das Gedings überhaupt nicht zustande gekommen ist, und trotzdem werden die Leute als kontraktbrüchig auf die schwarze Liste gesetzt.

Auch aus anderen Gründen noch kann der Arbeiter das Arbeitsverhältnis nach dem Gesetz lösen, zum Beispiel wenn er beleidigt wird. Wollte man die Beleidigungen so auslegen, wie es hier in diesem Hause und vor Gericht geschieht, so könnte der Arbeiter jeden Tag davonlaufen. Danach würden also Tausende von Arbeitern widerrechtlich auf die schwarzen Listen gesetzt werden, wenn man es auch bei den Kontraktbeschäftigten als zulässig anerkennen will, wie es der Staatssekretär anzunehmen scheint.

Einige Einzelfälle

Will ich noch vortragen: Ein Bergarbeiter blieb im Mai mehrere Wochen zu Hause, weil er krank war, er hatte sich den Krankenlohn geholt und richtig krank melden lassen. Als er wieder gesund war, wurde er sofort entlassen, es wurden ihm 6 Strafschichten abgezogen, und er wurde auf die schwarze Liste gesetzt! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Alles ganz widerrechtlich. Daß er auf die schwarze Liste kam, erfährt er erst im Juni, als wir die Liste in die Hand bekommen. Nun stellte er den Antrag auf Strafe und auf Schadenersatz, der beim Berggewerbeamt in Dortmund zur Verhandlung kam. Der Richter selbst rief den Herrn von der Besche zu einem Vergleich, da er sie sonst verurteilen müsse. So klar lag also die Sache. Die Besche gab dann auch die abgezogenen 6 Strafschichten zurück und außerdem noch ihrerseits 6 Schichten, wogegen er auf den Schadenersatz verzichtete. Aber wie oft kommt der Arbeiter auf die schwarze Liste aus dem ganz gleichen Grunde, lediglich weil er krank ist, und er kann gar nichts dagegen unternehmen, weil er es nicht mal weiß!

Ein anderer Arbeiter wurde auf die schwarze Liste gesetzt, weil er sich geweigert hatte, in einem Schacht zu arbeiten, in welchem das Wasser so stark rauchte, daß die Arbeiter sich nicht untereinander verständigen konnten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Arbeiter sind auf die schwarze Liste gesetzt worden, die ganz regulär gekündigt haben, denen dann aber die 1 bis 3 Tage Urlaub verweigert wurden, die sie zum Urlaub brauchen! Treiben sie nicht rechtzeitig um 1. ihre neue Stelle an, so verlieren sie die neue Stelle, verlangen sie an einem Tage vorher die alte, so kommen sie auf die schwarze Liste! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Das wären ein paar Proben auf dem Gebiet, in welchem laut dem Herrn Staatssekretär nur der Kontraktbruch auf die schwarze Liste bringt.

Ich habe hier

weitere schwarze Listen

vor mir. Da ist eine Gruppe von Arbeitern, die wegen Organisation auf die schwarze Liste gekommen sind. Es handelt sich nicht etwa um politische Organisationen — da ist man schon eher dulksam — sondern um wirtschaftliche Organisationen. Da stehen Arbeiter auf der schwarzen Liste, die nicht ihrerseits kontraktbrüchig geworden sind, sondern denen gegenüber die Grubenverwaltung Kontraktbruch begangen hat. Andere stehen drauf wegen angeblichen „ungebührlichen Betragens“. Wieder andere, weil sie die aufgetragene Arbeit nicht angenommen haben! Es handelt sich dabei um Gedings, bei denen die Arbeiter einfach nicht existieren können. Wieder andere wegen „Beleidigungen und Bedrohungen“. Man sollte doch denken, daß in solchen Fällen sofortige Entlassung genügende Befristung wäre. In einem andern Falle heißt es ganz offen:

„Weil er Zustände im Bergwerk getadelt hat.“

Wieder ein anderer Arbeiter kommt wegen Diebstahls auf die Liste. Man mag einen solchen Mann ruhig entlassen, aber ihn auf 6 Monate arbeitslos machen, heißt doch, ihn zu fortgesetztem Diebstahl veranlassen. Ein anderer Arbeiter kommt auf die Liste, weil er in einer Versammlung, in der ich gesprochen habe, „Handzettel verteilt hat!“ (Hört! hört!) Die Organisationen selbst beklagen den starken Wechsel der Belegschaft, unter denen sie selbst nicht zum wenigsten zu leiden haben. Das wirksamste Mittel aber zur Bekämpfung dieses Mißstandes ist die Beteiligung der Arbeiter bei der Befestigung des Gedinges.

Das System der schwarzen Listen wird ergänzt durch geschwirdige Kenntlichmachung der Abschriftsbeine, durch Zufügung von Sunken, Fafen usw.

In Sachsen wieder rief man das Mittel der Maßregelung vor. Im Dresdener und im Bisdauer Revier sind kurz nacheinander je 14 Arbeiter gemahnt worden, weil sie als Arbeitervertreter in die Krankenlohnverwaltung gewählt wurden! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In Obersachsen haben es die Grubenverwaltungen schon dahin gebracht, daß nur noch „Geld“ zu Krankenlohnverwaltern gewählt werden können. In Niedersachsen werden die Arbeiter entlassen, die bei den öffentlichen Gemeindefällen anders stimmen, als die Grubenverwaltung ihnen vorschreibt. Aber kein Staatsanwalt findet sich, der gegen dieses geschwirdige Treiben, gegen diese Verhöhnung der Gewerbeordnung einschreitet. Handelte es sich um Arbeiter, so wäre längst der Grobe Aufspargraph in umfassender Weise in Anwendung gelangt.

Das Unwesen der schwarzen Listen greift jetzt auch auf andere Berufe über. Das Fehlen an einem einzigen Tage genügt, um einen Zigarbeiter in ganz Schlesien und Sachsen und sogar in Oesterreich arbeitslos zu machen. (Hört! hört!)

Die Staatsbehörden beteiligen sich an diesen geschwirdigen schwarzen Listen. Dem Autlicher Engmann in Stegny kündigt sein Arbeitgeber an, daß er ihn

auf Drängen der königlichen Eisenbahnverwaltung entlassen

musse und daß der Spediturverein beschloffen habe, ihn nirgends zu beschäftigen! Da braucht man sich nicht zu wundern, daß den privaten Schatzmachern jeder Respekt vor Staat und Gesetz schwindet, und daß die Arbeiter Sozialdemokraten werden, die den Staat eine derartige Sozialpolitik treiben sehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Junger mehr haben auch die Beamten unter den schwarzen Listen zu leiden: Steiger, welche vorläufigmähig Mißstände erigen, werden gemahnt und finden in keinem Revier wieder Anstellung. Der allmächtige Dilger zwingt sogar die allgemeine Elektrizitätsgesellschaft in Radowitz, einen dortigen Ingenieur zu entlassen, weil er in Technikerversammlungen aufgetreten ist! (Hört! hört!)

Der Staatssekretär schien andeuten zu wollen, daß er gegen die schwarzen Listen nur einschreiten könne, wenn gleichzeitig den Arbeitern das Streikrecht genommen werde. Ohne Streikrecht ist aber das Koalitionsrecht ein Kessel ohnelinge. Wogegen wir uns wenden, daß ist, daß man das menschenliche System der schwarzen

Listen, das im Kriegszustande berechtigt sein mag, mitten im Frieden anwendet. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn die Arbeiter einen Gastwirt oder einen Arbeitgeber hohllottieren, so machen sie das öffentlich, die Arbeitgeber gehen mit dem Begehr

neuchlings

vor, die Arbeiter können sich dagegen nicht wehren. Solche Mittel dürfen in Friedenszeiten nicht angewandt werden. Auch heute schon verstoßen solche Maßregeln gegen die guten Sitten. Das hat auch Professor Lohmar, den der christliche Bergarbeiterverband zu Rats gezogen hat, anerkannt. Daher müssen wir verlangen, daß die Regierung endlich auf gesetzlichem Wege gegen das menschenliche System der schwarzen Listen vorgeht. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Hg. Dikken (Kpt.): Auch ich halte es vom allgemeinen menschlichen Standpunkt nicht für richtig, daß nach Beendigung eines Aufstandes die Arbeiter noch drei Monate auf keiner Besche des Bescheverbandes angenommen werden dürfen. Dagegen halte ich die weitere Abmachung der Besche für berechtigt, daß kontraktbrüchige Arbeiter 6 Monate lang auf den Bescheverbanden nicht beschäftigt werden dürfen. Es ist dabei zu beachten, daß solche Arbeiter aus den schwarzen Listen gestrichen werden, wenn sie sich auf ihrer bisherigen Arbeitsstelle wieder zur Arbeit melden. Man kann also nicht behaupten, daß die schwarzen Listen zur Maßregelung von Mißliebigen dienen. Auch der Sozialdemokrat Veimpeers hat in einer Öffener Versammlung angegeben, daß die schwarzen Listen den Bock haben, den Bescheverband einzudämmen.

Herr Hue meinte, man könne dem Arbeiter, der die Arbeit hingelassen hat, nicht zumuten, in das alte Joch zurückzukehren. Das heißt doch die wirtschaftlichen und rechtlichen Zustände verbessern. Gegenüber dem Gutachten des Professors Lohmar aus Bonn, das die christlichen Bergarbeiter sich verschafft haben, ist das Gutachten von Professor Dertmann aus Erlangen für den Bescheverband erstattet worden. Diesem Gutachten kann man doch nicht ohne weiteres minderen Wert beimessen.

In den Urkunden des häufigen Kontraktbruchs gehört auch das gewöhnliche Verlöten und Verschleppen Tausender von Arbeitern aus dem Osten nach dem Westen; hier sollte die Reichsregierung versuchen, einen Niegel vorzuschieben.

Nach allem komme ich zu dem Schluss, daß die Maßnahmen des Bescheverbandes nicht als Angriff sich charakterisieren, sondern als Abwehr, und zwar als berechtigte Abwehr! Die Sozialdemokraten üben rücksichtslos Vorkriegszeit aus gegen den kleinen Kaufmann und Handwerker; sie dürfen sich also nicht wundern, wenn auch andere Kreise sich zu energischer Abwehr zusammenschließen. Freilich darf dieses Recht der Abwehr nicht zum Unrecht ausarten, wie es in einzelnen Fällen geschieht. Aber ein erheblicher Teil der Schuld liegt auf der linken Seite dieses Hauses; denn durch die systematische Verhinderung der Bergarbeiter wird eine Stimmung erzeugt, die dem wirtschaftlichen Frieden nicht günstig ist. (Bravo! rechts.)

Darauf verlegt das Haus die Fortsetzung der Besprechung auf Sonnabend 11 Uhr; vorher Beratung der Denkschrift über die Ausführung des Antilehengesetzes und Rechnungssachen.

Schluss 6 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Ende der ersten Lesung des Erbverfallsentwurfes.

Die Ablehnung in Sicht!

Die Finanzkommission des Reichstages erledigte in der Freitagssitzung die erste Lesung des Entwurfes, betreffend das Erbrecht des Staates. Die Beratung begann mit dem § 9 des Artikels II, der im ersten Absatz den Bundesrat ermächtigt, Bestimmungen zu erlassen, daß solchen Personen, welche vom Erblasser bis zu dessen Tode dauernd unterstüzt worden sind oder bei dessen Tode zu seinem Haushalt gehört und von ihm ihren Unterhalt bezogen haben, außer dem Falle einer gesetzlichen Verpflichtung bei vorhandener Bedürftigkeit aus den Mitteln des dem Fiskus als gesetzlichen Erben angefallenen Nachlasses Zuwendungen zum Zwecke des Unterhalts oder der Ausbildung bewilligt werden können. Dieser Absatz begegnete keinem Widerspruch, wohl aber riefen die beiden folgenden Absätze die gesamte Gegnerschaft gegen das Erbrecht des Staates wach. Diese vom Zentrum und den Konserverativen als die bedenklichsten Bestimmungen des ganzen Entwurfes bezeichneten Absätze lauten:

„Nach näherer Bestimmung des Bundesrats kann ferner in Fällen, in denen eine Verfügung von Todeswegen, infolge Mangels der Form nichtig ist, in denen aber gleichwohl anzunehmen ist, daß die Verfügung dem letzten Willen des Erblassers tatsächlich entspricht, der infolge der Nichtigkeit dem Fiskus als gesetzlichen Erben zugefallenen Erwerb ganz oder teilweise denjenigen zugewendet werden, an die er im Falle der Gültigkeit der Verfügung gelangt sein würde.“

Nach näherer Bestimmung des Bundesrats kann ferner der Nachlass eines Erblassers, der nicht fähig war, ein Testament zu errichten, demjenigen Verwandten ganz oder teilweise zugewendet werden, die den Erblasser bis zu seinem Tode erzogen, gepflegt oder in häusliche Gemeinschaft aufgenommen haben.“

Hier hatten das Zentrum, die Konserverativen und die Wirtschaftliche Vereinigung Anträge eingebracht, die sämtlich, wie die Genossen Geyer und Ulrich Schwarz hervorhoben, darauf hinausliefen, das ganze Gesetz unwirksam zu machen, den Fiskus als Erben in den meisten Fällen ausfallen, ihm, soweit irgend möglich, keinen Fleck aus dem Privateigentum zulassen, selbst in den Fällen nicht, wo es sich um Erbverfall handelt, die als so gut wie herrenlos bezeichnet werden könnten und wo die Erbverfall an Personen fällt, die mit dem Erblasser nie in Verbindung gestanden haben, an die er nie als Erben gedacht hat. Deshalb würden sie gegen alle diese Anträge und für die Regierungsvorlage stimmen, weil sie in dieser die gelindeste Form des Erbrechts des Staates erblickten, der gegenüber die sich in allerlei Kraftausdrücken äußernden juristischen und angeblich moralischen Bedenken völlig unangebracht sind und in nichts zerfallen. Sollte die Haltung der Gegner dieser sowie der Nachlass- und Erbverfallentwurf gegenüber die ganze Finanzvorlage scheitern machen, so würden ihnen später, die heutigen Anträge und Neben vorgehalten werden.

Bei der schließlichen

Abstimmung

Aber die Anträge wurden diese sämtlich, wie auch schließlich der ganze § 9 der Regierungsvorlage in allen Teilen mit 14 gegen 14 Stimmen abgelehnt.

Die weiteren §§ von 10—14 wurden unverändert angenommen unter Ablehnung eines Zentrumsantrages dahinlautend, daß das Gesetz auf Nachlass bis zu 3000 M. keine Anwendung finde, wogegen sich der Staatssekretär Sydow mit Entschiedenheit gewandt hatte, weil es sowohl im finanzpolitischen wie im juristischen Sinne unmöglich sei.

Damit war die erste Lesung beendet. Schwade um die kostbare Zeit, die damit vertrieben wurde; denn wie jetzt schon mit Sicherheit vorauszusehen ist, wird in der zweiten Lesung der Artikel I abgelehnt werden, da er in erster Lesung nur infolge der irrtümlichen Abstimmung eines Zentrumsmitgliedes angenommen worden ist.

Damit wäre die ganze Regierungsvorlage gefallen.

In der nächsten kommenden Donnerstags stattfindenden Sitzung soll die Nachsteuerreform zur Beratung kommen.

Aus der Budgetkommission.

10. Sitzung vom 29. Januar.

Die Kommission gelangte, nachdem sie vier Sitzungen mit allgemeinen Erörterungen über die auswärtige Politik und die Organisation des Auswärtigen Amtes ausgefüllt hatte, mit ihren Beratungen heute zum eigentlichen Etat. Es zeigte sich hier das Schauspiel, das beim Reichstag des Innern und bei den noch zu beratenden Messis immer wieder von neuem sich wiederholen wird: Die Regierung verlangt zur ordnungsmäßigen Erledigung der sich häufenden Geschäfte mehr Beamtenstellen, und die Kommission möchte aus Sparsamkeitsgründen weniger bewilligen. Heute wurde die Frage erörtert, ob die Arbeitskraft der Bureaubeamten aus genügend ausgehnt wird. Ein Zentrumsabgeordneter vertrat den Standpunkt, daß man eine achttündige Bureauzeit sehr wohl verlangen könne, da es sich bei den Kanzleibeamten um keine übermäßig anstrengende Arbeit handle. Die geforderten zwei neuen Stellen würden schließlich doch bewilligt. Dagegen werden beim Titel „Andere persönliche Ausgaben“, wo 802 000 M. angefordert werden, 20 000 M. an Antrag Erzbergers gestrichen, weil durch eine bessere Einteilung der Arbeiten und durch völlige Ausnutzung der Bureaustunden an Personal gespart werden könne. Dagegen werden beim Titel „Sachliche Ausgaben“, wo 250 000 M. (7000 M. mehr als voriges Jahr) verlangt werden, 1000 M. auf Antrag des Berichterstatters, Freiherrn v. Hertling, „um des moralischen Effektes willen“ abgetrieben.

Für Karier- und Reisekosten werden 248 000 M. verlangt. Ein Mitglied der Kommission regt an, ob der Kurierdienst im Zeitalter der drahtlosen Telegraphie nicht überhaupt abgeschafft werden könnte. Der Posten wird, nachdem Staatssekretär Sehm die Unentbehrlichkeit dieses Dienstes behauptet hat, bewilligt. Beim Militäretat soll nochmals hierauf zurückgekommen werden.

Zur Vergütung an nicht festangestellte Beamte bei den gesundheitlichen Behörden werden 397 000 M. angefordert. Die Kommission beschließt, 90 000 M. abzugeben, weil sie der Meinung ist, daß so viel gespart werden könnte. Bemängelt wird namentlich der hohe Personalbestand in London, Paris, Bern und Gattinje, wo für die Angestellten nicht genügend Gelegenheit zur Verwertung ihrer Arbeitskraft geboten sein könnte.

Nächste Sitzung Donnerstag, den 4. Februar, Fortsetzung bei Titel „Konsulate“.

Die Kommission zur Vorbereitung des Arbeitskammergesetzes führte in der Freitagssitzung die Beratung über den § 1 des Gesetzes zu Ende. Unsere Genossen, deren Gesetzentwurf schon in der vorigen Sitzung abgelehnt worden war, hatten zu § 1 einen Antrag eingebracht, der für den Bezirk jeder oberen Verwaltungsbehörde die Errichtung einer Arbeitskammer forderte. Danach sollte an Stelle der von der Regierung geforderten sachlichen Gliederung die territoriale Organisation die Grundlage der Arbeitskammer bilden. Obgleich unsere Genossen Bömelburg und Seevering an Hand vieler Beispiele die Unmöglichkeit einer strengen sachlichen Gliederung nachwiesen, stellten sich die Vertreter sämtlicher bürgerlicher Parteien auf den Boden der Regierungsvorlage. Dabei bekannten sich die Konservativen, Reichsparteiler und National-liberalen als prinzipielle Anhänger der sachlichen Gliederung, während die Freisinnigen und die Zentrumsabgeordneten immerhin die Vorzüge der territorialen Gliederung anerkannten. Bei der Abstimmung wurde zunächst der Prinzipalantrag unserer Genossen abgelehnt. Ein Eventualantrag, der verlangt, daß in besonderen Fällen die Errichtung von Arbeitskammern auch für verschiedene Gewerbebezirke erfolgen kann, verfiel dem gleichen Schicksal. Auch ein Antrag der wirtschaftlichen Vereinigung, in besonderen Fällen die Zuständigkeit der Arbeitskammern auch auf die verwandten, nicht gewerblichen Betriebe auszudehnen, wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der wirtschaftlichen Vereinigung abgelehnt.

Ein weiterer Zusatzantrag der Sozialdemokraten fordert, daß unter bestimmten Voraussetzungen die Errichtung einer Arbeitskammer angeordnet werden muß. Da die Freisinnigen zum § 8 einen Antrag, der eine ähnliche Forderung enthalten soll, einbringen wollen, wird die Beratung des sozialdemokratischen Antrages bis zur Verhandlung über diesen Paragraphen zurückgestellt. Der § 1 der Regierungsvorlage wurde schließlich einstimmig angenommen.

Die Vertreter der Reichspartei und die Konserverativen fürchten, daß nach dem Wortlaut des § 3 der Vorlage die Kammern zu sehr die besonderen Interessen der Arbeitnehmer wahrnehmen könnten. Sie beantragen deswegen die Streichung der betreffenden Stellen in der Vorlage. Mit Recht wurde ihnen von freisinniger Seite und vom Genossen Bömelburg entgegengehalten, daß die paritätische Kammer ganz von selbst eine einseitige Interessensvertretung zugunsten der Arbeiter verhindern werde.

Zum § 3 liegen Änderungsanträge unserer Genossen, des Zentrums und der Freisinnigen vor, die sämtlich eine Erweiterung der Befugnisse und der Aufgaben der Kammern bezwecken. Insbesondere wird verlangt, daß die Kammern befugt sein sollen, selbstständig Erhebungen über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Gewerbebezirke in ihrem Bezirk zu veranstalten, auch ohne von den Behörden dazu aufgefordert zu sein. Die Diskussion über diese Anträge wurde bis zur nächsten Sitzung (5. Februar) vertagt.

Druckfachen.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus. (Nr. 1.) Verzeichnis der Mitglieder des Hauses der Abgeordneten (abgeschlossen am 27. Januar 1909).

Witterungsüberblick vom 29. Januar 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius		
Schwetzingen	771	E	3	Stiller	-6	Laprun	757	SE	6	bedekt	-1
Hamburg	770	EO	3	Dunst	-8	Petersburg	774	SE	2	Schnee	-5
Brest	772	EO	2	Stiller	-9	Sibirsk	767	SE	3	bedekt	2
Frankfurt a. M.	772	EO	1	halb st.	-3	Berlin	763	SE	1	wolkig	2
München	774	O	2	Stiller	-13	Paris	771	EO	1	wolkig	-8
Gen	775	EO	3	halb st.	-8						

Weiterprognose für Sonnabend, den 30. Januar 1909.

Etwas milder, ziemlich trübe mit geringen Niederschlägen und mäßigen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserkunds-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserkund	am 29. 1.	festl. (am 27. 1.)	Wasserkund	am 29. 1.	festl. (am 27. 1.)
Berlin, Müti	320 ⁹	-4	Saale, Großh.	140	0
Bregel, Anstetburg	19 ¹	-1	Spree, (Spreenow?)	87	-1
Weschele, Jena	150 ⁹	-8	Rathenow?)	78	0
Oder, Rathow	74 ⁹	-4	Spree, (Spreenow?)	68	0
Prosen	109	-12	Reckow	70 ⁹	0
Frankfurt	92 ⁹	-10	Weser, Ränden	-93	-6
Weser, Scharinn	88	-12	Weser, Ränden	-30 ⁹	0
Landesberg	83 ⁹	+3	Rhein, (Rheinland?)	315	-5
Weser, Hocham	56 ⁹	+14	Rhein, (Rheinland?)	113 ⁹	-10
Weser, (Rheinland?)	-94	-13	Rhein, (Rheinland?)	118 ⁹	-12
Dresden	-210 ⁹	-15	Weser, (Rheinland?)	42	+2
Sarke	43 ⁹	-7	Weser, (Rheinland?)	105 ⁹	-1
Magdeburg	46 ⁹	-4	Weser, (Rheinland?)	91 ⁹	+2

+) bedeutet Subst. - Maß. - *) Unterzahl. - *) Gehalt. *) Grundis. - *) starkes Treibeis. - *) Treibeis. - *) starkes Treibeis. - *) starkes Grundtreibeis. - *) Grundtreibeis.

WEISSE WOCHE BEI JANDORF

Belle-Alliancestr. — Spittelmarkt — Gr. Frankfurterstr. — Brunnenstr. — Kottbuser Damm

Verkauf nicht an Wiederverkäufer — Soweit Vorrat

Gute weisse Waren zu enorm billigen Preisen

Wäschestoffe

Hemdentuch Elsasser Qualität, ca. 80 cm br., Met. 18, 25, 32 Pf.
Renforcé feinfädige Qualität ca. 80 cm breit, Mtr. 28, 35, 42 Pf.
Wäsche-Batist für feine Leibwäsche ca. 83 cm breit Meter 32, 38, 45 Pf.
Louisianatuch leinenartiges Gewebe, für Bettwäsche, ca. 83 cm breit, Mtr. 26, 30, 38 Pf.
Louisianatuch leinenartiges Gewebe, für Bettwäsche, ca. 83 cm breit, Mtr. 35, 42, 50 Pf.
Louisianatuch leinenartiges Gewebe, für Bettwäsche, ca. 130 cm breit, Mtr. 55, 65, 85 Pf.

Bettsatin verschiedene Streifen, für Kissen ca. 83 cm breit Meter 45, 50, 60 Pf.
Bettsatin verschiedene Streifen, für Deckbetten ca. 130 cm breit Meter 68, 80, 95 Pf.
Bettendamast prima Qualität, für Kissen ca. 83 cm breit Meter 50, 65, 80 Pf.
Bettendamast prima Qualität, für Deckbetten ca. 130 cm Meter 75, 95, 1.20
Lakendowlas vorzügliche Qualität, ganze Breite Meter 50, 70, 85 Pf.
Piqué o. Körper-Barchent Mtr. 35, 42 Pf.

Taghemden Vorder- oder Achselschluss mit Languetten-od. Trimmingbesatz 1.15
Taghemden mit gestickter Passe 1.35
Taghemden mit Sticker-Einsatz 1.65
Taghemden Shawlpasse m. Hohlsaum 1.75, mit Sticker 1.95
Fassonhemden in verschiedenen Ausführungen mit reicher Stickerergänzung 1.95, 2.45
Taghemden mit handgestickter Madeirapasse 1.45, 1.80

Damen-Wäsche

Beinkleider Knie-Fasson, Hemdentuch oder Körper-Barchent mit Sticker-Volant 1.15, 1.65
Beinkleider Knie-Fasson, Renforcé mit Sticker-Ein- und -Ansatz 1.85
Nachtjacken Körper-Barchent m. Languetten 1.15
Nachtjacken Körper-Barch.m. mit Um-Sticker-Volant 1.65 mit Umlegetrage 2.45
Herrenhemden aus kräft. Hemdentuch, mit Fältchen 1.85, 2.45
Unterröcke mit breitem Sticker-Volant 2.75, 4.25
Untertaillen reich mit Sticker o. Spitzen garniert 85, 1.50, 1.95

Bettendamast mit Seidenglanz und Durchbruch Kissenbreite, Mtr. 75 Pf. Deckbettbreite, Mtr. 1.15 | **Garnituren** Fasson-Hemd und Beinkleid mit Sticker oder imitiert Klöppelspitze 3.90, 5.75

Einmaliges Angebot in **Elsasser Cretonne** ca. 110 cm breit 55, ca. 120 cm breit, Meter 65, ca. 160 cm breit 85 Pf.

Bewährte Qualitäten für den Hausbedarf

Hemdentuch „Marke Spezialtuch“ Kupon 10 Met. 2.85	20 Met. 5.60	Louisianatuch „Marke Brillant“ Kupon 10 Met. 3.25	20 Met. 6.40
Hemdentuch „Marke Spezialmarke“ Kupon 10 Met. 3.25	20 Met. 6.40	Louisianatuch „Marke Prinzess“ Kupon 10 Met. 4.45	20 Met. 8.75

Jandorf's Hausmarke Hemdentuch, Renforcé, Louisianatuch Kupon 5 Meter 1.45, 1.65

TISCH-WÄSCHE

Tischtücher Halbleinen Dreif., kräftige Qual. gesäumt ca. 110/135 cm 1.25, 130/135 cm 1.45, 130/170 cm 1.85, 60/60 cm 1/2 Dutz. 1.75
Servietten dazu passend, ca. 60/60 1/2 Dutz. 2.15
Halbleinen Jacquard in schönen Dessins gesäumt ca. 115/125 1.45, 130/130 1.70, 130/165 1.95, 130/225 2.30, 160/225 cm 2.95, 3.85
Servietten dazu passend, ca. 65/65 1/2 Dutz. 2.65

Tischtücher Rein Leinen-Jacquard in mod. Zeichnungen, gesäumt ca. 130/130 cm 2.10, 130/160 cm 2.65, 130/225 cm 3.90, 1/2 Dutz. 2.65, 3.25
Servietten dazu passend, ca. 65/65 cm 1/2 Dutzend 4.25
Rein Leinen Jacquard in Prima Qualität, gesäumt ca. 130/130 2.85, 130/165 3.50, 130/230 4.90, 165/230 6.25, 165/230 cm 8.65
Servietten dazu passend, ca. 65/65 cm 1/2 Dutzend 4.25

HANDTÜCHER

Küchenhandtücher Gerstenkorn, 1/2 Dutzend 1.35
 Gerstenkorn, in weiss oder grau, ca. 48/110 cm, 1/2 Dutzend 1.65
 Gerstenkorn, Halbleinen, gesäumt und gebündert ca. 48/110 cm 1/2 Dutzend 2.55, 2.90
 Gerstenkorn, Rein Leinen, gesäumt und gebündert ca. 48/110 cm 1/2 Dutzend 3.25
Stubenhandtücher in weiss oder mit bunten Streifen ca. 48/105 cm 1/2 Dutzend 1.75
 Jacquard oder Dreif., Halbleinen, gesäumt und gebündert ca. 48/110 cm 1/2 Dutzend 2.45, 2.75
 Jacquard oder Dreif., prima Halbleinen, gesäumt und gebündert, ca. 50/120 cm 1/2 Dutzend 3.25, 3.65
 Jacquard, Rein Leinen, in schönen Dessins, gesäumt und gebündert, ca. 50/110 und 50/120 cm.. 1/2 Dutzend 2.95, 3.35

Stubenhandtücher Jacquard, Prima Halbleinen in schönen Medaillon-Mustern, gesäumt und gebündert, ca. 50x120 cm 1/2 Dutzend 3.25



Trikotagen
Blusenschoner f. Damen, weiss, Reine Wolle 1.15
Trikot-Untertaillen für Damen, weiss, mit od. ohne Aermel Grosse Posten 48 Pf.
Korsettschoner weiss oder farbig 20 Pf.
Herren-Hemden u. -Hosen 3 Grössen, Serie I 95 Pf., Serie II 1.35
Garnituren für Herren Jacke u. Beinkleid in verschiedenen Farben, 3 Grössen Garnitur 2.65
Garnituren für Herren Jacke und Beinkleid, buntfarbig geringelt, 3 Grössen, Garnitur 3.75
Golf-Jackets f. Damen, weiss, Reine Wolle 5.95
Auto-Shawls f. Damen o. Herren, weiss mit Franzen 45, 95 Pf.

Hervorragend preiswerte Posten

Jacquard-Tischtücher ca. 130x130 cm Stück 1.35	ca. 130x165 cm Stück 1.65
Tafeltücher „Rein Leinen“, schwere Hausmacher-Qualität, gesäumt, ca. 160x330 cm Stück 5.85	
Jacquard-Servietten vollgebleicht und gesäumt, ca. 65x65 cm 1/2 Dutzend 1.75	
Jacquard-Servietten „Prima Rein Leinen“, gesäumt, ca. 60x60 cm 1/2 Dutzend 2.75	
Kaffee-Decken mit bunten Borden, Ia. Halbleinen, ca. 130x150 cm 1.45	
Kaffee-Gedeck mit 6 Servietten, farbiger Kante, Ia Halbleinen gesäumt 2.75	
Kaffee-Gedeck mit 6 Servietten, Ia Halbleinen mit schönen Bordüren und Durchbruch 3.45	
Gedeck mit 6 Servietten in neuest. Dessins, Ia Reinleinen mit Hohlsaum weiss und farbigen Kanten, ca. 130x160 cm 6.50	

Bettwäsche

Deckbett Hemdentuch 1.90, 2.85
Kissen Hemdentuch 58, 80 Pf.
Deckbett Louisianatuch 2.85, 3.90
Kissen Louisianatuch 80, 90 Pf.
Deckbett Dimiti 2.65, 4.40
Kissen Dimiti 75, 1.10
Deckbett Damast 4.25, 5.50
Kissen Damast 1.25, 1.45
Bettlaken ohne Naht 90, 1.45, extra lang 1.95, 2.25

Frottier-Wäsche

Frottierlaken aus weissem Kräuselstoff, prima Qualität ca. 100x150 1.95, 130x130 2.40, 130x160 2.95, 130x200 3.95, 160x200 4.50
Frottier-Handtücher aus weissem Kräuselstoff, ca. 60x115 95 Pf.

Handarbeiten

Tischläufer ca. 35/130 cm 1.45
Decken ca. 35/35 cm 48 Pf.
Wandschoner 1.35
Mittendecken ca. 60/60 cm 95 Pf.
Paradehandtücher .. 1.35
Chaiselonguekissen 95 Pf.
Tablettdecken 38, 48 Pf.

Tischläufer ca. 35/130 cm 1.25
Paradehandtücher 1.25
Mittendecken ca. 60/60 cm 95 Pf.
Schoner ca. 35/35 cm 60 Pf.
Russenkittel blan oder rot garniert, vorgezeichnet 1.15
Tablettdecken Or. I II III IV aus Linon m. Saum, 10 15 20 25 Pf. vorgezeichnet

Wischtücher

Wischtücher kariert, 1/2 Dutzend 75, 95 Pf.
Wischtücher Halbleinen, gesäumt u. gebänd., ca. 56x56, 1/2 Dutzend 1.45
Wischtücher ca. 60x60 1/2 Dutzend 1.60
Wischtücher Reinleinen, gesäumt u. gebänd., ca. 56x56, 1/2 Dutzend 1.80
Wischtücher ca. 60x60 1/2 Dutzend 1.90
Staubtücher extra gross 1/2 Dutzend 95 Pf.
Abwaschtücher ca. 38x38 gesäumt, 1/2 Dutzend 75 Pf.

Schreibwaren

Briefpapier extra feine Qualität, 100 Briefbogen, 100 Kuverts 95 Pf.
Briefpapier weiss Leinen-Pressung, gute Qual., 100 Bogen, 100 Kuverts 95 Pf.
Briefpapier in Kassetten, Herrenformat, Leinen in weiss, blau oder grau, 50 Bogen, 50 Kuverts 1.10
Tischgarnitur bestehend aus einem drei Meter langen Läufer und 100 dekorierten Servietten in eleg. Glacékarton 1.25
Papierservietten weiss damastiert 100 Stück 55 Pf.

Tischläufer, -Decken, Handtücher mit diversen Durchbrüchen und Zeichnungen 95 Pf. | **Abgepasste Blusen** 95 Pf. | **Abgepasste Roben** in geschmackvoller Ausführung 4.25, 7.25

5000 Fenster Tüll-Gardinen weiche Appretur Fenster 4.85, 6.75 | **2000 Tüll-Stores** weiche Appretur 2.50, 3.95, Erbstüll-Stores 4.75, 6.75 | **2000 Tüll-Bettdecken** für 1 Bett 1.75, 2.50, für 2 Betten 4.75, 6.50

Abgeordnetenhaus.

20. Sitzung vom Freitag, den 29. Januar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: Frhr. v. Rheinbaben. Die zweite Beratung der

Beamtenbesoldungsvorlage

wird fortgesetzt. Zunächst wird ein gestern angekündigter Kompromissantrag angenommen, wonach eine von der Kommission beschlossene nichtpenzionfähige Zulage von je 150 M. für die beiden Rangleidener des Abgeordnetenhauses wieder gestrichen wird!

Zu der Gruppe I wird dann noch die Resolution angenommen, welche eine Neuregelung der Besoldungsverhältnisse der Justizlanggehilfen verlangt.

Abdonn wird die Gruppe 2 beraten. Sie umfaßt die Besoldungsklassen 12-22, d. h. die Beamten bis zum Höchstehalt von 4500 M. Hierzu gehört die Frage der Diätäre im unteren und mittleren Dienst sowie die Frage der Lehrer, mit Ausnahme der akademisch gebildeten, nebst einer Resolution auf baldige Vorlage eines Gesetzentwurfs, durch welchen das Mittelschulwesen geregelt wird.

Außerdem liegen einige Kompromissanträge vor, welche die Regierungsverträge in einzelnen Punkten wiederherstellen.

Abg. Schmedding (Z.) bedauert, daß es nicht möglich war, die in der Kommission durchgeführte Aufbesserung für die Assistenten aufrechtzuerhalten.

Abg. Frhr. v. Malsbahn (kons.) betont, daß auch seinen Freunden die Zustimmung zu dem Kompromiß schwer geworden sei. Nicht die unteren Beamten, wie Herr Hirsch gesagt habe, sondern gerade die mittleren Beamten hätten unter dem Kompromiß zu leiden.

Abg. Schröder-Kosel (natl.) bleibt auf der Tribüne unverändert.

Abg. Rewolbt (fl.) bedauert, daß es nicht gelungen sei, alle Gerichtsekretäre den Verwaltungsekretären gleichzustellen.

Abg. Büchtemann (fr. Sp.) wird die Resolutionen im Mittelschulwesen stimmen. Allerdings paßt ihre Fassung nicht recht in den Rahmen unserer Verfassung, denn die Organisation des Mittelschulwesens wird nicht durch Gesetz geregelt, sondern durch Ministerialverordnung, genau so, wie die ganze Organisation der höheren Mädchenschulen.

Abg. Peltasohn (fr. Sp.) geht die einzelnen Kompromißbeschlüsse durch, denen seine Freunde nur mit schwerem Herzen zugestimmt hätten.

Abg. Ströbel (Soz.):

Die Beamtengruppe, die hier zur Erörterung steht, umfaßt 58 000 Mitglieder, während die gestern verhandelte Gruppe 186 000 umfaßt. Es ist bedauerlich, daß die ersten elf Beamtensklassen gestern bereits verabschiedet wurden, da gerade über ihre Lage noch sehr viel zu sagen gewesen wäre. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Einer der Herren Vorredner sagte, mein Kollege Hirsch hätte gemeint, das Kompromiß wäre auf Kosten der unteren Beamten zustande gekommen. Kollege Hirsch hat das nicht gesagt, sondern er hat darauf hingewiesen, daß es auf Kosten der Assistenten im Justizdienst zustande gekommen ist. Die Ausgaben für diese Assistenten würden nur 315 000 M. mehr gegenüber der Regierungsvorlage betragen haben. Es ist mir daher unverständlich, weshalb die bürgerlichen Parteien „gegronten“ waren, wegen dieser 315 000 Mark sich auf das Kompromiß einzulassen. Es wäre sehr wohl möglich gewesen, auch den Assistenten die in der Kommission bereits beschlossene Gehaltserhöhung zu erhalten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In der Kommission war es auffallend, wie viel größer die Zahl der Redner war, die für die mittleren und höheren Beamten eintreten als für die unteren. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist uns ganz erklärlich, weil ja die mittleren und oberen Beamten aus Kreisen hervorgegangen sind, die den Herren näher stehen. Freilich hat man wie bei den Unterbeamten auch hier gewisse Gruppen, wie die Militäranwärter, besonders begünstigt. Ich nenne z. B. die Bahnhofsdirigenten und Eisenmeister, außerdem auch die Vorkurslehrer, die Präparandenlehrer und die Hofsekretäre. Das sind nur einzelne Beispiele dafür, daß man auch hier nicht alle Beamten gleich behandelt, sondern einzelne Gruppen herausgehoben hat. Wie mißgönnt natürlich den erwählten Gruppen ihre Gehaltserhöhung durchaus nicht. Unsere Mitglieder in der Kommission haben im Gegenteil für diese Aufbesserung gestimmt und haben auch einen konservativen Verschlechterungsantrag verhindert. Das beweist, daß die sozialdemokratische Partei auch den mittleren Beamten und den Militäranwärtern durchaus das höhere Gehalt gönnt. Aber ich hebe das nur hervor, um zu zeigen, daß tatsächlich die Vertreter der bürgerlichen Parteien ein warmes Herz für diejenigen Beamtengruppen bewiesen haben, die der Schicht, aus der sie selbst hervorgegangen sind, nahesteht, doch aber dieses warme Herz leider nicht mit derselben Intensität schlug für die Beamten, die aus dem Proletariat hervorgegangen sind. Und erscheint die ganze Einteilung in untere, mittlere und höhere Beamte weniger in praktischen Bedürfnissen begründet zu sein als vielmehr in der Klassenschichtung des kapitalistischen Staates. Es läßt sich vielfach gar nicht feststellen, wo die unteren Beamten aufhören und die mittleren anfangen. Gewiß, bei einer Anzahl mittlerer Beamten wird eine höhere Schulbildung verlangt, aber nicht für alle, namentlich sind die Militäranwärter auch hier besonders begünstigt. Außerdem verlangt man zwar von einer ganzen Reihe von Beamtencategorien den Nachweis einer höheren Schulbildung, legt aber auf der anderen Seite kein allzu hohes Gewicht auf die Allgemeinbildung dieser Schicht. Da ist beispielsweise das interessante Wort in der Kommission gefallen, daß ein Eisenbahnassistent am tüchtigsten wäre, wenn er sich möglichst wenig um Horaz kümmerte. Das ist meiner Ansicht nach ein außerordentlich banausischer Standpunkt, aber es ist kennzeichnend für die wunderlichen Widersprüche, die sich aus den bürgerlichen Institutionen ergeben. Auch die von den höheren Beamten verlangte akademische Bildung ist nur ein Mittel, die nicht-besitzenden Klassen von dem Eintritt in höhere Beamteneinstellungen abzuhalten. Auch über den Wert der akademischen Bildung ist ein eigentümlicher Ausspruch in der Kommission gefallen. Man sagte: „Wenn der Kultusminister Dr. Holle heute noch einmal sein Abiturientenexamen machen sollte, würde er glänzend durchfallen.“ Dieses lächerliche Wort ist kennzeichnend dafür, wie man heute einerseits gewisse Schranken errichtet und eine gewisse Bildung verlangt, andererseits den dauernden Ertrag der Bildung außerordentlich niedrig veranschlagt. Wenn der Kultusminister alles wieder verlernt hat, was beim Abiturientenexamen von ihm verlangt wurde, und trotzdem geeignet ist, Kultusminister zu sein, so muß es doch seinen Stellen mit dieser Gymnasialbildung haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man sollte dahin wirken — die sozialdemokratische Partei macht sich das zu ihrer Aufgabe —, daß auch den Unterbeamten, die die längste soziale Befähigung dafür zeigen, mehr und mehr der Zutritt zu den mittleren und höheren Beamteneinstellungen eingeräumt wird. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere daran, daß in anderen Ländern, z. B. in England, aus dem Arbeiterstande hervorgegangene Personen Ministerposten bekleiden. Ich glaube, es gibt auch bei uns eine ganze Menge aus dem Arbeiterstande hervorgegangener Personen, die einem Ministerposten mehr Ehre machen würden als eine ganze Reihe der Herren, die jetzt auf einen Ministerposten kommen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Kurz — wie man auch die Sache betrachtet, es zeigt sich immer wieder, daß die Art, wie man mit der Beamtensbesoldung verfahren ist, die notwendige Folge des Klassenkampfes ist, der hier in unserem

Dreiklassenparlament wieder seinen typischen Ausdruck gefunden hat. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Die Kommissionsbeschlüsse der Gruppe II werden mit den Kommissionsanträgen sowie der Resolution über die Mittelschullehrer angenommen.

Zur Gruppe III gehören die Beamten bis 6000 M. Gehalt, die Professoren, die besonderen Fonds zur Heranziehung ausgezeichneter Lehrkräfte zu den verschiedenen Arten von Hochschulen, und eine Resolution, durch welche die Regierung erwidert wird, die Verhältnisse der Assistenten der wissenschaftlichen Institute der Universitäten, technischen Hochschulen und sonstigen gleichstehenden wissenschaftlichen Anstalten einer weiteren Prüfung zu unterziehen und die sich etwa als angemessen herausstellende Erhöhung der Remuneration vorzunehmen.

Abg. v. List (fr. Sp.) stellt fest, daß die Neuregelung der Gehaltsfrage der Universitätsprofessoren hinter den Versprechungen, die der verlorene Ministerialdirektor Althoff seinerzeit im Herrenhaus gegeben habe, und auch hinter den Sätzen in Bayern zurückbleibe.

Abg. Dr. Friedberg (natl.) bedauert, daß die außerordentlichen Professoren bei der Aufstellung vollkommen ausfallen.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Rewolbt (fl.), von der Ogen (Z.), Graf Clairon d'Haussonville (l.) und Eichhoff (fr. Sp.) werden auch die Kompromißbeschlüsse zur dritten Gruppe angenommen.

Zu Gruppe IV, welche den Rest der Beamten umfaßt, gehören folgende Resolutionen:

1. Die Regierung möge im Interesse der Gerechtigkeit und zwecks Ausgleich der großen Verschiedenheiten in den Beschäftigungsverhältnissen der höheren Beamten, die Anrechnung der diätarischen Dienstzeit der höheren Beamten wie folgt ordnen: Die Anrechnung der diätarischen Dienstjahre nach den allgemeinen Bestimmungen bekommt für alle höheren Beamten in erster Dienststellung rückwirkende Kraft, soweit sie, wie durch das Nichterbesoldungsgebot, nicht bereits anderweit gesetzlich geregelt ist. Für die höheren Beamten in nicht erster Dienststellung hat die Berechnung der Dienstzeit so zu erfolgen, daß sie keinesfalls schlechter stehen, als wenn sie in der niederen Dienststelle verblieben wären.

2. Die Regierung möge einen Gesetzentwurf vorlegen in bezug auf die Dienstverträge der nicht richterlichen und der richterlichen Beamten, der eine einheitliche organische, erschöpfende und den veränderten Zeitverhältnissen entsprechende Neuregelung des gesamten Beamtenrechts herbeiführt.

3. Die Regierung möge in eine Neuregelung der Pensionierungsverhältnisse der nicht voll besoldeten Kreisärzte eintreten, mit dem Ziele der Anrechnung eines angemessenen Teiles der als praktischer Arzt zurückgelegten Zeit.

Die Abgg. Schröder-Kosel (natl.), Graf v. b. Graeben (l.) und Dr. Rewolbt (fl.) verteidigen die Kompromißbeschlüsse.

Abg. Schmidt-Barburg (Z.) spricht sich mit großer Lebhaftigkeit für die Besserstellung der Richter aus. (Zurufe rechts: Ist das eine Kompromißrede?) Ja, meine Herren, und ist gesagt worden, reden dürften wir, soviel wir wollten! (Weiterkeit.) Soll ich etwa sagen, daß ich mich über das Kompromiß freue? Das lasse ich mit meiner Ehre nicht vereinbaren. Die ganze Linke ist ihren bisherigen Bestrebungen durch die Zustimmung zum Kompromiß untreu geworden. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Peltasohn (fr. Sp.) verteidigt dem Vorredner gegenüber die Zustimmung seiner Freunde zum Kompromiß.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Eichhoff (fr. Sp.) und Dr. Reil (natl.) wird die Debatte geschlossen.

Die Kommissionsbeschlüsse werden auch zu dieser Gruppe angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung Sonntag 11 Uhr. (Beratung der Anträge Borgmann (Soz.) und Fraeger (fr. Sp.) betr. Ausdehnung der Vollstreckung der Fälligkeit des Abgeordneten Dr. Liebknecht. Ferner zweite Beratung des Justizetats.)

Schluß 4 1/2 Uhr.

Die Fahrerlaubnis der Automobilführer.

Die Kommission zur Vorberatung des Gesetzentwurfs über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen beendete am Freitag ihre Beratungen erster Lesung über den die Fahrerlaubnis behandelnden Abschnitt des Gesetzes. Das Zentrum, die Sozialdemokraten, die Nationalliberalen und die Konservativen hatten Anträge gestellt, die an Stelle der Landeszentralbehörden den Bundesrat zum Erlaß über Prüfungsvorschriften für Führer sowie über die Anordnungszuständigkeit machen wollten, die zur Erhaltung der Ordnung und Sicherheit auf den öffentlichen Wegen und Plätzen für den Verkehr mit Automobilen, insbesondere auch über die Prüfung und Kennzeichnung der Fahrzeuge und über das Verhalten der Führer erforderlich sind. Die Anträge gelangten zur Annahme. Wegen der Verjagung der Erlaubnis zur Führung eines Kraftfahrzeuges läßt der Entwurf ein Verwaltungsstreitverfahren nicht zu.

Einer Anregung der sozialdemokratischen Vertreter in der Kommission, daß die Willkür bei Erteilung der Erlaubnis ausgeschlossen werden müsse, trat ein nationalliberaler Antrag Rechnung: auch gegen die Verjagung des Verwaltungsstreitverfahrens zugunsten. Der Antrag fand Annahme. Die Vorlage will gegen die Entscheidung der Fahrerlaubnis durch die zuständige Behörde das Verwaltungsstreitverfahren zulassen, jedoch dem Rekurs keine ausschließende Wirkung beilegen.

Unsere Genossen wiesen darauf hin, daß durch einen bei der Verwaltungsbehörde leicht vorkommenden Fehlgriß, der selbst in letzter Instanz wieder gut gemacht werde, doch die wirtschaftliche Existenz des betroffenen Führers vernichtet werden könnte. Sie verlangten deshalb Streichung der vorläufigen Wirkung eines auf Entziehung lautenden Urteils. Zum mindesten müßte eventuell in zweiter Lesung für solche Fälle die Schadenersatzpflicht zugunsten des mit Unrecht drangsalieren Führers eingeführt werden. Seitens der Regierung wurde betont, daß nicht die Ortspolizeibehörden, sondern in Preußen die Regierungspräsidenten die zur Entziehung der Fahrerlaubnis in erster Instanz zuständigen Behörden sein sollten und daß das vorläufige Inkrafttreten dieser Entziehung im öffentlichen Interesse z. B. in den Fällen liege, in denen Geisteskrankheit des Führers vorliegt. Kürzlich wurde dem entgegengehalten, daß z. B. in den Fällen der Geisteskrankheit eines Arztes oder des Inhabers einer Heil- oder Irrenanstalt doch auch eine vorläufige Vollstreckbarkeit des erstinstanzlichen Urteils nicht zulässig sei. Der Antrag wurde abgelehnt.

Ein Passus der Regierungsvorlage, der die Möglichkeit zulassen will, daß die Zulassung der Führer von Kraftfahrzeugen der Militär- und der Postverwaltung hinter den allgemeinen Erfordernissen zurückbleibende Anordnungen getroffen werden könnten, wurde auf Antrag der sozialdemokratischen Vertreter gestrichen.

Eine längere Debatte lief der von Stadthagen und Stolle gestellte Antrag hervor, der den Bundesrat verpflichten will:

a) eine Regelung der Arbeitszeit der Führer in der Weise festzulegen, daß die Arbeitszeit der Führer täglich acht Stunden nicht überschreiten darf,

b) eine ununterbrochene Ruhezeit der Führer von 36 Stunden für mindestens jede Woche vorzuschreiben,

c) Vorschriften über Einrichtung geeigneter Heizbarer Aufenthalts- und Ankleideräume für das Fahrpersonal zu erlassen.

Die Antragsteller legen dar, daß eine derartige Regelung weit mehr als viele andere Vorschriften Unglücksfällen vorbeugen würde. Ein Chauffeur, der die gespannteste Aufmerksamkeit anwenden müsse und dessen Nerven aus äußerster Anstrengung würden, dürfe nicht nur in seinem, sondern auch im Interesse der Sicherheit des Verkehrs nicht übermäßig lange tätig sein. Angemessene Pausen in der Arbeitszeit und eine ausreichende Ruhezeit müßten ihm gewährt werden. § 120c der Gewerbeordnung gestalte dem Bundesrat nur dann eine Maximalarbeitszeit vorzuschreiben, wenn die Gesundheit des Arbeiters sonst gefährdet würde. Die Erhebungen des reichsstatistischen Amtes über die Verhältnisse im Fuhrwerksbetriebe hätten ergeben, daß hier eine Lücke besteht, weil die Gefährdung der Sicherheit des Betriebes und Verkehrs nicht als Grund zur Einführung einer Maximalarbeitszeit zugelassen ist. Versuche, in der Gewerbeordnungsnovelle diese Lücke zu schließen, seien von den sozialdemokratischen Vertretern gemacht, aber unter anderem daran gescheitert, daß die Mehrheit der Kommission annahm, eine solche Befugnis des Bundesrats könne vielleicht für das Verkehrsgewerbe in Betracht kommen, sei aber nicht in der Gewerbeordnung zu regeln. So sei ja auch anzuerkennen, daß zu den Führern viele gehören, die in keinem Arbeitsverhältnis zum Verkehr des Kraftfahrzeuges stehen oder deren Arbeitsverhältnis nicht in der Gewerbeordnung geregelt sei, wie z. B. die Privatchauffeure. — Der Antrag wurde von der Regierung und aus der Mitte der Kommission zwar mit Sympathie begrüßt, aber gegen ihn geltend gemacht, daß die Regelung dieser Verhältnisse eher in die Gewerbeordnung gehöre. Es sei auch bedenklich, hier den Weg des Maximalarbeitszeitgesetzes zu beschreiten und ihn allgemein auch auf nicht gewerbliche Verhältnisse zur Anwendung zu bringen. Der Antrag zu c) sei ja schon durch die Vorschrift des § 617 des Bürgerlichen Gesetzbuches verwirklicht.

Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Antragsteller und der des Abg. Engelen (Z.) abgelehnt. Unsere Genossen kündigten an, daß sie für die zweite Lesung einen Antrag einbringen würden, der dem Bundesrat die Ermächtigung erteilt, im Interesse der Sicherheit des Verkehrs eine Maximalarbeitszeit, angemessene Pausen und Ruhezeiten vorzuschreiben. Am nächsten Freitag sollen die Strafvorschriften zur Beratung gelangen.

Jugendbewegung.

Der Kampf gegen die Jugendorganisation.

Weil in der Jugendorganisation zu Wilhelmshurg (bei Harburg) angeblich politische Angelegenheiten erörtert worden sind, verurteilte das Schöffengericht zu Harburg den ersten Vorsitzenden, Dietrich, zu 60 M., zwei Vorstandsmitglieder zu je 12 M. und zwei zu je 6 M. Geldstrafe. Ein Angeklagter wurde freigesprochen. Aus der Verlesung umfangreicher Kapitel und des Vorwurfs von Paul Böhre aus der Schrift von Max Peters: „Der Weg zum Licht“ und diverser Zeitartikel aus der „Arbeitsenden Jugend“ gewann das Gericht den Eindruck, daß von einer Ausschließung der Politik keine Rede sein könne. Als weiterer Beweis mußte auch ein Vortrag des Genossen Arnold-Altona über „Gewerkschaftliche Aufgaben“ dienen. Satic doch der Genosse sogar von Dismard-Politik gesprochen.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Herz-Altona verbatte vergeblich dem Gericht begreiflich zu machen, daß das neue Vereinsgesetz über den Begriff politischer Verein anders bestimme, als das alte preussische. Politische Vereine seien nach dem alten Gesetz solche, die politische Angelegenheiten erörtern. Nach dem neuen Vereinsgesetz seien aber die politischen Vereine solche Vereine, die auf politische Angelegenheiten einwirkten. Nach dem neuen Vereinsgesetz gilt also ein Verein noch nicht als politisch, wenn in seinen Versammlungen über politische Fragen nur diskutiert wird, erforderlich sei vielmehr, daß er sich mit einer aktiven Einwirkung auf das politische Leben beschäftige. Man könne also selbst zugeben, daß in der Wilhelmshurger Jugendorganisation politische Fragen erörtert worden seien, die Organisation würde dadurch noch nicht ein politischer Verein im Sinne des neuen Vereinsgesetzes. In Wirklichkeit aber sei auch nicht einmal Politik getrieben worden.

Der Amtsanwalt hatte gar 150 M. Geldstrafe gegen den Vorsitzenden beantragt und seine rührige Tätigkeit als „verwerflich“ bezeichnet.

Soziales.

Der Handlungsgehilfe mit zwei Anstellungsverträgen.

Als Warnung für Angestellte, die in der Hoffnung, vom alten Vertrage in Güte loszukommen, einen neuen Vertrag eingehen, mag folgender Fall dienen, der gestern der Entscheidung der 6. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts unterlag. Klägerin war die Expeditionsfirma H., die gegen den Expedienten B. Klage auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung erhob. B. ist bei der Firma H. noch bis zum 1. April vertraglich gebunden. Dieser Vertrag kam folgendermaßen zustande: Um den Beklagten bewarb sich auch der Kaufmann A., früherer Sozius des Klägers und jetzt Besitzer eines Konkurrenzgeschäftes. Durch Zufugung eines höheren Gehalts gelang es A., den Expedienten zur Eingehung eines Dienstverhältnisses ab 1. Januar zu bewegen. Als er darauf den Dienstvertrag mit der Firma H. zum 1. Januar kündigen wollte, überredete ihn der Inhaber, doch wieder bei ihm zu bleiben. Beklagter war, wie er in der Verhandlung schilderte, durchaus abgeneigt und wies immer wieder auf den mit A. geschlossenen Vertrag hin. Der Prinzipal fuhr aber mit ihm zum Rotar und dieser setzte ihm auseinander, der Vertrag mit A. sei nicht formgerecht abgefaßt; er sei nicht an ihn gebunden. Vom Rotar aus packte ihn sein Chef in ein Automobil, und im Geschäftslokal ließ er sich dann aberumpeln, den neuen Anstellungsvertrag zu unterschreiben. Als er wieder zur Ueberlegung kam und einfach, welche Dummheit er begangen, war sein erster Weg zu A., den er bat, ihn vom Vertrage zu entbinden. A. erklärte aber, er denke gar nicht daran, ihn freizulassen, und drohte ihm Zwangsmittel an. So trat er denn bei A. am 1. Januar an, und die Firma H. verlangt jetzt Erlaß eines Verbotes weiterer Tätigkeit.

Das Kaufmannsgericht konnte dem doppelten Engagierten aus seinem Dilemma auch nicht heraushelfen. Es erteilte eine einstweilige Verfügung, nach der es dem Beklagten bei Vermeidung einer Geldstrafe von 50 M. pro Tag untersagt wird, für eine andere Firma als die Klägerische tätig zu sein. Die „Bearbeitung“ des Beklagten mit Unterstützung eines Rotars sah das Gericht nicht als Ausübung eines Zwanges an.

Konkurrenten vor dem Gewerbegericht.

Die Firma A. Reih u. Co., Shannon Requisiteur Compagnie, Schreibwarenfabrik, hatte die bei ihr beschäftigte Kontoristin Johanna R. am 3. November plötzlich entlassen, weil sie angeblich den Teilhabern begro. Angestellten einer Konkurrenzfirma, der

Deutschen Maschinen-Vertriebs-Gesellschaft, Mitteilungen über Geschäftsverhältnisse gemacht haben soll. Die Kontantin klagte ihr Gehalt vor dem Gewerbegericht ein. Sie bestritt die Behauptung der Beklagten. Diese weist aus eigener Wahrnehmung nur, daß Klägerin, die zuvor bei der Deutschen Maschinen-Vertriebs-Gesellschaft beschäftigt war, gelegentlich der Ausstellung für Bureaubedarf, mit einem ihr bekannten Angestellten dieser Firma gesprochen hat. Sie beantragte, die Teilhaber sowie Angestellte der Firma als Zeugen zu vernehmen. Zum gestrigen Termin hatte das Gericht zwei Zeugen geladen. Diese bestritten mit Entschiedenheit, daß ihnen die Klägerin irgendwelche Mitteilungen über die Betriebsverhältnisse gemacht habe. Das, was die Beklagte von ihnen vermute, müsse ihr zum Vorwurf gemacht werden, denn sie habe ihnen die Klägerin vorgeworfen. Die Beklagte forderte die Ladung eines weiteren Angestellten ihrer Konkurrenz als Zeugen. Das Gericht konnte deshalb der Klägerin die geforderten 6 M. Rechtslohn und 110 M. Entschädigung noch nicht zusprechen, sondern mußte noch einen fünften Termin für diese Sache anberaumen.

Weshalb das Gewerbegericht und nicht das Kaufmannsgericht für diesen Rechtsstreit angerufen ist und sich für zuständig hielt, ergab die Verhandlung nicht.

Verzichte bei der Gewerbeinspektion.

Bayern hat einen Landesgewerbeinspektor angestellt. Der bayerische Minister des Innern erläßt hierzu folgende Verfügung:

Mit dem 1. Januar 1909 ist bei dem Staatsministerium des königlichen Hauses und des Äußeren ein Landesgewerbeinspektor als hygienischer Vertreter der Gewerbeaufsichtsbeamten und der Bezirksinspektoren angestellt worden. Ihm ist als selbständige Tätigkeit die Vornahme von Betriebsbesichtigungen in gesundheitsgefährlichen Gewerbebetrieben, einschließlich der Hausindustrie, dann die Untersuchung gewerblicher Erkrankungen, namentlich Vergiftungen, und

die Begutachtung von Maßnahmen zur Verhütung solcher Erkrankungen übertragen. Die Wirksamkeit seiner Tätigkeit hängt wesentlich davon ab, daß er förderliche Unterstützung bei den beamteten Ärzten und bei den mit der Arbeiterversicherung, namentlich der Krankenversicherung versehenen Stellen findet. Die Bezirksärzte haben dem Landesgewerbeinspektor dienstfreundlich entgegenzukommen, ihre Beobachtungen unaufgefordert mitzuteilen und bei der Vergewaltigung ihrer Bezirke dahin zu wirken, daß auch diese den Landesgewerbeinspektor unlichst unterstützen. Die öffentlichen Krankenkassen (Orts-, Betriebs-, Bau- und Knappschaftskassen) werden ohne besonderen Aufwand an Zeit und Kosten imstande sein, dem Landesgewerbeinspektor auf sein Ersuchen erforderliche Aufschlüsse zu erteilen und von wichtigeren Erscheinungen unaufgefordert Mitteilung zu machen. Besonderer Wert ist darauf zu legen, daß gewerbliche Erkrankungen und Vergiftungen, auch verdächtige Fälle rechtzeitig dem Landesgewerbeinspektor bekannt werden. Die Kassenärzte können bei Abschluß von Verträgen verpflichtet werden, derartige Wahrnehmungen zur Weiterleitung an den Landesgewerbeinspektor mitzuteilen. Da die Bekämpfung der gewerblichen Erkrankungen im eigenen Interesse der Krankenkassen liegt, so darf von ihnen eine entsprechende Unterstützung des Landesgewerbeinspektors erwartet werden. Im Einverständnis mit dem Staatsministerium werden die Bezirksärzte angewiesen, sich nach den vorstehenden Anweisungen zu verhalten. Die Regierungen, Kammern des Innern und die Bezirksverwaltungsbehörden haben dafür zu sorgen, daß die beteiligten Kreise entsprechend verständigt werden.

In Preußen fehlen bis heute ähnliche Anordnungen. Ebenso fehlt in Preußen die Zuziehung von Arbeiterkontrolleuren als selbständiger Beamter der Gewerbeinspektion.

Briefkasten der Redaktion.

Die zweite Ausgabe findet Ende der Nr. 3, zweiter Teil, dritter Eingang, vier Treppen, 10. Fahrstuhl, wochentäglich abends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr abends und eine Zeit als Viertelstunden beigefügt. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Die zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vorliegen. Gütige Fragen trage man in der Ausgabe vor.

Paul Lehmann, Antwort ist in Nr. 21 unter S. 17 erteilt. — Gutzeit. Den Erfolg der verloren gegangenen Karten können Sie durch einen Antrag bewirken, der an das Polizeirevier zu richten ist. Zellen die Karten, so werden die auf denselben gelöschten Karten bei der Neuberechnung nicht berücksichtigt, wenn Sie sich nicht die Ersatzkarte bei der Polizeibehörde beschaffen. — F. D. Detmold. Der Postus besagt deutlich, daß unter allen Umständen eine 3 monatliche Kündigungsfrist eingehalten ist, daß Sie aber nur zum 1. April oder 1. Oktober räumen brauchen. — Frei 125. 1. Voranschlag für 2. Ja. 3. Rein. 4. etwa 100 Mark. 5. Ihre Schwester möchte zunächst beim Amtsgericht Sühntermin nachsuchen. Nach fruchtlosem Verlauf derselben läßt sie sich von der Armenverwaltung beschleunigen, daß sie zur Tragung der Kosten nicht genug vermögend ist. Dann reicht sie das Mittel dem Landgericht ein, läßt das Mittel über Fruchtlosigkeit des Sühntermins bei, legt die Klagegründe und die Beweismittel dafür dar und beantragt die Bewilligung des Armenrechts. 6. Rein. — J. G. 4. 1. Ja. 2. Rein. 3. Das wäre gewisslos. 4. Nach dem Tode der Mutter möchte auf Herausgabe des Pflichtteils geklagt werden. 5. Durch 4 erledigt.

Antlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft schleppt, Preise unverändert. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft reger, Preise fest. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise behauptet. Fisch: Zufuhr ziemlich genügend, Geschäft etwas belebt, Preise im allgemeinen befriedigend. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Saisongüter: Zufuhr reichlich, Geschäft sehr still, Preise gedrückt.

Alpen-Trachten

- Tiroler Loden-Joppen**
mit grünem Kragen M. 5.25
m. grünem Eichenlaub-Abstecken M. 7.—
guter Satin-Loden M. 12.— 11.— 10.—
- Tiroler Hosien**
imit. Leder m. Kurbel u. Passpö M. 3.50
imitiert Leder mit Seide gekurbelt M. 4.50
imitiert Leder mit Lederpasspö M. 5.50
- Pusterthaler Anzug** M. 18.—
Altenburger Anzug M. 30.—
Meraner Anzug M. 22.50
Passeyer Anzug M. 27.—
Alt-Zillerthaler Anzug .. M. 24.—
Steiermark-Anzug M. 25.—
- Tiroler Knaben-Anzüge**
für 2-3 jährige Knaben M. 6.60
Jedes Ärters Jahr 20 Pl. mehr.
- Tiroler Hüte**
in verschiedenen Fassons M. 2.50 2.— 1.25
- Pusterthaler Hüte** M. 5.50
- Passeyer Hüte** M. 4.—
- Alt-Zillerthaler Hüte** M. 6.—
- Steiermark-Hüte** M. 2.25
- Altenburger Hüte** M. 3.25
- Meraner Hüte** M. 2.25
- Tirol. Hosenträg.** M. 3.— 2.50 1.50
- Tiroler Gürtel** M. 5.— 4.50
- Tiroler Stutzen** M. 4.— 2.50
- Tiroler Hemden** M. 4.00 3.25 2.25
- Tirol. Federn** von 1.50 M. bis 40 Pl.
- Tirol. Hirschhornringe** 50, 25 Pl.
- Tiroler Krautwien** in verschiedenen Mustern und Preislagen.



Baer Sohn

Spezial-Haus größten Maßstabes
Chausseestraße 29/30 □ 11 Brückenstraße 11.
Gr. Frankfurterstr. 20
Der Haupt-Katalog No. 35 u. der Livree-Katalog No. 36 auf Wunsch kostenlos u. portofrei

Nur kurze Zeit!

Unerreicht billige Preise!

Ausverkauf!

wegen gänzlicher Auflösung des Warenlagers
teilweise **50%** unter Preis.
Auf alle Einkäufe mit Ausnahme weniger Artikel:

15 % Rabatt
oder dreifache Nordenmarken!

Fehlendes wird ergänzt

Müllerstr. 182-183. **Kaufhaus Wedding** Müllerstr. 182-183.

Manufaktur-, Modewaren,
Konfektion, Aussteuer, Wäsche, Trikotagen etc.
□ □ □ □ Günstige Kaufgelegenheit für Wiederverkäufer! □ □ □ □

„Mallunke“

Gesundheitslikör
(probatum est). 285/19



Das läßt man sich gefallen!

Zur Teilzahlung billiger als anderweitig per Kassa liefert nur das Versandhaus Berliner Herren-Wäben, Stralauer Straße 28 I, am Rolkensmarkt, an durchaus zahlungsfähige Kunden. Garbende fertig und nach Maß. Eigene Tischlerei und Werkstätten, dabei konfurrenzlos. Verarbeitung haltbarer Stoffe. Garantie für tadellosen Sitz. Nicht gefälschte Nachahmungen, Valletts (Kronleibgarbende) werden im Kaufhaus, Frankfurter Allee 188, Ecke Müggelstr., zu Nämungsbereiten nur gegen Kassa verkauft. Besuch mit Lustern jederzeit. — Nachdruck verboten. 56239



Bei **Drüsen, Skropheln,** englischer Krankheit, Blutarmut, zur Stärkung schwächerer, in der Entwicklung zurückbleibender Kinder, empfehle eine Kur mit meinem beliebten

Lahusen's Lebertran „JODELLA“.

Der beste und wirksamste Lebertran. Leicht zu nehmen und zu vertragen. Preis 2,30 und 4,50 M. Alleinigiger Fabrikant!

Apotheker Wilh. Lahusen, Bremen.

Man achte auf den Namen „Jodelle“. Alle anderen Präparate sind nicht echt. Frisch zu haben in allen Apotheken.
Haupt-Niederlage in Berlin: Italienische Apotheke, N., Antonstraße 25; Ziens-Apotheke, N., Anklamer Str. 30; Greif-Apotheke, NO., Barnimstr. 33; Krugs Apotheke, O., Zorndorfer Straße 56; Blismarck-Apotheke, SO., Oppelner Straße 38; Samariter-Apotheke, SW., Neuenburger Straße 41; Roland-Apotheke, NW., Turmstr. 15; Elephanten-Apotheke, SW., Leipziger Straße 74; Löwen-Apotheke, O. 19, Jerusalem Straße 30; Apotheke zum gekrönten schwarzen Adler, N., Auguststr. 60; Reichsadler-Apotheke, O. 17, Große Frankfurter Straße 134; Luisenstädtische Apotheke, SO. 16, Köpenicker Straße 119; Emmaus-Apotheke, SO., Reichenberger Straße 150; Dr. Kortüms St. Georgen-Apotheke, C., Landsberger Straße 39.

Berliner Straße 54-55 **H. Joseph & Co., Rixdorf** Berliner Straße 54-55

Unsere **Aussteuer-Woche**

beginnt Sonnabend, den 30. Januar 1909.

Wir bringen große Posten zur Aussteuer geeignete Waren enorm billig zum Verkauf und gewähren trotz des außerordentlich günstigen Angebotes

Beachten Sie unsere Aussteuer-Fenster!

Doppelte Rabattmarken.

Beachten Sie unsere Aussteuer-Fenster!

Auf Lebensmittel den üblichen Rabatt!

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 30. Januar.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Opernhaus. Tristan und Isolde. (Anfang 7 Uhr.)

Königl. Schauspielhaus. Der Schlagbaum.

Deutsches. Die Revolution in Krakau.

Kammerspiele. Der Arzt am Scheidewege. (Anfang 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.

Neues Schauspielhaus. Rabagas. Berliner. Einer von unsre Leut'. Neues. Die fremde Frau. Bestung. Der König. Kleines. Moral. Komische Oper. Hefand. Gedde. Revolutionshochzeit. Lustspielhaus. Seine kleine Freundin. Residenz. Kammerspiele um Amelle. Schiller O. (Waller-Theater.) Das kleine Heim.

Schiller-Theater. Das kleine Heim.

Friedrich-Wilhelmstädt. Infanterieober.

Westen. Der tapfere Soldat.

Nachmittags 4 Uhr: Dormschöen. Thalia. Mein Leopold.

Luisen. Das Mädchen auf Irwegen.

Nachmittags 4 Uhr: Jung-Deutschland amüsiert sich.

Trianon. Der Soldat.

Neues Operetten-Theater SW. Das Himmelskind. (Anf. 8 1/2 Uhr.)

Bernhard Hofe. Einjährig-Unfreiwillig.

Nachmittags 4 Uhr: Tausend und eine Nacht.

Gelbes Theater. Der Hüttenbesitzer. (Anf. 8 1/2 Uhr.)

Bürgerl. Schauspielhaus. Gelbes Theater.

Gebäude Herrfeld. Die beiden Bindelhands.

Holla. Onkel Casimir. Spezialitäten.

Metropol. Donnerwetter — tadellos.

Wintergarten. Spezialitäten.

Carl Haberland. Spezialitäten.

Vollage. Spezialitäten.

Reichshallen. Stettiner Sänger.

Walhalla. Spezialitäten.

Folies Caprice. Circus Gheffina.

Lustige Chemann. (Anf. 8 1/2 Uhr.)

Kaffee. Ausland. Spezialitäten.

Urania. Taubenstraße 48/49.

Abends 8 Uhr: Sizilien.

Hörsaal 8 Uhr: Prof. Dr. B. Donath: Die Wechselstrommotoren.

Luisen-Theater.

Nachmittags 4 Uhr: Jung Deutschland amüsiert sich.

Abends 8 Uhr: Das Mädchen auf Irwegen.

Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Kinder des Kapitän Grant. Abends: Das Mädchen auf Irwegen.

Montag: Der Mann mit den vier Frauen.

Lessing-Theater.

Sonnabend 8 Uhr: Der König.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Rosenmontag. Abends 8 Uhr: Der König.

Neues Theater.

Anfang 8 Uhr.
Die fremde Frau. (La femme X...)

Die fremde Frau.

Morgen und folgende Tage: Die fremde Frau.

Berliner Theater.

Heute 8 Uhr: Einer von unsre Leut'.
Morgen: Einer von unsre Leut'.

Theater des Westens.

Abends 8 Uhr: Der tapfere Soldat.
Sonnabend nachmittags 4 Uhr: Keine Preise: Dormschöen.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Sonnabend, 30. Januar, Anf. 8 Uhr: Infanterieober.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr: Seine kleine Freundin.

Hebbel-Theater

Königgräber Str. 57/58. Anf. 8 Uhr: Revolutionshochzeit.

Neues Operetten-Theater.

Schiffbauerdamm 25, a. b. Luisenstr. Abends 8 Uhr: Die Dollarprinzessin. Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Schiller-Theater.
O. (Waller-Theater.)
Sonnabend, abends 8 Uhr: Das kleine Heim.
Drama in 3 Akten v. Theobaldus Mitner.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Ein Volksfeind.
Sonntag, abends 8 Uhr: Das kleine Heim.
Montag, abends 8 Uhr: Komtesse Guckerl.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonnabend, abends 8 Uhr: Das Erbe.
Schauspiel in 4 Aufzügen von Felix Hellwig.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Julius Cäsar.
Sonntag, abends 8 Uhr: Das Erbe.
Montag, abends 8 Uhr: Charleys Tante.

CASTAN'S PANOPTIKUM
Friedrichstr. 165 (Paschorpalastr.).
Ohne Extra-Entree! Heute: Vorletzter Tag!
Zauberkünstlerin Frau Max Rößner.
Schneewittchen und die 7 lebenden Zwerge.
Morgen Sonntag: Der Mann mit den 3 Beinen.

Grand-Hotel-Festsäle
Am Alexanderplatz. Täglich. B. Jöhmlich.
Bier-Kabarett.
Anfang 9 Uhr.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Sizilien.
Hörsaal 8 Uhr: Prof. Dr. B. Donath: Die Wechselstrommotoren.

Königstadt-Kasino.
Dolgenstraße 72.
Täglich: Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Auftritte erstklassiger Kräfte.
Franz Sobanski
Chiqui Chiquetti. — Joe de Diaz.
Lola Strella. — Jim und Sam.
Hiesigen-Erfolg!
Liebrauenmilch.
Operette in 1 Akt.
Anf. d. Vorst. 8, Sonntags 6 1/2 Uhr.

Luisen-Theater.
Nachmittags 4 Uhr: Jung Deutschland amüsiert sich.
Abends 8 Uhr: Das Mädchen auf Irwegen.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Kinder des Kapitän Grant. Abends: Das Mädchen auf Irwegen.
Montag: Der Mann mit den vier Frauen.

Passage-Panoptikum.
Neu! Neu!
Ein Stündchen im Himmelsreich.
Gr. Ausstattung-Feerie im Festsaal des Zwischengeschosses.
Die singenden Engelsköpfechen.
Mysteriöse Illustrationsvorst.
Das Bärenweib, lebend.
Alles ohne Extra-Entree.

BERNHARD ROSE THEATER
Dr. Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr: Einjährig-Unfreiwillig.
Schwan in 3 Akten v. S. Zanevrenz.
Wochentagspreise.
Nachm. 4 Uhr Kindervorstellung: Tausend und eine Nacht.

Café Alsen
Schles. Brücke.
Die Berlin-Wotterdorfer Dampfschiffahrt-Gesellschaft empfiehlt den geehrten Vereinen, Fabriken, Gewerkschaften usw. ihre Personen-Dampfer zu Dampferausflügen zu den billigsten Bedingungen.
Fr. Saewert, SO. 16, Köpenicker Straße 39a. Fernsprecher: 58932. Amt IV 13749.

Rixdorfer Theater
Bergstraße 147.
Sonntag, den 31. Januar 1909: Alt-Heidelberg.
Schauspiel in 5 Akten v. Wever-Förster.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag, den 1. Februar: 6. Volksvorstellung zu halben Preisen: Solos Vater.

Ohne jede Anzahlung
verkaufte ich Pianos
erstklassiges Fabrikat (8x prämiert Staatsmed.), in allen Holz- u. Seilart, von wunderb. Tonfülle (Flügelton), geg. kleine monat. Teilzahlung, ohne jed. Preisauflöhl.
Für jedes Instrument gewähre ich 20 jährl. schriftliche Garantie.
Conrad Krause Nachf., Ansbacher Str. 1
Eck. Kurfürstenst. Tel. Ch. 10410
Auch Sonntags geöffnet.

Metropol-Theater
Täglich 8 Uhr: Donnerwetter — tadellos!
Revue in 10 Bildern v. Jul. Fround.
Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schultz.
Mansary — Perry
Holden — Bender
Giampietro — Kettner
Pfann — Thielischer.

Würzburger Hühneraugenmittel
von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung frei.
Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Drogenextrakt.)
Dr. H. Unger in Würzburg.
In Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. Groß-Apothek, Barnimstraße 33. — Wrinchen: Schützen-Apothek. — Zunftgast: Hirsch-Apothek. — Breslau: Victoria-Apothek. 110/1

Apollo Theater
Heute und morgen 10 1/2 Uhr: Entscheidungsläufe über d. goldene Kränze von Berlin.
Ab 8 Uhr:
La belle Alexia.
? Pila ? x Les Pollos.
Les Heurs Polonais.
K. Bernhard x J. Manlago.
Abends 8 1/2 Uhr:
Onkel Casimir.
Ruft von Max Winterfeld.

46 eigene Dampfer.
Essen Sie Seefische!
Unsere Dampfer brachten große Fänge in allen Größen ebenso K. fetten Kabeljau und Seelachs.
Wir empfehlen besonders die letzteren, fast grätenlosen Fische.
Deutsche Dampfschifferei-Gesellschaft „Nordsee“
Hauptfiliale BERLIN O., Bahnhof Börse. — Tel. III. 8804.
Verkaufsstellen:
Prinzenstraße 94.
Schles. Bahnhof, Bog. 6/9.
Invalidenstraße 131.
Große Frankfurter Str. 65.
Potsdamer Str. 112a.
Wilmsdorfer Str. 111.
Wilsnacker Str. 57.
Spandau, Breitestr. 54.

WINTERGARTEN
Vorletzter Abend
Fragson
und
Olga Desmond
die Berühmtheit der Schönheitsabende in ihren neuen Tanzweisen und die Januar-Attraktionen.
Morgen Sonntag 3 1/2 Uhr kleine Preise
Nachmittags-Vorstellung.

Bedeutendes Hamburger Zigarren-Engros-Lager
in allen Preislagen will einige Posten sehr billig abgeben. Besonders günstige Gelegenheit für Neuetablirungen oder Wirte. Bei größeren Einkäufen Reisevergütung. Offerten unter A. 8676 an Hehr. Eisler, Hamburg. 296/3

Folies Caprice.
Zum 51. Male:
Ein lediger Chemann.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Zirkus Schumann.
Heute Sonnabend, 31. Januar, abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Programm.
Unstreifig das Interessanteste ist: Ein Viertelstündchen bei „Paet“ Eine Partie Whist mit „Paet“ „Paet“ als Radfahrer. Das boxende Känguruh.
Das herrlichste an Ausstattung und Lichteffekten:
Die Pracht-Pantomime Der Seeräuber „Golo“ und Mädchenhändler.
2 Morgen Sonntag, 31. Januar: 2 große Vorstellungen.
In beiden Vorstellungen angefügt „Golo“ und „Paet“.
Nachmittags: Ein Kind frei!

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Willi Agoston in der tollen Burleske
Berlin im L. L.
(Berlin im lenkbaren Luftschiff)
: und das grandiose :
Januar-Programm.
10 erstklass. Nummern!

Walhalla-Variété-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Eine Ballnacht auf dem Weinbergsweg.
Anfang der Spezialitäten-Vorst. 8 Uhr.
Rühres an den Anschlagssäulen.

Passage-Panoptikum.
Neu! Neu!
Ein Stündchen im Himmelsreich.
Gr. Ausstattung-Feerie im Festsaal des Zwischengeschosses.
Die singenden Engelsköpfechen.
Mysteriöse Illustrationsvorst.
Das Bärenweib, lebend.
Alles ohne Extra-Entree.

Ohne jede Anzahlung
verkaufte ich Pianos
erstklassiges Fabrikat (8x prämiert Staatsmed.), in allen Holz- u. Seilart, von wunderb. Tonfülle (Flügelton), geg. kleine monat. Teilzahlung, ohne jed. Preisauflöhl.
Für jedes Instrument gewähre ich 20 jährl. schriftliche Garantie.
Conrad Krause Nachf., Ansbacher Str. 1
Eck. Kurfürstenst. Tel. Ch. 10410
Auch Sonntags geöffnet.

46 eigene Dampfer.
Essen Sie Seefische!
Unsere Dampfer brachten große Fänge in allen Größen ebenso K. fetten Kabeljau und Seelachs.
Wir empfehlen besonders die letzteren, fast grätenlosen Fische.
Deutsche Dampfschifferei-Gesellschaft „Nordsee“
Hauptfiliale BERLIN O., Bahnhof Börse. — Tel. III. 8804.
Verkaufsstellen:
Prinzenstraße 94.
Schles. Bahnhof, Bog. 6/9.
Invalidenstraße 131.
Große Frankfurter Str. 65.
Potsdamer Str. 112a.
Wilmsdorfer Str. 111.
Wilsnacker Str. 57.
Spandau, Breitestr. 54.

Ohne jede Anzahlung
verkaufte ich Pianos
erstklassiges Fabrikat (8x prämiert Staatsmed.), in allen Holz- u. Seilart, von wunderb. Tonfülle (Flügelton), geg. kleine monat. Teilzahlung, ohne jed. Preisauflöhl.
Für jedes Instrument gewähre ich 20 jährl. schriftliche Garantie.
Conrad Krause Nachf., Ansbacher Str. 1
Eck. Kurfürstenst. Tel. Ch. 10410
Auch Sonntags geöffnet.

46 eigene Dampfer.
Essen Sie Seefische!
Unsere Dampfer brachten große Fänge in allen Größen ebenso K. fetten Kabeljau und Seelachs.
Wir empfehlen besonders die letzteren, fast grätenlosen Fische.
Deutsche Dampfschifferei-Gesellschaft „Nordsee“
Hauptfiliale BERLIN O., Bahnhof Börse. — Tel. III. 8804.
Verkaufsstellen:
Prinzenstraße 94.
Schles. Bahnhof, Bog. 6/9.
Invalidenstraße 131.
Große Frankfurter Str. 65.
Potsdamer Str. 112a.
Wilmsdorfer Str. 111.
Wilsnacker Str. 57.
Spandau, Breitestr. 54.

Bedeutendes Hamburger Zigarren-Engros-Lager
in allen Preislagen will einige Posten sehr billig abgeben. Besonders günstige Gelegenheit für Neuetablirungen oder Wirte. Bei größeren Einkäufen Reisevergütung. Offerten unter A. 8676 an Hehr. Eisler, Hamburg. 296/3

XIV. Saison!
Zirkus Busch.
Sonnabend, 30. Januar 1909, abends 7 1/2 Uhr:
Große Gala-Vorstellung
Um ca. 9 1/2 Uhr:
Die neueste Ausstattungs-Pantom.
Auswanderer.
Strandung eines Ozeandampfers
Vorher:
Lebendig begraben.
2 Meter unter der Erde!
Mit Surajah, d. weibl. Fakir!
Die Grunathos.
Sonntag: 2 gr. Vorstellungen.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Hill. Drammenstr. 16.
Große Extra-Vorstellung.
Die Blume der Berge
oder: Vaterland und Kinderliebe.
Vollständig mit Gesang.
Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonntag: Dieselbe Vorstellung.

Stadt-Theater Moabit.
Größter und vornehmster Theater-saal Moabits.
Alt-Moabit 48. (Tel. II 2492.)
Sonntag, den 31. Januar 1909:
Othello,
der Mohr von Venedig.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von William Shakespeare.
Anf. d. Vorst. 7, Auffensührung 8 Uhr.
Konzert 6 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung: Tanz.
Vorverkauf von 10—1 Uhr mittags im Theater-Restaurant.
Montag, 1. Februar: Entree der heutigen Sänger.

Ohne jede Anzahlung
verkaufte ich Pianos
erstklassiges Fabrikat (8x prämiert Staatsmed.), in allen Holz- u. Seilart, von wunderb. Tonfülle (Flügelton), geg. kleine monat. Teilzahlung, ohne jed. Preisauflöhl.
Für jedes Instrument gewähre ich 20 jährl. schriftliche Garantie.
Conrad Krause Nachf., Ansbacher Str. 1
Eck. Kurfürstenst. Tel. Ch. 10410
Auch Sonntags geöffnet.

Ohne jede Anzahlung
verkaufte ich Pianos
erstklassiges Fabrikat (8x prämiert Staatsmed.), in allen Holz- u. Seilart, von wunderb. Tonfülle (Flügelton), geg. kleine monat. Teilzahlung, ohne jed. Preisauflöhl.
Für jedes Instrument gewähre ich 20 jährl. schriftliche Garantie.
Conrad Krause Nachf., Ansbacher Str. 1
Eck. Kurfürstenst. Tel. Ch. 10410
Auch Sonntags geöffnet.

Palast-Theater
Burgstraße 24, 2 Minuten vom Bahnhof Börse.
Das Monstre-Januar-Programm.
12 Attraktionen 12
unter anderem:
Sign. Milano
Prima Ballerina vom Scala-Theater in Mailand.
Am Brunnen vor dem Tore.
Vollständig mit Gesang in 1 Akt.
Familienlusten, halbe Preise, wochentags überall gratis.

Ohne jede Anzahlung
verkaufte ich Pianos
erstklassiges Fabrikat (8x prämiert Staatsmed.), in allen Holz- u. Seilart, von wunderb. Tonfülle (Flügelton), geg. kleine monat. Teilzahlung, ohne jed. Preisauflöhl.
Für jedes Instrument gewähre ich 20 jährl. schriftliche Garantie.
Conrad Krause Nachf., Ansbacher Str. 1
Eck. Kurfürstenst. Tel. Ch. 10410
Auch Sonntags geöffnet.

Casino-Theater
Lothringstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Buntes Programm.
Hierauf:
Rufland.
Sensationelle Komik von Norden.
Sonntag 4 Uhr: Mutter Gräber.

Sanssouci. Kottbuser Straße 6.
Direktion Wilhelm Kömer.
Morgen Sonntag: Neues Programm.
Große Elite-Soiree und Tanzfrühchen von Hoffmanns Norddeutscher Sänger.
Beg. Sonnt. 5, mochent. 8 1/2.

Gustav Behrens-Theater.
Goltzstr. 9.
Das vollständig neue Karneval-Programm!
Der blutige Pantoffel
an der Kirchhofsmauer.
„Harlekin und Puppe“
und die übrigen erstklassigen Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr, Sonntag 6 Uhr.
Heute, Sonnabend:
Bockbier-Antisch
bei Holze, Robenbergrstraße 8.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose
Herkules
tragen.
: Unerreichte :
Leistungsfähigkeit.
Allein-Verkauf.
Sehr starkes Leder mit Zwirnketten in grauen und braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet, wodurch besondere Haltbarkeit bedingt ist. Sehr feste Kappnähte mit starkem Garn.
Schwere Leder-Pilot-Taschen. Große Flecken umsonst.
Trotz dieser vielen und anderer Vorzüge kostet die Herkules-Hose für normale Mannes-Größe **4 M. 50**

Berufs- u. Schutzkleidung
für alle Zweige der Gewerbe u. Industrie, Sanitätsdienst usw.
BAER SOHN
Spezial-Haus größten Maßstabes
Chausseestr. 29-30 — Brückenstr. 11
Gr. Frankfurterstr. 20.
Haupt-Katalog gratis u. franko.
Nachher. : Verboten.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Zum Schluß:
Der
Kompagniehall
Willkür. Humoreske von Reisel. Anfang mochent. 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.

Variété-Brillant
(City-Passage)
Dresdenerstr. 52/3 Ansonst. 42/3
Täglich
Intern. Ringkampf-Konkurrenz um den goldenen Meisterschaftsgürtel von Berlin und
M. 1500 in bar.
Vorch. d. großart. Spez. Progr.
Anf. 8, Beg. d. Ringf. 9 1/2 Uhr.
Entree 50 Pf., ref. Platz 1.—.

Berlin-Palast
Ständige Eisbahn.
Bis nachts 12 Uhr geöffnet.
Konzert und Kunstlaufen.

Billig und gut
kaufen Sie nur im größten Spezial-Geschäft für moderne
Herren-Bekleidung
fertig und nach Maß gegen Bar u. auf Teilzahlung
Wochentags von 1 Mark an
J. Kurzberg
Rosenthalerstraße 40, 1
direkt am Hackeschen Markt.
An der Jannowitzbrücke 1, 1
direkt am Bahnhof.

Preise
von 10 Zentner an ab Lager.
Ferdinand Salon . . . p. Str. 0.97 24
Mario 0.99
Pflanzkohlen 1.01
Anhalt. Kohlenwerke 1.05
Hise 1.05
Halbsteine 0.95
Anthracit 2.25
Koks, Steinkohlen usw.
zu billigsten Preisen.
Bei Anfuhr frei Haus 10 bis 15 Pf.
pro Zentner mehr.
Handwagen stehen zur Verfügung
Gerstberger & Müller
Pallasadenstr. 95.
Fernsprecher Amt 7, 10 290.

DIE 95^{er} WOCHE

Weißwaren u. Gürtel, Korsetts

- 1 Meter Tüll- oder Spachtelstoff 95 Pf.
- 1 Tüll-Jabot mit Kragen und Äsche . 95 Pf.
- 1 elegantes Tüll-Bäffchen m. Kragen 95 Pf.
- 2 Batist-Bäffchen verschiedene Muster 95 Pf.
- 1 Tüll-Jabot mit Seidenschleife . . . 95 Pf.
- 1 Tüll- u. Spachtel-Passe ^{10 versch. Muster} 95 Pf.
- 1 Coupon Stickerei 4 1/2 Meter . . . 95 Pf.
- 1 Strausfeder-Fächer 95 Pf.
- 1 Balltuch mit breiter Spitze garniert . 95 Pf.
- 6 Halsrüschen im Karton 95 Pf.
- 1 ecru Leinen-Garnitur für Kinder . 95 Pf.
- 1 ecru Leinen-Matrosenkrag ^{mit Spitze} 95 Pf.
- 1 Unterrock-Volant ^{heiliggestreift und schwarz} 95 Pf.
- 1 Samt-Gummigürtel ^{farb. mit elegant Schnalle} 95 Pf.
- 1 Gummigürtel ^{6 und 8 cm, alle Farben, gestreift oder glatt} 95 Pf.
- 1 Gold-Gummigürtel 6 cm 95 Pf.
- 1 Seiden-Taffelgürtel ^{mit Schleife, schwarz u. weiss} 95 Pf.
- 8 verschied. Farb.-Taffelbandreste 95 Pf.
- 2 1/2 Meter Chinéband, 11 cm breit . 95 Pf.
- 1 Gürtel-Korsett 95 Pf.
- 1 Halbhohes Korsett 95 Pf.

Taschentücher

- 1 Dtzd. Linon-Taschentücher . . . 95 Pf.
- 3/2 Dtz. Seidenbat.-Tüch. ^{m. bunt. Kant. für Damen} 95 Pf.
- 3/2 Dtzd. Herrenbatisttücher ^{m. bunt. Kante} 95 Pf.
- 3/2 Dtzd. glatt weisse Batisttücher 95 Pf.
- 3/2 Dtzd. weisse Batisttüch. ^{m. Buchstaben} 95 Pf.
- 3/2 Dtzd. farb. Batist-Tüch. ^{m. gestickter Ecke} 95 Pf.
- 3/2 Dtzd. ^{weisse gestrichelt} Taschentücher 95 Pf.

Schuhwaren u. Schirme

- 1 Paar imitierte Kamelhaarschuhe ^{für Damen oder Herren} 95 Pf.
- 1 Paar Filz-Damen-Hausschuhe . . . 95 Pf.
- 1 Paar Kinder- od. Mädch.-Schuhe 95 Pf.
- 1 Paar elegante Tuch-Pantoffel . . 95 Pf.
- 2 Paar Filz-Pantoffel 95 Pf.
- 3 Paar Cord-Pantoffel 95 Pf.
- 1 Paar Herren-Plüsch-Pantoffel 95 Pf.
- 1 Damen-Regenschirm 95 Pf.
- 1 Kinder-Regenschirm ^{für Knaben u. Mädchen} 95 Pf.

Strumpfwaren

- 2 Paar ^{durchbr. schwarze} Damenstrümpfe 95 Pf.
- 3 Paar ^{schwarze, engl. lanse} Damenstrümpfe 95 Pf.
- 3 Paar Ringel-Damenstrümpfe . . 95 Pf.
- 4 Paar ^{deutschlange schwarze} Damenstrümpfe 95 Pf.
- 3 Paar lederfarb. Damenstrümpfe 95 Pf.
- 6 Paar Schweiss-Socken 95 Pf.
- 3 Paar gute Schweiss-Socken . . . 95 Pf.
- 2 Paar imit. Kamelhaar-Socken 95 Pf.
- 1 Paar echte Kamelhaar-Socken 95 Pf.
- 4 Paar braune starke Socken . . . 95 Pf.
- 4 Paar Kind.-Ringelstrümpfe ^{Grösse 1-3} 95 Pf.
- 3 Paar Kind.-Ringelstrümpfe ^{Grösse 4-6} 95 Pf.
- 2 Paar Kind.-Ringelstrümpfe ^{Grösse 7-9} 95 Pf.
- 2 Paarschw. Kinderstrümpfe ^{Grösse 5-10} 95 Pf.
- 2 Paar ^{lederfarbige} Kinderstrümpfe ^{Grösse 5-10} 95 Pf.

Wäsche, Schürzen

- 1 Damenhemd mit Stickerei-Volant . . 95 Pf.
- 1 Damen-Kniebeinkleid mit Stickerei 95 Pf.
- 1 Damen-Untertaille mit Stickerei . . 95 Pf.
- 1 Paradekissen mit Spruch 95 Pf.
- 1 Velour-Anstandsrock mit Langalette 95 Pf.
- 1 Paar bunte Barchent-Beinkleid. 95 Pf.
- 1 farb. Hausschürze m. Volant u. Tasche 95 Pf.
- 1 farbige Miederschürze 95 Pf.
- 1 farbige Damen-Trägerschürze . 95 Pf.
- 1 schwarz. Panama-Tändelschürze 95 Pf.
- 1 weisse Tändelschürze mit Träger. 95 Pf.
- 1 farbige Tändelschürze mit Träger 95 Pf.
- 1 türkische Tändelschürze m. Träger 95 Pf.
- 1 Satin-Tändelschürze mit Spitze . . 95 Pf.
- 2 weisse Tändelschürzen m. Stickerei 95 Pf.
- 1 farbige Damen-Reformschürze 95 Pf.
- 1 Kinder-Reformschürze 55-70 cm . 95 Pf.
- 1 Kinder-Kimonoschürze 45-60 cm . 95 Pf.
- 1 weisser Kinder-Hänger 45-70 cm . 95 Pf.
- 1 Knaben-Spielschürze 45-60 cm . . 95 Pf.
- 1 Russenkittel in Waschstoff 95 Pf.

Konfektion

- 1 Kostümrock 95 Pf.
- 1 schöne Barchent-Bluse 95 Pf.
- 1 weisse Batist-Bluse 95 Pf.
- 1 Unterrock 95 Pf.
- 1 Kinder-Kleidchen 95 Pf.
- 1 Knaben-Hose 95 Pf.
- 1 Knaben-Bluse 95 Pf.

Tapiserie

- 1 gestickte Küchentischdecke . . . 95 Pf.
- 1 gestickter oder gez. Kissenbezug 95 Pf.
- 1 gestickt. od. gez. Stubenhandtuch 95 Pf.
- 1 gezeichneter Tischläufer 95 Pf.
- 1 gezeichnetes Besenhandtuch . . . 95 Pf.
- 1 gezeichnetes Küchenhandtuch . . 95 Pf.
- 1 gezeichnete Bestecktasche 95 Pf.
- 1 gezeichnete Spielschürze 95 Pf.
- 1 Bürstenkorb ^{steilig mit Bandgarnitur} 95 Pf.
- 1 Tüll-Läufer und 1 Decke 95 Pf.
- 1 eleganter Tüll-Spachtel-Läufer 95 Pf.

Glas- u. Wirtschaftsartikel

- 1 Bierservice 7teilig 95 Pf.
- 1 Käsegl., 1 Butterdose, 1 Zuckerschale, 6 Kompottell., 1 Salzenmenage ^{7teilig} 95 Pf.
- 1 Wasserkaraffe, 4 Wassergläser, 1 Porzellantablett 95 Pf.
- 1 Tischlampe 95 Pf.
- 1 Küchenlampe mit Spiegelleuchte . 95 Pf.
- 1 Kleiderbürste, 1 Wichsbürste, 1 Schmutzbürste, 1 Auftragsbürste, 1 Hutbürste 95 Pf.
- 1 Rosshaarbesen mit Stiel 95 Pf.
- 1 Besen, 1 Schrubber, 1 Handfeger 95 Pf.

Kissen und Decken

- 1 Wagen-Steppdecke, ^{viele Farben vorrätig} 95 Pf.
- 1 Plüschkissen mit Stickerei 95 Pf.
- 2 Tüll-Scheibenschleier, beste Qual. 95 Pf.
- 1 Tüll-Querbehang, ^{weiss oder creme u. 1 Nähtischdecke, bestickt} 95 Pf.
- 1 Kommodendecke, ^{hübsch bekrummt} 95 Pf.
- 1 Tischdecke, ^{getiegert oder glatt, mit Kanis} 95 Pf.
- 1 Schlafdecke, ^{mit Volant} 95 Pf.
- 1 Sofakissen mit Volant 95 Pf.
- 1 imit. Perser Bettvorleger ^{mit Franssen} . . . 95 Pf.
- 1 Bürsten-Fussmatte, Cocos 95 Pf.
- 1 Filztuch-Wagendecke ^{mit Applikation} . . . 95 Pf.
- 1 Plüschkissen-Platte 95 Pf.
- 2 Gobelin Kissenplatten 95 Pf.

Trikotagen

- 1 Lungenschützer mit Kamelhaar . . 95 Pf.
- 1 Damen-Reformhose 95 Pf.
- 1 reinwoll. Korsettschoner m. Aermel 95 Pf.
- 1 Herren-Trikot-Hemd oder -Hose 95 Pf.
- 6 Stück Korsettschoner 95 Pf.
- 3 Stück Korsettschoner mit Einsatz 95 Pf.
- 1 Untertaille mit Aermeln 95 Pf.

Herren-Artikel

- 3 Kragen od. 2 Paar Manschetten 95 Pf.
- 1 bunte Garnitur 95 Pf.
- 1 Paar gute Hosenträger 95 Pf.
- 2 Krawatten nach Wahl 95 Pf.
- 1 Regattes oder 1 Selbstbinder . 95 Pf.
- 1 Kragenschoner-Tuch 95 Pf.
- 1 Autoschal 95 Pf.

Mützen etc.

- 1 Yachtclub-Mütze für Herren . . . 95 Pf.
- 1 Yachtclub-Mütze für Knaben . . . 95 Pf.
- 1 Knaben-Mütze mit Lederschirm . . 95 Pf.
- 1 Matrosen-Mütze f. Knaben u. Mädchen 95 Pf.
- 1 Kinderkappchen in blau und braun . 95 Pf.
- 1 blaue Arbeiter-Jacke 95 Pf.
- 1 blaue Arbeiter-Hose 95 Pf.
- 1 Fächer-Palme 6 Blatt 95 Pf.
- 1 Seerosen- oder Mohn-Strauss . 95 Pf.
- 1 Zimmer-Dekorationspflanze . . 95 Pf.
- 1 Tafelaufsatz-Strauss 95 Pf.

Porzellan u. Steingut

- 1 Porzellan-Kaffee-Service f. 6 Pers. 95 Pf.
- 6 Stück Porzellan-Milchtöpfe . . . 95 Pf.
- 6 Stück Porzellan-Speiseteller u. 6 Stück Kompotteller 95 Pf.
- 1 Porzellan-Butterglocke mit Hand und 4 Desserteller 95 Pf.
- 8 Porzellantassen mit Untertassen . . 95 Pf.
- 1 Satz Salatiären Steingut, 7teilig . . 95 Pf.
- 1 Bratenplatte, 1 Kartoffelnapf, 3 Speiseteller Steingut 95 Pf.
- 1 Etagere mit 6 Tonnen 95 Pf.
- 2 Mestlen Salz und Mehl 95 Pf.

Baumwoll- u. Seinenwaren

- 4 Meter Hemdentuch 95 Pf.
- 3 Meter Reformtuch 95 Pf.
- 3 Meter Hemdenbarchent 95 Pf.
- 2 Meter Prima Velour 95 Pf.
- 2 Meter Piquébarchent 95 Pf.
- 2 Meter Croisébarchent 95 Pf.
- 2 Meter Molton diverse Farben . . . 95 Pf.
- 1 Plättdecke 95 Pf.
- 1 Gartendecke 95 Pf.
- 1 Kaffeedecke 95 Pf.
- 3 Gerstenkorn-Handtücher 95 Pf.
- 1 Rolltuch mit eingewebter Kante . . 95 Pf.
- 1 Wachstuch-Küchendecke ^{mit Kante} 95 Pf.
- 6 imit. Fensterleder 95 Pf.
- 12 Poliertücher 95 Pf.
- 6 Wischtücher ^{gestümt u. gebündert} . 95 Pf.
- 6 Staubtücher extragross 95 Pf.
- 1 Jacq.-Frottierhandtuch mit Buchst. 95 Pf.
- 1 Frottierlaken 95 Pf.
- 1 Barchent-Bettlaken 95 Pf.
- 1 Dowlas-Laken ^{120/200} 95 Pf.

Handschuhe

- 2 Paar ^{lange weiss} Strickhandschuhe . . . 95 Pf.
- 2 Paar ^{kurze weiss} Strickhandschuhe . . . 95 Pf.
- 2 Paar ^{lange weiss} Körperhandschuhe . . . 95 Pf.
- 2 Paar ^{lange weiss} Ballhandsch. m. Fingern 95 Pf.
- 2 Paar ^{lange weiss} Halbhandschuhe . . . 95 Pf.
- 1 Paar eleg. lange Jacquard-Halbhandschuhe 95 Pf.
- 1 Paar eleg. lange Jacquard-Ballhandschuhe 95 Pf.

Wollwaren

- 2 unterlegte Kopf-Fichus 95 Pf.
- 2 Autoschals 95 Pf.
- 1 eleganter Autoschal 95 Pf.
- 1 eleganter Ballschal 95 Pf.
- 1 Damen-Weste 95 Pf.
- 1 Knaben-Weste 95 Pf.
- 1 Taillentuch 95 Pf.
- 1 Blusenschoner 95 Pf.
- 1 Orenburger Schal 95 Pf.
- 1/2 Pfd. schwarze Wolle 95 Pf.
- 6 Paar waschbare Schweissblätter 95 Pf.
- 1 Goltbluse 95 Pf.
- 1 Knaben-Sweater 95 Pf.

Emaille- und Metallwaren

- 1 Kaffeekanne ^{bunt dekoriert} 95 Pf.
- 1 Eimer ^{bunt dekoriert} 95 Pf.
- 1 Wanne oval, neublau 95 Pf.
- 1 Waschständ. u. 1 Waschsüssel 95 Pf.
- 1 Brotbüchse 95 Pf.
- 1 Kohleneimer, 1 Ringständer, 1 Kohlschaufel 95 Pf.

Galanteriewaren 95 Pf.
Lederwaren ^{in grosser Auswahl} 95 Pf.

Grosse Posten Kleiderstoffe u. Seidenstoffe Meter 95 Pf.

H. Greifenhagen Nachf.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Auf wiederholte Anfragen teilen wir mit, daß in Johannisbad die Lokale „Zum Einliebler“ und „Wald-Later“ der Arbeiterpartei zur Verfügung nicht zur Verfügung stehen, mithin gesperrt sind. Die Lokalkommission.

Zweiter Wahlkreis. Morgen Sonntag, 31. Januar, früh 8 Uhr, findet im Kreise eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossinnen und Genossen haben sich in ihren Zahllokale pünktlich einzufinden. Besonders werden die Genossinnen ersucht, sich recht rege zu beteiligen.

Sonntag, den 31. Januar, abends 6 Uhr, bei Rabe, Pflaßstr. 29: Geselliges Beisammensein und Tanz. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Fritz Jubeil. Eintritt frei. Tanz 20 Pf. Der Vorstand.

Wahlkreis, Bezirk Nieder-Schönhausen. Sonntag, den 31. d. M., nachmittags 4 Uhr, findet im „Gasthof zur Sonne“ (Inhaber: A. Vörlich) die Monatsversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Neuwahl desselben. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Abmarsch der Nieder-Schönhauser Genossen am 2. Uhr von Westhof, Rosend. Der Vorstand.

Barnim. Heute abend 8 1/2 Uhr Volksversammlung im Schützenhaus. Genosse Reichstagsabgeordneter Stadthagen spricht über: „Deutschland nach außen hin, nach innen?“ Parteilosen! Agitiert für Massenbesuch.

Biedorf. Die Parteigenossen treffen sich Sonntag, den 31. Januar, vormittags 8 1/2 Uhr bei Gustav Berlin zu einer äußerst wichtigen Arbeit. Seid alle Mann pünktlich zur Stelle! Der Vorstand.

Friedenau. Am heutigen Sonnabend liegt die Gemeindevorwählerliste zum letztenmal zur Einsichtnahme von 6-8 Uhr im Gemeindehaufe, Heurigstr. 8, aus.

Die Flugblattverbreitung am Sonntag findet nicht statt.

Spandau. Am Sonntag, den 31. d. M., nachmittags 3 Uhr, findet im Lokal von Köpcke, Biedendorfer Str. 89, und bei Gottwald, Schönwalder Str. 80, Protestversammlungen statt. Die Tagesordnung lautet: Der Wahlrechtskampf in Bremen. Referenten sind die Genossen Dr. Alfred Bernstein und Redakteur Paul Jahn. Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, für den Besuch der Versammlungen rege Agitation zu betreiben. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Aus der städtischen Verwaltung.

Burgzeit befindet sich der Rotauslass für das Abflusssystem XI im Bau. An der Kochstraße, wo der Kanal die Münzstraße kreuzt, liegt die Möglichkeit vor, daß später die Unterführung einer Untergrundbahnlinie erfolgt. Von einer Privatgesellschaft ist bereits eine Anfrage bezüglich einer Finanzierung vom Alexanderplatz nach dem Stettiner Bahnhof gestellt worden, ebenfalls hat Stadtdirektor Krause eine solche Linie ins Auge gefaßt. Am nun bei der Verwirklichung eines solchen Vorprojektes nicht ungemessene Schwierigkeiten und Kosten entstehen zu lassen, soll schon jetzt auf diese Möglichkeit Bedacht genommen werden, so daß später, falls die Untergrundbahn gebaut wird, dieselbe glatt unter dem Rotauslass durchgeführt werden kann. Die Mehrkosten sind für den jetzigen Bau verhältnismäßig gering gegenüber denen, die entstehen würden, wenn die Vorsicht nicht geübt würde; sie betragen circa 8000 M. und sollen später von den Unternehmern der zu erbauenden Bahn wieder eingezogen werden. Die Kommissionsdeputation hat sich einstimmig für die Anlage ausgesprochen.

Der Kreisrat von Niederbarnim plant die Erbauung einer Chaussee von Blankensee nach Ebersdorf. Die Stadtgemeinde Berlin soll dazu einen angemessenen Beitrag leisten. Die Deputation für die Verwaltung der Mieselgüter erklärt sich bereit, einen dementsprechenden Antrag bei den städtischen Behörden zu stellen, da dadurch die Bewirtschaftung erleichtert werden wird.

Der Eisenbahnminister braucht zur Anlegung des dritten und vierten Gleises an der Stettiner Bahn sowie zur Erweiterung des Bahnhofes in Buch städtisches Gelände. Bezüglich des Preisess hat eine Einigung bereits stattgefunden, auch bezüglich der Größe der erforderlichen Flächen werden Einwendungen nicht erhoben, so daß die ganz unzulänglichen Verhältnisse in Buch hoffentlich recht bald beseitigt werden können. Der Bahnkörper wird bekanntlich hochgelegt, wodurch der unebene und überaus gefährliche K i b e a u Übergang beseitigt werden wird.

Die Deputation für das städtische Turn- und Badewesen hat beschlossen, so wie im Sommer in den Fließbadeanstalten auch im Winter in den Fließbadeanstalten auf unbenutzte Plätze und Schallerrinnen der Volksschulen Unterricht im Schwimmen zu erteilen. Hierbei soll der vorausgehende Trockenunterricht durch Lehrer und Lehrkräfte, der Schwimmunterricht aber durch die angestellten Schwimmlehrer erteilt werden.

Kommunalsteuer einer über mehrere Gemeinden sich erstreckenden Gesellschaft. Die Mühlengemeinschaft, die in Berlin, Hamburg und Halberstadt je einen Betrieb hat, war vom Berliner Magistrat wegen ihres Betriebes in Berlin zur Kommunalsteuer herangezogen worden. Sie klagte auf Freistellung, weil die Einnahmen aus dem Berliner Betrieb, der für sich behandelt werden möchte, im Jahre 1907 zu gering gewesen seien und der Kommunalsteuerpflicht deshalb nicht unterliegen. Der Bezirksauschuß wies die Klage ab, weil die drei Betriebe in Hamburg, Halberstadt und Berlin ein einheitliches Unternehmen bilden und deshalb für die Steuerpflicht in Berlin die Verhältnisse der auswärtigen Betriebe mit in Betracht kämen.

Das Ober-Verwaltungsgericht hob das Urteil auf und verwies die Sache an die Vorinstanz zurück. Es wurde ausgeführt, der Bezirksauschuß habe auf jeden Fall rechtlich geurteilt. Es könne dahingestellt bleiben, ob ein einheitliches Unternehmen vorliegt. Der Bezirksauschuß habe nicht beachtet, daß hier § 48 a des Kommunal-Abgabengesetzes anwendbar sei, der durch die Novelle vom 20. Juni 1906 in das Gesetz hineingekommen ist und lautet: „Erstreckt sich ein Handel- oder Gewerbeunternehmen (einschließlich eines Bergbauunternehmens) über preussische und nichtpreussische Gemeinden, so finden behufs Ermittlung des dem Steuerpflichtigen in den verschiedenen Gemeinden zustehenden Einkommens die Vorschriften des § 47 sinngemäß Anwendung.“ Der Bezirksauschuß müsse das Verdict nachholen.

Die Glaspreise um 25 Proz. zu erhöhen, haben die Glasmeister von Groß-Berlin beschlossen. Diese Erhöhung motivieren die Glasmeister mit der gleichen Erhöhung durch das Syndikat der Glasbläser und Glasfabrikanten. Beim Publikum haben die Meister aber kein Verständnis gefunden, da die Erhöhung für sämtliche im Glasergewerbe vorkommenden Arbeiten gelten soll. Ob die Arbeiter hierdurch auch etwas profitieren, möchten wir bezweifeln.

Der Ueberfall im Juwelierladen.

Der Berliner Polizei ist es noch gestern nicht gelungen, auch den dritten am dem Attentat auf Frau Ida Richter in der Potsdamer Str. 85 beteiligten Täter zu verhaften und am Vormittag einen vierten, Helfershelfer hinter Schloß und Riegel zu setzen.

Die Polizei verhaftete, wie wir schon mitgeteilt, zunächst den am 19. Juni 1882 zu Leipzig geborenen Kaufmann Will Doye

und den Kaufmann Georg Kühne, der am 9. September 1879 zu Zornau geboren wurde. Nach einigen Stunden wurde auch der dritte Komplize in der Person des erst 22 Jahre alten Kaufmanns Hubert Kühnel festgenommen. Ueber den Ueberfall in dem kleinen Juwelierladen der Frau Richter haben wir bereits berichtet. Die weiteren Ermittlungen der Kriminalpolizei bestätigten die erste Annahme, daß die drei Räuber nach einem sorgfältig überlegten Plan ihren Raubausfall ausführten, der ihnen jedoch infolge der Hysterie der Ueberfallenen mißglückte. Die Aufdeckung des verbrecherischen Anschlages und die Vernehmung der Verhafteten gewährte einen interessanten Blick in das Leben und Treiben jener Verbrecher, die in Lacktiefeln, Gehrod und Zylinder auftreten, in den Cafés als „Genossen“ gelten und sich ein aristokratisches Air geben. Der eigentliche Täter ist Doye, der in der Schwerestr. 16 als Arbeiter wohnte. Er ist wegen Urkundenfälschung und zuletzt wegen schweren Einbruchs im Mühlenteich bestraft. Kühne ist verheiratet, er wohnte in der Ebersstr. 42, lebte aber von seiner Frau getrennt. Er ist ein früherer Unteroffizierskandidat, ging mit dem Zivilversicherungsgeld ab, war in Magistratsdiensten zu Falkenberg, Stargard und Berlin tätig, wurde aber auf dem Disziplinarwege entlassen. Hierauf wurde er Sympothesevermittler und gründete erst vor kurzer Zeit die „General-Agentur“ von Kühne und Wroslake in der Charlottenstraße 16. Eine Zeitlang trat er als Privatsekretär eines Prinzen auf, bis dieser entmündigt wurde. Kühne wurde wegen allerhand „Schleibungen“ unter Anklage gestellt, mußte aber wegen Mangels an Beweisen wieder außer Verfolgung gesetzt werden. In diesen beiden gefällte sich als Dritter Hubert Kühnel, der erst im vergangenen Jahre im 62. Infanterieregiment die Qualifikation zum Referent-offizier erwarb und in der Köpenickerstr. 16 wohnte. Kühnel hatte besonders die Aufgabe, Bekanntschaften mit Geldbedürftigen und Wucherern zu suchen. Als es dem Alceblatt jetzt schlecht ging, schloß es den Plan, die Juwelierfrau Richter, bei der schon zweimal eingebrochen wurde, zu ermorden und zu berauben. Kühne und Kühnel wollten zunächst in den Laden gehen und sich allerlei vorlegen lassen, um die Frau zu beschäftigen, dann sollte Doye hinzukommen, um eine Gelegenheit zum Ueberfall zu schaffen und diesen auszuführen. Donnerstag nachmittags kam Frau Kühne, die in der Polymarktstraße wohnt, zufällig nach der Ebersstr. 42, um zurückgelassene Bücher vom Boden zu holen. Sie entdeckte auf dem Boden einen Koffer mit Einbruchswerkzeugen. Diesen fand teilte sie einer Frau Diesener mit. Sie bemerkte dabei, daß sie ihren Mann als einen schlechten Menschen kenne, daß er aber auch ein Einbrecher sei, habe sie bis jetzt nicht gewußt. Als Frau Diesener nach dem Boden ging, war der Koffer verschwunden. Wie sich später ergab, hatte Kühne ihn abgeholt und zu Kühnel nach der Köpenickerstr. gebracht. Der Attentatsplan war schon vor acht Tagen ausgedacht worden. Doye hatte seine Spielfesseln auf Frau Richter aufmerksam gemacht. Er selbst wollte die Frau niederschlagen und sich dann den Ansehen geben, als ob er der Verläuter gewesen sei und mit überfallen wäre. Vorgestern nachmittags um 4 1/2 Uhr schritten dann die drei zur Ausführung des Planes, der ihnen aber nicht gelang. Während Kühne und Doye bald ergriffen wurden, flüchtete Kühnel zu Doyes Mutter und hielt sich dort in der Wohnung ohne eine Spur von Erregung auf. Nachts um 2 Uhr wagte er es, nach Hause zurückzukehren, wurde dort aber von mehreren Beamten verhaftet. In den Verhörungen der drei Attentäter wurde eine Menge Verlastungsmaterial gefunden, das nach verschiedenen Richtungen hin der Klärung bedarf.

Gestern vormittag verhaftete die Kriminalpolizei den vierten Komplizen, den 28 Jahre alten Schlosser Otto Stache, der bei seiner Mutter, einer Witwe, in der Veteraniensstraße wohnt. Er hatte den Auftrag, Hoppe beim Verpacken der Beute zu helfen, wenn Frau Richter niedergeschlagen worden wäre. Kühnel konnte ihn nur dem Vornamen nach und wußte, daß er vor einigen Tagen wegen Kreditwindels auf dem Polizeipräsidium vernommen worden war. Da er ihn auch beschreiben konnte, war die Persönlichkeit bald ermittelt. Stache wurde gestern vormittag aus dem Zell heraus verhaftet. Er führte den Spitznamen „Automobil-Otto“, da er sich mit der Ausbesserung von Automobilen und Fahrrädern beschäftigte. Stache hatte den Koffer Kühnes von den Einbruchswerkzeugen entleert und sollte mit ihm zu einer bestimmten Zeit nach dem Juwelierladen kommen, um die Beute einzupacken. In seiner Vernehmung beschuldigte die Kriminalpolizei zahlreiche Verbrecherwerkzeuge und eine Anzahl Schriftstücke, die bewiesen, daß die Bande andere Verbrechen bereits verübt hatte. Stache, der anfangs von dem geplanten Ueberfall nichts wissen wollte, hat gestern nachmittag seine Beteiligung an dem Verbrechen vor der Kriminalpolizei eingestanden.

Der Berliner Hauptverein Kinderhort bezieht am Sonntag, den 7. Februar, im Bürgercafé des Rathauses mit einer Festversammlung die Jubiläumfeier seines 25jährigen Bestehens. Der durch den verstorbenen Stadtschulinspektor Dr. Buid erfolgten Gründung dieses Vereins lag eine sehr gemeinnützige Idee zugrunde. Man wollte diejenigen schulpflichtigen Kinder, deren Eltern den ganzen Tag über durch Erwerbsarbeit von Hause ferngehalten sind, sicher unterbringen. Durch Beobachtung an häusliche Tugenden und an Familienfinn, an Beschäftigung, die das Geist schult und heiter macht, soll das Leben in der Familie gestärkt und erhöht werden. Die Kinder sollen zu Hause leben, was sie im Hort lernen. Der Haushalt im Hort muß dem einer Arbeiterfamilie entsprechen. Mit dem berechtigten Verlangen nach dem stillen häuslichen Heim muß das Kind am Abend den Hort verlassen nicht mit bekümmertem Herzen. Das ist, wie die Jubiläums-Zeitschrift weiter ausführt, noch heute die vornehmste Aufgabe des Vereins. Aber dieselbe Festschrift beklagt es auch, daß die nützliche Einrichtung, abgesehen von einem städtischen Jahreszuschuß in Höhe von 10000 M., lediglich auf Privatwohlthätigkeit angewiesen ist und daß die Vereinsmitglieder bei ihrer Werbereitschaft nur zu häufig dem Einwurf begegnen, die Unterhaltung von Horten falle in das Gebiet sozialer Fürsorge der Stadt. Ohne eine schleunige abermalige Erhöhung des städtischen Zuschusses sei sogar die weitere Unterhaltung sämtlicher 30 Kinderhorte in Frage gestellt. Ein Beweis für die Behauptung unseres Genossen Buid in der Stadtverordnetenversammlung, daß die an sich recht nützlichen Einrichtungen wie Kinderhorte und Strippen sich selbstständig nicht mehr halten können und deshalb je eher je besser in städtische Regie genommen werden.

Der Flugversuch zweiter Tag hatte wiederum eine gewaltige Menschenmenge nach dem Tempelhofer Felde hinausgelockt. Wiewohl etwas kälter, war der hellere, freundliche Wintertag der Veranstaltung ungleich günstiger als sein trüber Vorgänger. Trotzdem Dr. Rißel mit seinen Monteuren unausgeseht an der Verwirklichung seines Apparates gearbeitet hatte, verzögerte sich die Fertigstellung aller Teile doch bis gegen 3 1/2 Uhr. Um diese Zeit öffneten sich die Tore der Halle und der Gleisflieger wurde hinab bis in die Mitte des Versuchefeldes gezogen. Beifall und Neugierde seines hellen Fluges in der Abendsonne. Dr. Rißel versuchte es diesmal mit Rundflügen bescheidenen Durchmessers. Da der Wind etwas kräftiger als gestern, und zwar mehr aus SW blies, auch der Motor augenscheinlich besser funktionierte, so gelangen die fünf Rundflüge besser als die ersten Versuche, wenn diese auch auf das Publikum einen imposanteren Eindruck machten. Wiederholt, namentlich wenn der Wind stürzte, erhob sich der Flugapparat selbstenlang mehrsch über den weiten Boden und der Sachverständige hat gestern-jedenfalls den Eindruck mit nach Hause genommen, daß diese Flugmaschine mit der Zeit ihre Aufgabe erfüllen wird und daß ihr Fahren auf dem richtigen Wege ist. Gegen 4 1/2 Uhr mußten die Versuche infolge einer kleinen Havarie eingestellt werden.

Beim Schlittern aus einer von Kindern geschaffenen sogenannten Hühnerbahn ist gestern mittag am Paragrafendam ein siebenjähriger

Knabe infamern um sein Leben gekommen, als er bei seinem Versuchungen unter die Hinterräder eines daherverkommenden Fuhrwerks geriet. Die Räder gingen dem unvorsichtigen Knabe über die Brust. Der Tod des Knaben trat auf dem Transport nach der elterlichen Wohnung ein.

Die Wiedung von einem mutmaßlichen Mörder rief gestern vormittag die Kriminalpolizei nach den Zellen. Dort fand ein Arbeiter hinterm Belt 1 eine männliche Leiche mit durchschnittener Kehle etwa 1 1/2 Meter vom Jordanschen Bootshaus entfernt in der Spree liegen. Oberregierungsrat Hoppe und Regierungsrat Dr. Lindner ergründeten alsbald mit der Nordkommission und fanden an der Leiche mehrere Schmitzwunden unmittelbar über dem Kehlkopf. Am Handort der Leiche erschien außer der Kriminalpolizei auch der Erste Staatsanwalt Steinbrecht am Landgericht I. Man stellte fest, daß der unbekannte Lebensmüde sich vier Schmitze in den Hals beigebracht hatte, bevor er rüchlings in das Wasser fiel. Alle Schmitze haben dieselbe Richtung. Daß kein Verbrechen vorliegt, geht schon daraus hervor, daß der tote den Schlapput noch auf dem Kopfe hatte. Der Selbstmord kann erst vor kurzer Zeit begangen worden sein. Die silberne Taschenuhr des Mannes war auf 1/2 Uhr liegen geblieben. Nachdem ein Kriminalbeamter sie eine Weile in der Tasche gehabt hatte, geht sie wieder. Sie war also noch nicht abgelaufen und hatte noch kein Wasser angenommen. Die Versuche, die Persönlichkeit des Selbstmörders festzustellen, hatten bisher keinen Erfolg. Leute, die ihn nach der Beschreibung zu kennen glaubten, sahen bei der Vernehmung der Leiche, daß sie sich geirrt hatten. Die Leiche wurde deshalb nach dem Schaudause gebracht, um dort photographiert zu werden.

Wegen eines großen Dachstuhlbrandes wurde am Freitagabend die Berliner Feuerwehr nach dem Holertaler Tor alarmiert. Dort stand in der Nähe der Schwebelahn der Dachstuhl des Hauses Brunnstr. 193 in Flammen. Die vierte Kompanie war bald zur Stelle und griff gleich mit mehreren Schlauchleitungen über die Treppen und mechanischen Leitern an. Es bedurfte aber trotz dem längerer Voharbeit, um eine weitere Ausbreitung des Brandes, dessen Entstehung noch nicht ermittelt werden konnte, zu verhüten. Der Schaden ist bedeutend.

Personen, welche den Wortwechsel mit angehört haben, der am Donnerstag abend zwischen 1/4 und 1/7 Uhr auf dem Stadtbahnhof Warschauer Brücke zwischen einem Fuhrkoff und einem Vahnschiffschaffner stattgefunden, werden ersucht, ihre Adresse an Otto Winkler, Lichtenberg, Wilhelmstr. 6 I, abzugeben.

Feuerwehbericht. 400 mal ist die Berliner Feuerwehr bereits in diesem Jahre in Anspruch genommen. In der letzten Nacht wurde sie höfwilligerweise bei schneidender Kälte nach dem Götterufer gerufen. Nach längerem vergeblichen Suchen mußte die Wehr wieder abrücken, ohne den Täter ermittelt zu haben. Nachts um 11 Uhr hatte der 8. Zug in der Schönhauser Allee 125 zu tun, wo auf dem Boden die Vollenlage, der Fußboden, Schwebden und anderes brannten. Die Feuerwehr löste den gefährlichen Brand und stellte fest, daß es an mehreren Stellen gleichzeitig gebrannt hatte, so daß hiernach vorläufige Brandstiftung angenommen werden muß. Vor dem Hause Lotzinger Straße 30 geriet nachts eine Automobildrosche in Brand. Gleichzeitig brannte ein Automobil in einer Garage in der Dignstr. 4. In beiden Fällen wurden die Autos stark beschädigt. Wegen einer Gasausströmung wurde nachts um 2 Uhr der 15. Zug nach der Turmstr. 6 alarmiert. Die Gefahr einer Gasausströmung konnte noch rechtzeitig beseitigt werden. Ein Kellerbrand mußte Wilhelm-Stolze-Straße 4 gelöscht werden. Ferner liefen Feuermeldungen aus der Charlottenstr. 28, Campdenstr. 5, Myfestr. 13, vom Luisenpark 12 und anderen Stellen ein. Dort brannten Möbel, Gardinen, Decken usw. in Wohnungen. Um Hilfeleistungen handelte es sich bei Alarmierungen aus der Lehnhauer Str. 5, Weißsieder Str. 12 usw.

Vorort-Nachrichten.

Die Gemeindevorwählerlisten.

Heben nur noch am heutigen Sonnabend in den Gemeindebüros aus. Wer sich noch nicht vergewissert hat, daß er in der Wählerliste steht, tue das umgehend oder beackfrage einen bekannten Parteigenossen am Orte, die Liste für ihn einzusehen. Wer nicht in der Wählerliste steht, darf nicht wählen.

Rixdorf.

Besichtigung des Rathauses. Der Magistrat glaudt den Schaulustigen den Heidentaten der Wahlrechtstrücker, zu denen er sich ja jetzt auch bekannt hat, noch einmal für die Besichtigung durch die Bürger-schaft freizugeben zu sollen. Um der Bürger-schaft Gelegenheit zu geben, sich die Räume anzusehen, in denen seine Interessen in so niederträchtiger Weise vertreten werden, ist am Sonntag, den 31. d. M., nach einer Bekanntmachung des Magistrats der Haupteingang des Rathauses in der Berliner Straße von 8-7 Uhr geöffnet. Es wäre jedoch zu wünschen, daß nicht, wie bei der ersten Besichtigung, dem Publikum im wesentlichen die Vorhallen und Korridore gezeigt werden, sondern möglichst auch alle die so überaus freundlich und anheimelnd ausgestatteten Innenräume, damit es wenigstens sieht, was für seine Steuergroschen hier geschaffen worden ist, über deren Verwendung es fernherin noch weniger mitzubestimmen hat.

Schöneberg.

Wegen Nichterfüllung eines Eheversprechens feuerte die 35jährige Anna D. aus der Vahnschiffstr. auf ihren früheren Arbeitgeber dem Kohlenhändler Schäfer einen Revolverkugeln ab. Seit längerer Zeit war die D. nicht mehr bei Schäfer beschäftigt, glaubte aber wegen eines angeblichen Eheversprechens Ansprüche zu haben. Wiederholt wurde sie abgewiesen, trotzdem gelang es ihr in die Wohnung des Schäfer einzudringen und bedrohte ihm dort mit einem Revolver. Schäfer wurde nur von einer leichten Schrotwunde gestreift, die ohne Verletzung abheilte.

Weißensee.

Ein Schlafstellenlieb treibt hier seit kurzer Zeit sein unheilvolles Gewerbe. Am Sonnabend kam derselbe zu einem alten Parteigenossen auf der König-Chaussee, um sich dort einzumieten. Er gab an, Bahndiener zu sein und von Wrammschwitz nach hier versetzt worden zu sein. Nachdem er eine Woche Miete zahlte und sich daher sicher fühlte, benutzte er sogleich die Gelegenheit, einen schon dort wohnenden Chombrigarnisten gründlich zu beschleichen, so unter anderem ein paar neue Briefel, einen Juckentanz usw. Er hinterließ dafür allerdings ein Handpaket, in dem sich altes Zeitungspapier und ein Vorkloß befanden. Der Dieb ist ein schlanker, blasser Mann, 28-30 Jahre alt, trägt langen dunklen Ueberzieher und steifen Put, weiße Handschuhe und hat das Aussehen eines besseren Handwerkers.

Vorligwalde.

Deutschland in der Welt voran lautete das Thema, über das Genosse Arthur Stadthagen vor einer in den Vorligwalder Festhallen auf den letzten Volksversammlung referierte. In treffender Weise kennzeichnete der Redner die verlorene äußere und innere Politik Deutschlands, durch die es in eine vollständig isolierte Lage gekommen sei. Den kulturellen und sozialpolitischen Rückstand Preußen-Deutschlands, sowie die Nachlässigkeit der arbeitenden Bevölkerung zeigte der Referent an mannigfachen Beispielen. Es sei Sache der Arbeiterklasse, so schloß Stadthagen seinen des öfteren von Beifall unterbrochenen Vortrag, sich immer mehr um das Banner der Sozialdemokratie zu scharen.

Klein-Schönebeck-Fichtenau.

Der Bau der Gasanstalt ist inhibiert! Wir hatten schon in Nr. 16 unseres Blattes darauf hingewiesen, daß bereits wieder Proteste gegen den Bau des kommunalen Gaswerkes auf dem neuen Terrain vorliegen; das Spiel also von neuem beginne. Der neue Protest ist gegliedert! Wie in der Gemeindevorstellung am Montag der Vorsteher bekannt gab, hatten die Herren Krause und Beckmann auch gegen die provisorische Bauerlaubnis, welche die Gemeinde erhalten hatte, Einspruch erhoben. Diesem hat der Landrat stattgegeben und am 23. d. Mts. die weiteren Arbeiten bis zur Erledigung der Einsprüche unterjagt. Der Bau mußte also eingestellt und die Arbeiter entlassen werden. Gleichzeitig verlas der Gemeindevorsteher ein in der Kolonie verbreitetes Spottgedicht, in welchem Krause und Beckmann als Helden im Kampfe gegen die Gasanstalt portretiert, die erst im Herbst ihrer Vollendung entgegengehen dürfte.

Unserem Gemeindevorsteher Genossen Tobias blieb es vorbehalten, als erster die richtigen Worte der Entrüstung über dieses Treiben einzelner Personen innerhalb der Gemeinde zu finden, die sich, um ihr Rütchen an den Gemeindevorsteher zu fühlen, kein Gewissen daraus zu machen, eine größere Anzahl von Arbeitern ihres Brotverdiensts zu berauben und der Gemeinde selbst einen ungeheuren materiellen Schaden zuzufügen. Auf die einzelnen Personen dieser Gruppe von Gemeindevorständen eingehend, wies Genosse Tobias auf den „Politiker“ Haberecht hin, der sich nicht entblödet hatte, sich bei der hiesigen sozialdemokratischen Arbeiterschaft als „sozialdemokratischer Kandidat bei den Gemeindevorsterwahlen“ anzubieten, zu gleicher Zeit an die Behörde aber ein Gesuch um Einverleibung Graetzwaldes gerichtet hatte, um mit den dann noch hinzukommenden konservativen Wählern „die Sozialdemokratie aus der Gemeindevorstellung zu verdrängen“. Gleich und gleich gesellt sich gern; es mußte ein ganz energischer Kampf gegen das Treiben einer Handvoll Leute aufgenommen werden. Resigniert, mit roten Köpfen sahen die bürgerlichen Vertreter da, mit Ausnahme eines einzelnen, der ein paar kräftige Worte sprach, ergaben sie sich mehr oder weniger in ihr Schicksal. Ein trauriges Bild!

Der sozialdemokratischen Arbeiterschaft ist auch hier wieder das Kampffeld überlassen, sie allein muß dank der totalen Unfähigkeit des Bürgertums und seiner Vertreter, den Schlag gegen ein kommunales Unternehmen, ein Verbot der Einsichtigkeit und des Fortschritts, parieren, von dem gerade das Bürgertum die größten Vorteile hat. Diese, die Arbeiterschaft nur ehrende, für das Bürgertum aber beschämende Tatsache, ist wohl am besten mit den Worten beleuchtet, die in der letzten Gemeindevorstellung dem Munde eines Gegners entfloß: „Wir verlassen uns nur auf Sie, Herr Tobias!“

Nowawes.

Den Tod durch Ertrinken fand am Mittwochmorgen der zwölfjährige Sohn des Arbeiters Schimmel aus der Lützenstraße. Derselbe wollte mit zwei Kameraden das Havelis vom Babelsberger Park nach der Potsdamer Seite überschwimmen und waren die drei bereits über die Mitte der Eisfläche gekommen, als plötzlich die Stelle, auf der sich der Knabe Schimmel befand, brach und dieser zum Entsetzen seiner Kameraden unter der Eisdicke verdrank, worauf seine Begleiter schleunigst umkehrten und auch ungefährdet das Ufer wieder erreichten. Die angestellten Bemühungen der Auffindung der Leiche sind bisher resultatlos verlaufen.

Spandau.

Stadtvorordnetenversammlung. Eine sehr reichhaltige Tagesordnung (34 Nummern der öffentlichen und 14 Nummern in geheimer Sitzung) war der Versammlung zur Beratung vorgelegt; natürlich wurde kaum die Hälfte der Vorlagen erledigt. Die erste Vorlage behandelt eine Bewilligung von 54 000 M. Rücklösen für die Ausführung des Kanals in der Adamstraße. Diese Vorlage erscheint der Versammlung noch nicht genügend geklärt und es wird deshalb Zurückweisung an die Kommission zwecks weiterer Aufklärung beschlossen. — Demselben Schicksal verfällt die zweite Nummer. Hier handelt es sich um Bewilligung von 16 100 M. aus der 7. Anleihe zur Aufhebung und Regulierung der Charlottenburger Chaussee vom Glaciweg bis zur Stadtkreisgrenze. Auch diese Vorlage wird nach längerer Debatte zurückgewiesen. — Zur Auspflasterung von Straßenstrecken der äußeren und inneren Ringstraße im Zuge der Halleschen, Pionier- und Ackerstraße werden 3000 M. bewilligt. — Eine längere Debatte zeitigt der Pflasterplan für 1900 und die erforderlichen Mittel zur Beschaffung des Materials. Dieser Pflasterungsplan sieht folgende Pflasterungsarbeiten vor, welche im Jahre 1900 zur Ausführung gelangen sollen: Charlottenburger Chaussee (Ausbesserung), Reichenkeller Tor bis zum Rintke-Denkmal, Freiheit, Ostengelände, Hauptbahnhof, Landhaus-Bebauung, Wallstraße, Potsdamer Tor, ein Teil der Seegfelder Straße, Seeburger Straße, Ackerer Ringstraße an der Habelandstraße usw. Im ganzen beläuft sich der Kostenschlag auf 1 290 800 M. Auf das Ostengelände entfallen davon 315 600 M., auf den Hauptbahnhof 190 000 M., die Seegfelder und Seeburger Straße 180 900 M., Wallstraße 135 000 M., Landhaus-Bebauung 105 000 M. und Ackerer Ringstraße 105 800 M. Bei der Debatte werden die verschiedensten Wünsche nach Besserung des Straßenpflasters in den einzelnen Stadtteilen vorgebracht. Auch eine kleine Auseinandersetzung zwischen dem Stadtvorordneten Genossen Pief und dem konservativen Stadtvorordneten Schob wegen der Radfahrwege findet statt. Schließlich wird auch diese Vorlage zurückgewiesen und man bewilligt dem Magistrat nur die notwendigen Mittel zur Beschaffung des Steinmaterials. — In die gemischte Kommission zur Beratung der Angelegenheit betreffend Einführung der Gasmeter- und Elektrizitätszählermiete wird unter anderem auch der Stadtvorordnete Genosse Köpnick gewählt. — Zur Herstellung von Umbauten im Stadthaus Hoher Steinweg 8 zwecks Einstellung von Feuerwehrrufen und Unterbringung von Dreheleier, Spritze und Angriffswagen werden 6300 M. bewilligt. — Die nächste Vorlage zeigt, daß es manchmal sehr von Vorteil sein kann, wenn man Stadtvorordnete ist. Bei dieser Vorlage handelt es sich um die Zuschlagsverteilung für Gespannstellung für die Feuerwehr und die Kanalisationsverwaltung an den Stadtvorordneten Schmiedemeister Schulze und für die Straßenreinigung an die Nichtstadtvorordneten Gebrüder Brunow. Zunächst hatte man die Absicht, die Vorlage zurückzuweisen und die Gespannstellung nochmals im ganzen auszusprechen, weil dadurch, daß die Gespannstellung an einen Unternehmer übertragen, die Stadt erheblich sparen würde. Da stellte plötzlich der Stadtvorordnete Huberz Harta den Antrag, doch dem Kollegen Schmiedemeister Schulze die ganze Gespannstellung auf sechs Jahre zu übertragen, und siehe da, die Versammlung stimmte dem Antrage zu und der Kollege Schulze hat nun alles, trotzdem die Gebrüder Brunow schon jahrelang die Gespanne für die Straßenreinigung gestellt haben. Das nennt man doch noch kollegialisch. — Von großem Interesse für die „Vorwärts“-Leser wird das Resultat des Antrages der sozialdemokratischen Stadtvorordneten sein, der dahin geht, die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, zu der am 12., 13. und 14. Februar von den freien Gewerkschaften, und zwar per Hauslistenystem stattfindenden Arbeitslosenzählung einen Zuschuß von 50 M. gewähren zu wollen. Stadtvorordnete Genosse Pieper begründet in ruhiger und sachlicher Weise den Antrag. Er weist darauf hin, daß die Arbeitslosenzählung am 17. November nach dem Meldesystem wohl dargelegt, daß viele Arbeitslose sich nicht gemeldet haben, weil das Meldesystem viel zu beschwerlich ist; viele haben auch wohl gar nichts von der Zählung gewußt, denn die Bekanntmachung sei auch nur ungenügend gewesen. Diesenigen Arbeiter, die ausgehen müßten und die doch auch zu den Arbeitslosen mitzählen, hätten sich erst ihre Papiere vom Arbeitgeber holen müssen, was auch mit Schwierigkeiten verknüpft war. Den besten Beweis aber, daß sich nur ein geringer Teil der Arbeitslosen gemeldet, liefert das Resultat der arbeitslosen Frauen. Hier haben sich nur vier gemeldet. Es werde ihm aber doch wohl jeder beipflichten, daß mehr wie vier Frauen in Spandau arbeitslos

sind. (Der Stadtvorordnete der 3. Abteilung und Gewerkschaftler Schmidt I. der seiner Zeit eine so große Angst vor seinem Direktor ausstießen mußte, daß er mit dem Stadtvorordneten Genossen Schmidt II. verwechselt war, ruft in höhnischer Weise dazwischen: „Meine Frau ist auch arbeitslos.“ Der Mann hat damit trefflich illustriert, welches Verständnis er für Arbeiterangelegenheiten hat.) Genosse Pieper erklärt dann weiter, daß die Kommission der freien Gewerkschaften eine Rücksprache mit dem Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, Dr. Silbergleit, genommen habe. Dieser äußerte seine Ansichten, daß die Zählung durch Hauslisten entschieden besser sei, jedoch möge man es diesmal beim Meldesystem bewenden lassen. Trotzdem habe die Generalkommission beschlossen, eine Zählung durch Hauslisten vorzunehmen. Es sei sehr wichtig, daß die Zahl der Arbeitslosen möglichst genau festgestellt werde und das sei nur durch eine Zählung durch Hauslisten möglich. Genosse Pieper stellte dann noch den weiteren Antrag, für jede Volksschule (Spandau hat deren 11) 50 M. zu bewilligen, damit den Kindern der Arbeitslosen warmes Frühstück verabreicht würde. Da der Vorsteher über diesen Antrag nicht zulassen, sondern ihn erst auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung setzen will, zieht Genosse Pieper den Antrag wieder zurück und ersucht, die 50 M. für die Zählung zu bewilligen. — Als erster Diskussionsredner tritt wie immer, wenn unsere Genossen Anträge stellen, der konservative Stadtvorordnete und Landtagsabgeordnete Lüdicke auf. Er hält es nicht für angebracht, mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften statistische Erhebungen anzustellen. Es seien ja bereits Erhebungen angestellt und der Direktor Dr. Silbergleit, auf den sich ja der Stadtvorordnete Pief immer berufe, habe sich auch für das Meldesystem ausgesprochen. Man möge es daher bei dem Meldesystem belassen. Bei dem Hauslistenystem könne man nicht nachprüfen, ob die Erhebungen auch richtig sind. (Bei der allgemeinen Volkszählung geht's aber wunderbar.) Statistische Erhebungen hätten überhaupt nur Wert, wenn sie von Behörden vorgenommen werden. Es sei einer Stadt nicht würdig, sich mit sozialdemokratischen Gewerkschaften in Verbindung zu setzen. Der zweite Diskussionsredner ist der konservative Stadtvorordnete der 3. Abteilung Betriebsführer Simon. Er meint, jeder Arbeitslose hätte die Pflicht gehabt, sich bei der Zählung zu melden. Man habe bei der Zählung am 17. November gesehen, daß nicht so viele Arbeitslose vorhanden sind. Er spricht natürlich gegen den Antrag, Oberbürgermeister Köpcke auch gegen den Antrag. Der Magistrat habe bereits beschloffen, keine Arbeitslosenzählung mehr vorzunehmen, weil die Zählung am 17. November den Beweis geliefert habe, daß nicht so viele Arbeitslose vorhanden sind, daß ein Notstand anerkannt werden könne. Es werde im Winter immer eine Anzahl Arbeitsloser geben. Wenn aber eine Privatgesellschaft eine Zählung vornehmen wolle, so sei nichts dagegen einzuwenden; die Stadt könne dazu aber keine Gelder geben. — Stadtv. Dusch vertritt die Ansicht, daß die Arbeitslosenzählungen deshalb stattfinden, um den Staat zu veranlassen, eine staatliche Arbeitslosenversicherung einzuführen. Der Armen-Etat steige von Jahr zu Jahr ganz bedeutend. Dabei gebe es noch Hunderte von Arbeitslosen, die keine Armenunterstützung nachsuchen und lieber hungern, damit sie ihr Wohlrecht nicht verlieren. Wenn aber das Gesetz, welches jetzt in Vorbereitung ist, daß die Armenunterstützung nicht mehr den Verlust des Wahlrechts zur Folge habe, erst eingeführt sei, dann werde der Armen-Etat noch mehr steigen. Deshalb sei es Pflicht der Stadt, solche Zählungen öfter vorzunehmen, denn die Arbeitslosenversicherung sei notwendig. Der Zentrumstadtvorordnete der 3. Abteilung Dreher Risch wünscht, daß an demselben Tage, an dem die freien Gewerkschaften eine Zählung vornehmen, auch die Stadt eine solche Zählung veranstalte, damit man einen Vergleich zwischen beiden Resultaten ziehen könne. Endlich trat auch noch der Netter des Mittelstandes, der Stadtvorordnete Justizrat Dr. Baumert, auf, er darf ja bei jeder Vorlage fehlen. Dieser Herr wünscht auch, daß eine Arbeitslosenversicherung eingeführt würde, weil dann festgestellt werden könnte, wie viel Arbeiter auf dem Lande fehlen. (Auch im Winter, Herr Justizrat?) Er erzählt dann eine lange Geschichte von zwei Brüdern seines Dienstmädchens, die ihre gute Arbeit in Ostpreußen verlassen und nach Spandau gekommen seien. — Der Vorsitzende des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, der Stadtvorordnete Vaurat Vender, durfte natürlich bei dieser Debatte auch nicht fehlen und es soll den Lesern des „Vorwärts“ auch seine Weisheit nicht vorenthalten werden. Dieser Herr meint, die beste Arbeitslosenversicherung war früher gang und gäbe, indem sich die Saisonarbeiter im Sommer von ihrem Verdienst soviel sparten, daß sie im Winter leben konnten. Davon sei man jetzt aber ganz abgekommen. (Dem Herrn Vaurat könnte recht dringend angetragen werden, einmal einen Sommer als Saisonarbeiter zu arbeiten und von dem Ersparten mit seiner Familie zu leben. Es ist 1000 gegen 1 zu wetten, wenn er nicht Erparnisse aus seiner Tätigkeit als Vaurat oder sonstiges Vermögen hat, er sucht um Armenunterstützung nach, oder wird schleunigst wieder Vaurat.) Die Herren merken gar nicht, wie wenig sie von Arbeiterverhältnissen verstehen. War die Sache bis hierher noch einigermaßen verdaulich, so trat jetzt ein Zwischenfall ein, der von besonderer Wichtigkeit für die Staatsarbeiter ist und der ihnen den Beweis liefert, daß Stadtvorordnete aus ihren Reihen ihre Meinung im Stadtparlament nicht frei äußern dürfen, wollen sie nicht Gefahr laufen, denunziert zu werden. Der Stadtvorordnete Dreher Wenz, nebenbei gesagt, ein bürgerlicher Stadtvorordnete der 3. Abteilung, der wohl herabgeschätzt haben mochte, wie wenig die Vortredner von Arbeiterverhältnissen verstehen, meinte nämlich, er könne gar nicht begreifen, daß man wegen der niedrigen Summe von 50 M. so viele Worte mache. Die Versammlung habe doch für Reppeln 7000 M. und für das Erdbeben in Sizilien 3000 M. bewilligt; da solle man doch auch die kleine Summe von 50 M. bewilligen. Die Politik solle doch vollständig beiseite gelassen werden. — Sofort ergriff der Vorsitzende des konservativen Wahlvereins, Stadtvorordnete Lüdicke, das Wort und sagte: „Ich muß es sehr bedauern, daß gerade der Stadtvorordnete Wenz (d. h. der Staatsarbeiter! D. B.) es hier öffentlich ausgesprochen hat, daß die Stadt die sozialdemokratischen Gewerkschaften unterstützen solle, und die wohlthätigen Spenden für Reppeln und für Sizilien mit dieser sozialdemokratischen Forderung auf eine Stufe stellt.“ — Nach dieser Glanzleistung in puncto Denunziation wurde schleunigst ein Schlußantrag gestellt und angenommen, so daß es dem Stadtvorordneten Wenz und auch den sozialdemokratischen Stadtvorordneten unmöglich gemacht wurde, hierauf zu antworten. Es dürfte einem wohllich nicht verwundern, wenn dem Stadtvorordneten Wenz nicht auch schließlich noch von seiner Direction der Zeit geschlossen würde. Das sind die freien Staatsarbeiter in den Ruffereinstituten. Der Antrag unserer Genossen wurde natürlich mit großer Majorität abgelehnt. — Wie weit sich der Magistrat und die Stadtvorordneten die Sorge für die Arbeitslosen anlegen sein lassen, das geht aus einer ferneren Vorlage hervor, wonach die Bräubenbauten über die Kustlose und im Zuge der Neuenfelder Landstraße von den Soldaten des Pionier-Bataillons ausgeführt werden sollen. Die Stadt soll nur für jeden Soldaten pro Tag 50 Pf. Erfrischungsgeld und 70 M. für den Transport des Handwerkszeuges zahlen. Als der Referent, Stadtvorordnete Schulze, derselbe, dem vorher die ganze Gespannstellung übertragen worden war, darauf hinwies, daß die Stadt ja nicht billiger zu den Bräuben kommen könnte, stimmte die Versammlung ohne Debatte der Vorlage zu. Nächstes führt ein öffentlicher Protest und eine Beschwerde bei der oberen Militärbehörde seitens der Arbeitslosen noch eine Aenderung herbei.

gerichtsdirektors Pief die 3. Strafkammer des Landgerichts I. Aus der Untersuchungshaft wurde der ehemalige preussische Registrator August Pruteil vorgeführt, um sich wegen fortgesetzter Unterschlagung und schwebender Urkundenfälschung zu verantworten. Der bisher unbestrafte Angeklagte war lange Jahre in der Haushaltung des verstorbenen Prinzen Albrecht von Preußen als Registrator beschäftigt. Vor etwa 10 Jahren wurde ihm die Führung der Einnahme- und Ausgabebücher und die Kasse übertragen. Verschiedene Kontrollen durch den Oberfinanzrath des Prinzen verließen stets ohne die geringste Beanstandung. Um so erstaunter war man deshalb, als im November v. J. durch einen Zufall eine kleine Unregelmäßigkeit zur Entdeckung kam, die darauf schließen ließ, daß schon seit längerer Zeit beträchtliche Summen in die Tasche des Angeklagten geflossen waren. Der Angeklagte zog es vor diesem Augenblick an auch vor, nicht mehr zum Dienst zu erscheinen, sondern sich telephonisch zu entschuldigen. Inzwischen war festgestellt worden, daß es sich um sehr umfangreiche Unterschleife handelte, die bis in das Jahr 1901 zurückreichten. Als P. durch Kriminalbeamte festgenommen werden sollte, stellte es sich heraus, daß der Angeklagte längst die Flucht ergriffen hatte. Es wurde hinter ihm ein Steckbrief erlassen, der zu seiner Verhaftung führte. Die Unterschlagungen hatte Pruteil in der Weise bewerkstelligt, daß er verschiedene Rechnungsbeträge durch Hinzufügen einer Zahl vergrößerte und dann nach Genehmigung des Prinzen, der sich zumest auf seinem Schlosse amüsieren wollte, den durch die Fälschung entstandenen Reibrtrag aus der Kasse entnahm und für sich behielt. Die unterschlagenen Geldbeträge beliefen sich auf insgesamt circa 40 000 Mark, zu denen noch 5000 Mark hinzukamen, die sich P. im letzten Augenblick vor seiner Flucht angeeignet hatte. — Vor Gericht behauptete der Angeklagte, der noch vor zwei Jahren mit dem Kronenorden dekoriert worden war, daß er zur Zeit der Begehung der Veruntreuungen sehr viel Alkohol zu sich genommen habe. Außerdem sei er nervenleidend, ja daß er überhaupt nicht wisse, wie er zu den Verfehlungen gekommen sei. — Das Gericht erkannte dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf 2 Jahre Gefängnis.

Kindesmord.

Wegen versuchten und vollendeten Mordes verurteilte das Schöffengericht in Dresden die 21jährige, aus Schönheide im Erzgebirge gebürtige Dienstpersion Frida Martha Helm zum Tode, und die 17 Jahre alte Dienstpersion Anna Alma Warke zu 8 Jahren Gefängnis. Beide Angeklagte hatten im Oktober bezw. im November v. J. den halbjährigen Sohn der Helm im entleerten Zustande bis an den Leib in das eiskalte Wasser eines Baches gehalten und so den Tod des Kindes durch Ertrinken verursacht.

Die Spielautomaten.

Vom Landgerichte Hamburg ist am 22. September v. J. den Schankwirt Heinrich Bode wegen Glücksspiels zu einem Tage Gefängnis verurteilt worden. Er hatte in seinem Lokale den Spielautomaten Komat aufgestellt, vertauschte diesen aber, nachdem es von der Polizei verwahrt worden war, mit dem Automaten Jüwel, da ihm ein gerichtliches Urteil vorgezeigt wurde, wonach die Verwendung von Warenautomaten nicht strafbar sei. Beim Jüwel erhält der Gewinner statt des Geldes eine Marke, gegen welche er sich Nahrungsmittel geben lassen kann. Der Erfolg des Spieles hängt aber auch bei diesem Apparate meist vom Zufall ab. — Auf die Revision des Angeklagten hob am Donnerstag das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Nicht der § 284 (gewerbmäßiges Glücksspiel), sondern der § 285 (Auspielung beweglicher Sachen) hätte zur Anwendung kommen müssen. Der § 286 läßt auch Geldstrafe zu. — Verworfen wurde dagegen die Revision des Schankwirts Johann Baumann, der von demselben Gerichte am gleichen Tage wegen Weibhise zum gewerbmäßigen Glücksspiel zu einem Tage Gefängnis verurteilt worden ist. Auch er hatte den Einwand in seiner Revision erhoben, daß es sich bei ihm nur um einen Warenautomaten handle. Das Reichsgericht war aber nicht dieser Meinung. Der Gewinner erhält nämlich bei dem fraglichen Apparate außer einer Marke auch sein Geldstück zurück. Diese Kombination von Waren- und Spielautomat wird vom Reichsgerichte als Spielautomat angesehen.

Verurteilter Homöopath.

Vom Landgerichte Pilsener ist am 22. September v. J. der Lehrer a. D. und Homöopath Joh. Heinrich Feuer wegen fahrlässiger Tötung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er behandelte ein Mädchen, welches an Anomiesubertulose litt und, nach Ansicht der Sachverständigen, hätte geteilt werden können, wenn es rechtzeitig operiert worden wäre. — Die Revision des Angeklagten wurde vom Reichsgerichte verworfen.

Vom Reichsgerichte freigesprochen

wurde gestern der Bürgermeister Johann Martin Defarth, der am 24. September v. J. vom Landgerichte Mainz wegen falscher Beurkundung im Amte zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden war. Eine Arbeiterin war zu spät bei der Krankenkasse abgemeldet worden. Der Angeklagte trug dann nicht das Datum der wirklichen, sondern der pflichtigen Abmeldung in den Meldesettel ein. — Das Reichsgericht erkannte, wie angegeben, weil der Meldesettel nicht als öffentliche Urkunde anzusehen sei.

Vermischtes.

Festverdächtige Ratten. Hamburg, 29. Januar. Dem Polizeibericht zufolge sind an Bord des von Südamerika eingetroffenen Dampfers „Lucman“ pestverdächtige Ratten gefunden worden; Menschen sind nicht erkrankt. Das Schiff wurde der Ausgabung mit dem Rattenlöschungapparat unterworfen und die Weiterführung unter den üblichen Vorsichtsmaßregeln gestattet.

Neue Erdstöße.

Messina, 29. Januar. Gestern abend 9 Uhr 20 Minuten und heute früh 7 Uhr 45 Minuten erfolgten heftige Erdstöße mit unterirdischem Rollen. Die Aufräumungsarbeiten in den Hauptstraßen, die nach dem Bahnhof führen, schreiten rüstig vor. Das Wetter ist schlecht und kalt.

Die Pockenepidemie in Kairo. Die eine Meldung aus Kairo besagt, daß eine schwere Pockenepidemie mehrere Stadtteile ergriffen. Es sind Abwehrmaßregeln getroffen worden.

Zum Untergang der „Republic“. Aus New York wird gemeldet: Die Reederei der „Republic“ hat Klage gegen die Reederei der „Florida“ eingereicht auf eine Million Dollar Schadenersatz für das Schiff und eine halbe Million Dollar für die Ladung.

Im Bergwerk getödtet. Nach einer Meldung aus Jekaterinostaw (Sibirien) im Scharibergwerk ein großer Einsturz auf einhundert Bergleute herab. Fünf Personen wurden getödtet und zweiundzwanzig verletzt.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 31. Januar, vormittags 9 Uhr, in der Halle Poppel-Allee 15-17, freireligiöse Vorlesung. Vormittags 11 Uhr, in der Schule, Kleine Pfaffenfurter Str. 6: Vortrag von Herrn v. Baum Wille über: „Die jüdische Bedeutung der Kunst“. Herren und Damen sind als Gäste sehr willkommen.

Deutscher Arbeiter-Abkündigten-Verein. Ortsgruppe Berlin. Sonnabend, den 30. d. M., abends 8 1/2 Uhr, Stralauer Str. 13/14, vorn III: Diskussionsabend.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. (E. d. S. Hamburg.) Filiale Baumhuldenweg: Heute abend 8 1/2 Uhr bei Käding, Baumhuldenweg 67: Mitgliederversammlung. Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. (E. d. S. Hamburg.) Filiale Berlin 7. Sonntag, den 31. Januar, vormittags 10 Uhr bei Hofmann, Wallmoller Str. 3: Mitgliederversammlung.

Gerichts-Zeitung.

Die sehr umfangreichen Unterschleife in der Haushaltung des verstorbenen Prinzen Albrecht von Preußen und des Prinzen Friedrich Heinrich beschäftigten gestern unter Vorsitz des Land-

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1229. Charitstraße 3. Hof III. Amt 3, 1957.

Montag, den 1. Februar 1909: Bezirks-Versammlungen

- in folgenden Lokalen:
- Osten - Lichtenberg und Stralau - Rummelsburg:** Prachtsäle des Ostens, Frankfurter Allee, abends 8 Uhr.
 - Norden (Bezirke 18 und 19):** Obligator Festhalle, Schwedter Straße 23, abends 8 Uhr.
 - Moabit:** Prachtsäle Nordwest, Wicteffstraße 21, abends 8 Uhr.
 - Westen und Schöneberg:** Miethes Festhalle, Hauptstraße 5/6, abends 8 Uhr. (Wahl des zweiten Bezirksleiters und Kassierers.)
 - Charlottenburg:** Volkshaus, Rosinenstr. 3, abends 8 Uhr.
 - Rixdorf:** Thiel, Bergstraße 152, abends 8 Uhr. (Bericht und Neuwahl der Bezirksleitung.)

Fortsetzung der Beratung der Anträge zum Verbandstag in Hamburg.

Ohne Mitgliedsbuch hat niemand Zutritt!

Montag, 1. Februar, abds. 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 4, Engelauer 15:

Versammlung

aller in Metallgießereien beschäft. Former u. Berufsgen.

Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten, 4. Beschlüsse.

Wir ersuchen Sie, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

111/2 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Achtung! Bezirk Süden. Achtung!

Montag, 1. Februar, abends 5¹/₂ Uhr, gleich nach Feierabend:
Bezirks-Versammlung
im „Närlischen Hof“, Admiralstraße 18c.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission, 2. Aufstellung der Delegierten zur Generalversammlung. Die Kommission.

Baufischer und Einsetzer.

Sonntag, den 31. Januar 1909, mittags 12 Uhr:
Große öffentl. Versammlung
für Berlin und Vororte
in Klems Festhallen, Gosenheide Nr. 14-15.

Tages-Ordnung:
1. Die wirtschaftliche Lage in der Holzindustrie. Referent: Kollege Exner. 2. Diskussion.
Die arbeitslosen Kollegen werden dringend ersucht, an dieser Versammlung teilzunehmen.
Ruherdem sind die Mitglieder des Gewerkschafts der Holzarbeiter (S.-D.) dazu eingeladen.
Der Einberufer: Karl Reichs, Rixdorf, Guldbstr. 55/56.

Rixdorf.

Zentralkrankenkasse der Maurer etc.

„Grundstein zur Einigkeit“.

Sonntag, den 31. Januar 1909, vormittags 10 Uhr, bei Thiel, Bergstraße 151-152:
Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Abschaffung vom IV. Quartal 1908 und Jahresbericht. 2. Wahl der örtlichen Verwaltung. 3. Beschlüsse.
Mitgliedsbuch legitimiert:
Zahlreiches Erscheinen erwartet
149/2 Die örtliche Verwaltung. S. H.: Wih. Kraft.

Handwerker, Maschinisten, Heizer, Abchmierer, Kohlenarbeiter aller Brauereien.

Sonntag, den 31. Januar 1909, nachmittags 4 Uhr:
Versammlung
im Englischen Garten, Alexanderstraße Nr. 27c.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Rehbein über: „Zweck und Ziel der Sozialdemokratie“. 2. Zurufgabe der Statistik. 3. Beschlüsse.
Erscheinen aller Kollegen — auch nichtorganisierten — ist notwendig.
S. H.: G. Schmittau.

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter.

Zweigverein Berlin.

Geschäftsstelle: C. 64, Rudowstr. 10. L. Tel. Amt III 4518.

Sonntag, den 31. Januar 1909, nachmittags 1¹/₂ Uhr:
General-Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, großer Saal.

Tages-Ordnung:
1. Quartalsbericht vom 4. Quartal 1908. 2. Jahresbericht. 3. Wahl der gesamten Ortsverwaltung und der Revisoren. 4. Vereinsangelegenheiten. Mitgliedsbuch oder Mitgliedskarte legitimiert.
An Antritt der wichtigen Tagesordnung ist das zahlreich und pünktliche Erscheinen aller Mitglieder notwendig.
Wir machen die Kollegen auf den vom Hauptvorstand herausgegebenen Rotiz-Kalender für das Jahr 1909 aufmerksam. Der Preis desselben beträgt 60 Pfennig.
42/3 Die Ortsverwaltung.

Partei-Expeditionen:

- Zentrum I: Rich. Jinks, Rauterstr. 59.
Zentrum II: Albert Hahnisch, Auguststr. 50, Eingang Naackstraße.
- 2. Wahlkreis, Berlin:** Gustav Schmidt, Kirchhofstr. 14, Hochparterre.
Süden und Südwesten: Hermann Berner, Gneisenaustr. 72, Laden.
- 3. Wahlkreis:** St. Frid., Weinstr. 31, Hof rechts part.
- 4. Wahlkreis:** Osten: Robert Bengels, Mühlendammstr. 3, am Mühlentorplatz. — Wilhelm Mann, Petersburgerplatz 4 (Laden).
- 4. Wahlkreis, Südosten:** Paul Böhm, Kaufherplatz 14/15 (Laden).
- 5. Wahlkreis:** Leo Suchi, Simonenstraße 12 (Hof).
- 6. Wahlkreis (Moabit und Hansaviertel):** Karl Anders, Salzweberstr. 8, im Laden.
- Wedding:** Karl Reiche, Margarethenstraße 49.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Hermann Kutsche, Aderstr. 36, Eingang Anflamerstraße.
Gesundbrunnen: F. Trapp, Stettinerstr. 10.
Schönhauser Vorstadt: Karl Rars, Vögelerstr. 123.
Adlershof: Erich Steiner, Gadenbergstr. 5, II.
Alt-Glienicke: Wilhelm Dürre, Rudowstr. 89 II.
Hauschulenweg: H. Hornig, Marienburgerstr. 13, I.
Bernau-Röntgenal: Heinrich Brose, Hobeinsteinstr. 74, part.
Bohnsdorf und Falkenberg: G. Pfeifer, Bohnsdorf, Genselstraße 10.
- Charlottenburg:** Gustav Scharnberg, Selenheimerstraße 1, Ecke Goethestraße, Laden.
- Eichwalde, Zeuthen, Mierdorf und Hankeln Ablage:** Fritz Eibenburg, Eichwalde, Kronprinzenstr. 81.
Erkner: Ernst Hoffmann, Friedrichshagener Chaussee.
Friedenau-Sieglitz-Südende: F. Berner, Schloßstr. 119, Hof I. in Sieglitz. Bestellungen nehmen entgegen in Sieglitz: H. Rohr, Dippelstr. 32, und Fr. Schellhake, Ahornstr. 15a.
Friedrichshagen: Otto Schröder, Friedrichstr. 60, Hof II.
Grünau: Franz Klein, Bahnhofstr. 6 III.
Hohen-Neudorf: Wilhelm Zentgraf, Berlinstr. 8.
Johannisthal: Helene, Kaiser-Wilhelm-Weg 4.
Karlshorst: Richard Rüter, Rübeldtr. 9, II.
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Umstgarten 3.
Köpenick: Emil W. Hiler, Kiefernstr. 6, Laden.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto Seidel, Kronprinzenstraße 4, I.
Mahlsdorf und Kaulsdorf: Hugo Scheide, Mahlsdorf, Waldenstraße 14.
Mariendorf: August Leip, Chausseestr. 296, Hof.
Neu-Weißensee: Kurt Fuhrmann, Sebanstr. 105, parterre.
Nieder-Schöneeweide: Donaldowski, Haffelwerderstr. 8.
Nowawes: Wilhelm Jappe, Vriesterstr. 46.
Ober-Schöneeweide: August Henjes, Laufenerstr. 2, I.
Pankow-Niederschönhausen: Wühlstr. 78.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: B. Guria, Kamekestr. 12, I.
Rixdorf: W. Heinrich, Redarstraße 2, im Laden.
Rummelsburg, Boxhagen: W. Rosenkrantz, Mt-Boxhagen 66.
Schmargendorf: Gustav Kaminsky, Gurostraße 2.
Schöneberg: Wilhelm Bäumer, Martin Lutherstr. 51, im Laden.
Spandau: Köppen, Poggenstr. 9.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Riehn, Borsigwalde, Mühlstraße 10.
Teltow: Wilhelm Rehler, Hobersteinweg 7.
Tempelhof: W. Müller, Berlinstr. 41/42.
Treptow: Rob. Gramenz, Kirchhofstraße 412, Laden.
Wilmsdorf-Halensee: T. Dille, Sigmaringenstr. 5.
- Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.
- Annahme von Inseraten für den „Vorwärts“.**
Bitte ausschneiden.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.
Ortsverwaltung Berlin 8 (Gefundenbrunnen).

Todesanzeige.
Den Mitglidern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter **Karl Liskow** am 27. Januar 1909 gestorben ist. Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 31. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des neuen Pauls-Kirchhofes, See-straße, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung bitte! 775b Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Am Donnerstag, den 28. Januar, verstarb unser Mitglied, der Gastwirt **August Kuhn.**
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 31. Januar, nachmittags 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Dreifaltigkeits-Kirchhofes in Mariendorf, Eisenacher Straße, aus statt.
210/6 Der Vorstand.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Ortsverwaltung Groß-Berlin

Todes-Anzeige.
Am 27. Januar verstarb nach langem Krankenlager unser langjähriges Mitglied **Karl Lisco** am Schlaganfall.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 31. d. Mt., nachmittags 3 Uhr, von der Halle des neuen St. Pauls-Friedhofes in Pöfgensee aus statt.
63/3 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Holzer **Gottfried Kuhn** gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Sonnabend, den 30. Januar, nachmittags 2¹/₂ Uhr, vom Lazarus-Frankenhaus nach dem Danke-Kirchhof, Blankenstraße, statt.
111/3 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung Berlin 2

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser treues Mitglied, der Lagerarbeiter **Hermann Fiebig** am 25. d. Mt. im Alter von 25 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 30. d. Mt., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Christuskirchhofes-Friedhofes, Nichtenwader Chaussee, aus statt.
65/7 Die Verwaltung 2.

Todesanzeige.
Am 27. Januar entfiel nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Großvater und Schwiegervater **Robert Wendt** im 68. Lebensjahr.
Dies seligen betrübte an **Emma Wendt**, geb. Krogoll, **Franz Wendt** als Sohn nebst Familie, **Adolf Wendt** als Sohn nebst Frau, **Wilhelm Müller** als Stiefsohn nebst Familie.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 31. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

Nachruf.
Am 26. Januar, morgens 5¹/₂ Uhr, verstarb unser langjähriger treuer Kollege **Georg Richter**.
Wir haben in ihm einen lieben Kollegen verloren, der es verstanden hat, sich die Achtung seiner Berufskollegen zu erwerben. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten. 7806
Die Kollegen der Firma **Georg Sägenstein u. Co.**

Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf.
Todes-Anzeige.
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schankwirt **Robert Wendt** (16. Bezirk) verstorben ist. 894/4
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes zu Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 2-4.

Dr. Schönemann
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10-2. 5-7. Sonnt. 10-12 Uhr.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Ortsverwaltung Rixdorf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Gastwirt **Robert Wendt** am 27. Januar im Alter von 67 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 31. d. Mt., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes zu Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
74/4 Der Vorstand.

A. B. Koch
Kohlen-Groß-Handlung
gegründet 1893.
Haupt-Notor Berlin O. 17, Fruchtstraße 75.
Telephon Amt 7 Nr. 8040 u. 8096.

I. Lagerplatz: Chdabuhof Berlin O. 34, Bromberger Str. 16.
II. Lagerplatz: 0.17, Rudowstr. 13.
III. Lagerplatz: Bahnh. Weihensee, Grefswalder Str. 80a.
Breite für our la Marken ab Bay von 10 Str. an: 57182

Prima Halbheine, Marke **Lauchhammer** Str. 95 Pf.
Halbheine (bekannte Marke) Str. 97 Pf.
Bordnau-Salon, Weihensee Str. 97 Pf.
Anna u. Waldmannsheil Str. 99 Pf.
Blümenhaft Str. 101 Pf.
la Diamant (de. Str. 110 bis 120 Stk.) Str. 105 Pf.
la Nie Salon Str. 105 Pf.
la Aub. Kohlenwerte Str. 105 Pf.
la Anstraght-Gade Str. 235 Pf.
Kofe, Zeinsohlen usw. zu den billigsten Tages- und Konventionspreisen. Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. Jtr. 10-15 Pf. mehr. — Bei Spezialaufträgen und größeren Abhängen verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter **Reinhold Wutzke** an Lungenschwindsucht gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 31. Januar, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Auferstehungs-Kirchhofes in Weihensee, Weigenfelder Weg, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
111/4 Die Ortsverwaltung.

MANOLI Cigarettes
Abbas 3 Pfg. Chic 4 Pfg. Gibson Girl 5 Pfg.

Calmon's Hansa
leichte, schmiegsame **Gummischuhe**
aus reinem Gummi hergestellt, besonders widerstandsfähig.
Wir haften für die Güte jedes Paares.
Fordern Sie neues Musterbuch V.

Salamander
Schuhges. m. d. H., Berlin

Zentrale: W. 3, Friedrichstr. 182
Einheitspreis C. Königstr. 47
für Damen M. 3.50 SW. Friedrichstr. 221
für Herren M. 4.50 C. Rosenthalerstr. 1
W. Potsdamerstr. 6
NW. Wilsnackerstr. 9
Ecke Turmstr. 9
W. Tauentzienstr. 15

KUNEROL reines
Cocospellefett
zu
Fastengebäck
überall erhältlich

KUNEROLWERKE in BREMEN
Generaldepot: Berlin SW. 48, Friedrichstr. 231, Telephon: Amt 6, 8718.

Abendkurse
zur Ausbildung von Technikern und Werkmeistern in Elektrotechnik u. Maschinenbau
Technische Akademie, Berlin 45
Markgrafestraße 100.
Prospekte frei!

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die Kräftigung bei der Beerdigung meines lieben Mannes
782b
Albert Perlowitz
Sage ich allen Verwandten, Bekannten sowie dem 2. Wahlkreis, dem Holzarbeiter-Verband und dem Vorstand der Firma Seibemann meinen herzlichsten Dank.
Die trauernde Wittwe
Anna Perlowitz.

